

Deutsches Institut für Urbanistik



'97 Jahresbericht



'97

## **Impressum**

Jahresbericht 1997  
Deutsches Institut für Urbanistik, Difu

### **Redaktion**

Cornelia Schmidt  
Sybille Wenke-Thiem (verantwortlich)

### **Gestaltung und DTP (Innenteil)**

Rolando A. Laube  
Eva Hernández

### **Gestaltung Außentitel**

Rother Design

### **Bestellung**

Deutsches Institut für Urbanistik  
– Pressestelle –  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin  
Telefon: 030/39001-208/209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: [pressestelle@difu.de](mailto:pressestelle@difu.de)  
Internet: <http://www.difu.de>

# Inhaltsverzeichnis



<b>Bericht des Institutsleiters für das Jahr 1997</b> .....	9
<b>Aktivitäten der Institutsleitung</b> .....	19
<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b> .....	27
<b>Arbeitsbereich 1: Stadtentwicklung und Recht</b>	
Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	35
1. Abgeschlossene Projekte .....	37
1.1 Planspiel „BauGB-Novelle 1997“ .....	37
1.2 Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren .....	37
1.3 Auswirkungen der Erschließungsförderung neuer Wohngebiete .....	37
1.4 Fachseminar „Freiräume und Landwirtschaft in Ballungsräumen“ .....	38
1.5 Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte .....	38
1.6 Regionalisierung des ÖPNV und regionale Kooperation .....	39
1.7 Expertise zur Ableitung von Entlastungspotentialen und -strategien in den Handlungsbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung für das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Maßnahmen zur Redu- zierung der Umweltbelastung durch Ruß, Benzol, Ozon und CO <sub>2</sub> “ .....	39
1.8 Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung .....	40
1.9 Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ .....	40
1.10 Kultureller Wandel in der DDR und den neuen Bundesländern .....	41
2. Laufende Projekte .....	42
2.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht .....	42
2.2 Interkommunale Bauleitplanung .....	42
2.3 Kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung .....	43
2.4 Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen.....	43
2.5 Arbeitshilfe „Nachhaltiger Städtebau in Brandenburg – eine Politik der kleinen Schritte“ .....	44
2.6 Leitfaden Parkraummanagement für brandenburgische Städte.....	44
2.7 Städtebauförderung und Ressourcenanbündelung.....	45
2.8 Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich – Auswirkungen auf die Lebenssituation der Einwohner .....	45
3. Projektvorbereitende Arbeiten.....	45
3.1 Szenarien und Potentiale einer nachhaltig flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung .....	45
3.2 Umweltpolitik als Form kinder- und familienfreundlicher Stadtentwicklung .....	47
3.3 Haushaltskonsolidierung in der Kulturpolitik .....	47
3.4 Quartiersbildung und Differenzierung der Lebensstile in den neuen Bundesländern .....	47
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	48



5.	Andere Aktivitäten .....	48
6.	Veröffentlichungen .....	51
6.1	Difu-Publikationen .....	51
6.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	52

## Arbeitsbereich 2: Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	55
1. Abgeschlossene Projekte.....	57
1.1 Halbjahresschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS) .....	57
1.2 Halbjahresschrift „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (AfK) .....	57
1.3 Kommunale Informations- und Dialogdienste .....	58
1.4 Aktuelle Themen kommunaler Wirtschaftspolitik .....	59
1.5 Telematiktransfer .....	60
1.6 Kommunale Zeitpolitik .....	61
2. Laufende Projekte .....	62
2.1 Lokale luK-Politik .....	62
2.2 Telematikgestützte Regionale Netze .....	63
2.3 Zukunft der Arbeit in der Stadt .....	63
2.4 Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Kommunen.....	64
2.5 Gesamtwirtschaftliche kommunale Vermögens- und Ergebnisrechnung .....	65
3. Projektvorbereitende Arbeiten.....	65
3.1 Arbeit in der Bürgerkommune der Zukunft .....	65
3.2 Rhythmus der Stadt.....	65
3.3 Forum „Telematische Städte“ – KOMM! .....	66
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	67
5. Andere Aktivitäten .....	67
6. Veröffentlichungen .....	70
6.1 Difu-Publikationen .....	70
6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	70

## Arbeitsbereich 3: Umwelt

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	75
1. Abgeschlossene Projekte.....	77
1.1 Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ .....	77
1.2 Kommunale Wärmepässe in der Praxis (Erfahrungsaustausch).....	77
1.3 Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten .....	78
1.4 Wissenschaftliche Begleitung sowie Unterstützung der modellhaften Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 im Berliner Bezirk Köpenick .....	79
4 1.5 Leitfaden „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“ .....	79

1.6	Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand: Analyse und Erarbeitung eines Leitfadens zur Nutzung des Potentials an Umweltschutzmaßnahmen (Vorstudie) .....	80
1.7	Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas – Fortführung in Ungarn und Bulgarien .....	81
2.	Laufende Projekte .....	81
2.1	Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse .....	81
2.2	TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb .....	83
2.3	„Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO <sub>2</sub> -Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ (Hauptphase) .....	83
2.4	Kongreß „Neue Wege zum Klimaschutz“ .....	85
2.5	Lokale Agenda 21. Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in deutschen Städten.....	86
2.6	Fachliche Begleitung des Prozesses zur Lokalen Agenda 21 in Leipzig.....	86
2.7	Evaluation des Projekts „Orientierungsberatungen im Umweltschutz für Kommunen in den neuen Bundesländern“ .....	87
3.	Projektvorbereitende Arbeiten.....	87
3.1	Leitfaden zur Umsetzung von Schulenergiesparprojekten .....	87
3.2	Handbuch zum Umweltcontrolling bei der öffentlichen Hand .....	88
3.3	Bundesweiter Wärmepaß für Kommunen .....	88
4.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	88
5.	Andere Aktivitäten .....	89
6.	Veröffentlichungen .....	93
6.1	Difu-Publikationen .....	93
6.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	94



#### **Arbeitsbereich 4: Abteilung Köln**

	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	97
1.	Abgeschlossene Projekte.....	99
1.1	Arbeitsgrundlagen städtischer Denkmalpflege.....	99
1.2	EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden .....	100
1.3	Urban Governance; OECD-Projekt zu Fragen der politischen Regulierung und Steuerung .....	101
1.4	Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland .....	102
2.	Laufende Projekte .....	102
2.1	Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte .....	102
2.2	Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen .....	103
2.3	Formen intraregionaler Zusammenarbeit – ein internationaler Erfahrungsaustausch .....	104
2.4	Kommunale Schulentwicklungsplanung zwischen bildungspolitischer Neuorientierung und Haushaltskonsolidierung .....	104
2.5	Erhebung zur Situation von ausländischen und Aussiedlerkindern in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens .....	105



3.	Projektvorbereitende Arbeiten .....	106
3.1	Deutsche Städte in Zeiten fortschreitender Globalisierung .....	106
3.2	EU-Projekt „Urban Audit“ .....	106
4.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	107
5.	Andere Aktivitäten .....	107
6.	Veröffentlichungen .....	109
6.1	Difu-Publikationen .....	109
6.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	109

### **Arbeitsbereich 5: Fortbildung**

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	113	
1.	Zur Situation des Arbeitsbereichs Fortbildung .....	115
2.	Fortbildungsaktivitäten .....	116
2.1	Berlin-Seminare .....	116
2.2	Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Symposien .....	117
3.	Entwicklung der Nachfrage .....	118
4.	Projektarbeit .....	118
4.1	Stand der Einführung der Budgetierung in Stadtverwaltungen .....	118
4.2	Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen.....	119
4.3	Entwicklung von Empfehlungen zur Integration großer Einkaufszentren in städtische Zentren .....	119
5.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	120
6.	Andere Aktivitäten .....	120
7.	Veröffentlichungen .....	122
7.1	Difu-Publikationen .....	122
7.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	122

### **Arbeitsbereich 6: Veröffentlichungen**

Mitarbeiterinnen .....	125	
1.	Entwicklung der Nachfrage.....	127
2.	Veröffentlichungen 1997.....	128
2.1	Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK) .....	131
2.2	Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS) .....	131
3.	Veröffentlichungen in Vorbereitung.....	132
4.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	133

## Arbeitsbereich 7: Information und Dokumentation

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	137
1. Zur Situation des Arbeitsbereichs .....	139
2. Datenbankproduktion und -betrieb.....	139
2.1 Literaturdatenbank ORLIS .....	139
2.2 Umfragendatenbank DEMOS .....	140
3. Informationsdienstleistungen und -produkte .....	141
3.1 Difu-Internet-System .....	141
3.2 Datenbankrecherchen.....	143
3.3 ORLIS-Datenbankprofile .....	144
3.4 CD-ROM „URBADISC“ .....	144
3.5 Profildienste .....	145
3.6 Dokumentationen .....	146
3.7 Benutzerbetreuung .....	146
4. Kooperationen mit anderen Institutionen .....	146
5. Interne Servicefunktionen .....	147
5.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung .....	147
5.2 Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen .....	148
5.3 Bibliothek .....	148
6. Projekte: Forschungsbedarfsanalysen und Wissenstransfer .....	149
6.1 Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1997“ .....	149
6.2 MOE-Netz .....	149
6.3 11. Jugendhilfe-Jahrestreffen .....	149
6.4 Seminarbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe .....	150
6.5 Online Forum Stadtökologie .....	150
7. Andere Aktivitäten .....	151
8. Veröffentlichungen .....	152
8.1 Difu-Publikationen .....	152
8.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen .....	152

### Anhang:

■ allgemeine Informationen über das Difu .....	157
■ Zuwanderstädte des Difu.....	159
■ Landkarte der Zuwanderstädte .....	160
■ Organisationsstruktur des Instituts .....	161
■ Personalstruktur .....	162
■ Abkürzungsverzeichnis .....	172







**BERICHT DES INSTITUTSLEITERS  
FÜR DAS JAHR 1997**

**IL**





# Bericht des Institutsleiters

## Probleme der Städte

Die Städte haben es nicht leicht in diesen Tagen. Sie spüren überdeutlich die Auswirkungen der immer noch nicht überwundenen Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und sind zugleich mit einem breiten Spektrum oft neuer Aufgaben (Euro, Informations- und Kommunikationspolitik) oder noch unbewältigter Aufgaben konfrontiert, vor allem in der Beschäftigungspolitik, der Sozialpolitik (Sozialhilfe, Gewaltprävention und Drogenpolitik) und Umweltpolitik. Daher versuchen sie durch Reorganisation, Verwaltungsmodernisierung, Privatisierung oder schlichtes Kürzen Effizienzreserven zu mobilisieren, um das Volumen bisher für die Bürger erbrachter Leistungen so wenig wie möglich einschränken zu müssen. Fachpolitik, Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung bilden so ein spannungsreiches Geflecht. Die jährliche Problemumfrage des Difu bei den Städten (Difu-Materialien 7/97) sieht 1997 – wie in den Vorjahren – Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung an der Spitze der Problemfelder (mit 26 Prozent der Nennungen) vor Wirtschaftsförderung/Arbeitsmarkt (14 Prozent) und Verkehrswesen (10 Prozent).

## Thematische Ausrichtung

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat auch im Jahr 1997 diese Herausforderungen für die Stadtpolitik in zahlreichen Projekten, Seminaren und sonstigen Aktivitäten aufgegriffen und seinen Beitrag zu lokalen Problemlösungen durch die Erarbeitung handlungsorientierten Wissens sowie die Organisation von Erfahrungsaustausch geleistet:

- Im 1997 erschienenen Band „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ (Schriftenreihe Bd. 90, Verlag W. Kohlhammer) werden aus primär wirtschaftspolitischer Sicht Handlungsspielräume der kommunalen Ebene skizziert. Die neuen Entscheidungsnotwendigkeiten werden insbesondere von der Globalisierung der Wirtschaft, dem technischen und wirtschaftlichen Strukturwandel und der europäischen und deutschen Einigung bestimmt. Sie werden ausführlich in sechs Themenfeldern diskutiert: Kommunale Finanzen, Migration, Verkehrszentralität, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen und Informationsgesellschaft. Hiervon werden in laufenden und geplanten Projekten vor allem die Fragen nach der Zukunft der Arbeit in der Stadt und nach Chancen und Grenzen einer lokalen LuK-Politik weiter vertieft.
- Da in nahezu allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen eine Tendenz zur Beschleunigung wahrzunehmen ist, greift der erwähnte Band die „Folgen der Beschleunigung für die Städte“ in einem eigenen Kapitel auf und plädiert für eine explizite „Kommunale Zeitpolitik“. Ein eigenes Projekt zu diesem Thema (mit vier Fallstudienstädten) wurde auf einer Fachtagung in Berlin am 30. und 31. Oktober 1997 (gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung) erfolgreich abgeschlossen.
- Für den langjährigen Projektschwerpunkt „Städtebaurecht“ war 1997 insofern ein Einschnitt, als die Ergebnisse des gemeinsam mit Kommunen durchgeführten Difu-Planspiels zur BauGB-Novelle am 15. Januar 1998 dem zuständigen Bundestagsausschuß



vorgelegt wurden und für die öffentliche Anhörung am 29. Januar eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt wurde. Das Gesetz ist inzwischen verabschiedet. Mit dem Inkrafttreten des novellierten Baugesetzbuchs am 1. Januar 1998 ergibt sich neuer Beratungsbedarf in den Kommunen. Hierauf zielen beispielsweise die laufenden Projekte „Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht“ oder „Interkommunale Bauleitplanung“ sowie als „Sofortmaßnahme“ eine Serie von sechs dezentralen Fachtagungen zwischen September 1997 und Januar 1998 in Berlin, Köln, Karlsruhe, Leipzig, Nürnberg und Hamburg.

Diese eben erwähnten Aktivitäten finden in den Städten große Resonanz, liegen aber so wie die im folgenden aufgelisteten Vorhaben des Jahres 1997 auch im unmittelbaren Interesse des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau).

#### Abgeschlossene Projekte

- ▲ Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren
- ▲ Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte
- ▲ Expertise zur Ableitung von Entlastungspotentialen und -strategien in den Handlungsbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung
- ▲ Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung
- ▲ Arbeitsgrundlagen städtischer Denkmalpflege

#### Laufende Projekte

- ▲ Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen
  - ▲ Arbeitshilfe „Nachhaltiger Städtebau in Brandenburg ...“
  - ▲ Städtebauförderung und Ressourcenbündelung
  - ▲ Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte
  - ▲ Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen
  - ▲ Formen intraregionaler Zusammenarbeit – ein internationaler Vergleich
  - ▲ Entwicklung von Empfehlungen zur Integration großer Einkaufszentren in städtische Zentren.
- Die Untersuchungen zur Verkehrspolitik konzentrieren sich auf die Koordination von Siedlungsentwicklung/Siedlungsentwicklungsplanung und Verkehrsentwicklung/Verkehrsentwicklungsplanung einerseits und auf die Berücksichtigung umweltpolitischer Ziele in der kommunalen Verkehrspolitik andererseits. Mit dem Abschluß des international vergleichenden Projekts „Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte“ wird methodisch an eine viel beachtete frühere Untersuchung angeknüpft (Apel: Verkehrskonzepte in europäischen Städten, 1992) und durch Darstellung von neun Fallstudien vielfältige Anregung für kommunales Handeln gegeben. Auch am Beispiel der brandenburgischen Stadt Oranienburg ließ sich in einem weiteren Projekt das Vermeidungs- und Verlagerungspotential im Autoverkehr ermitteln.
  - Mit der Preisverleihung im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ am 4. September 1997 durch Bundesministerin Claudia Nolte in Bonn und der gleichzeitigen Vorlage einer durch das Difu erstellten detaillierten synoptischen Dokumentation der (prämierten) Wettbewerbsbeiträge in einer ansprechenden Publikation wurde ein Projekt fachlich sehr erfolgreich abgeschlossen, das auch wegen des engen zeitlichen Rahmens und des vielköpfigen, interdisziplinären Bearbeitungsstabes (plus externer Kooperationspartner) besondere Anforderungen stellte.

- Im Bereich kommunaler Umweltpolitik liegen die fachlichen Schwerpunkte (weiterhin) bei Prozessen mit Bezug zur Lokalen Agenda 21 und dem kommunalen Klimaschutz. 1997 wurde eine zweite Umfrage zum Stand der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 bei den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages (DST) durchgeführt, deren Ergebnisse im Rahmen eines Erfahrungsaustausches vorgestellt wurden. Nach Hamburg und Berlin-Köpenick wurde mit der fachlichen Begleitung des Prozesses in Leipzig begonnen. Alle diese Erfahrungen flossen in eine praxisorientierte Anleitung „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“ (im Auftrag der EXPO 2000 Hannover GmbH und des Niedersächsischen Städtetages) ein.
- Eine ähnliche Mischung von generellen Arbeitshilfen, spezieller Prozeßbegleitung und Erfahrungsaustausch auf öffentlichen Veranstaltungen mit kommunalen Verwaltungsmitarbeitern kennzeichnet die Difu-Aktivitäten zum Klimaschutz. Hier fanden die umfassenden Arbeiten zum „Leitfaden“ im Rahmen eines Workshops (28. Mai 1997) und einer Pressekonferenz (11. Juni 1997), jeweils in Gegenwart der Bundesministerin Dr. Angela Merkel, ihren Abschluß. Zum dritten Mal wurde der Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten in Zusammenarbeit mit einer Difu-Zuwenderstadt (1997: Saarbrücken) organisiert.
- Was die internationale Orientierung des Instituts angeht, so ist insgesamt eine zwiespältige Entwicklung festzustellen: Einerseits mußte das sogenannte MOE-Projekt, das Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in Reformstaaten (zuletzt noch: Ungarn und Bulgarien) erstellte, zum Jahresende wegen fehlender finanzieller Perspektiven bei der Projektförderung beendet werden, andererseits sind neue Kontakte und Arbeitsfelder hinzugekommen:
  - ▲ Eine umfangreiche Befragung zu den EU-Aktivitäten deutscher Städte erbrachte aufschlußreiche Ergebnisse über die Beteiligung an Förderprogrammen, positive und negative Erfahrungen und die Nachfrage nach Information, Assistenz und Erfahrungsaustausch (Difu-Materialien 6/97).
  - ▲ Das Difu beteiligte sich als deutscher Partner im dritten Quartal an einem Konsortium unter englischer Leitung bei der EU-Ausschreibung „Urban Audit“ und ebenso an dem OECD-Workshop über „Urban Governance“ in Stockholm, unter anderem mit einem Beitrag zur Rhein-Main-Region und dem Umlandverband Frankfurt.
  - ▲ Die internationale Kooperation bei der europäischen CD-ROM URBADISC verlief auch 1997 reibungslos und vielversprechend.

### Leistungsüberblick

Das Institut hat auch 1997 sein breites Leistungsspektrum aufrechterhalten und seine Doppelfunktion als Forschungseinrichtung und Transferstelle (zwischen Wissenschaft und Praxis, wie zwischen Praxis und Praxis) in zahlreichen Fachgebieten erfüllt (in Klammern: Vergleichszahlen aus dem Jahr 1996).

- In den Arbeitsbereichen 1 bis 5 wurden 1997 26 (26) Projekte abgeschlossen, weitere 27 (31) waren in Arbeit.



- Bei den Buchpublikationen sind der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ und der Schriften-Band „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ erschienen (acht). In den Reihen „Materialien“, „Umweltberatung für Kommunen“ und „Dokumentationen Forum Stadtökologie“ kommen weitere 14 (elf) Publikationen hinzu. Mit drei „Occasional Papers“ (ein), drei „Aktuellen Informationen“ (drei), den vier Ausgaben des Info-Letters „Forum Stadtökologie – Wissenschaft und kommunale Praxis im Dialog“ (vier) sowie vier Ausgaben des Difu-Newsletters „Berichte“ (vier) wird vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des Instituts unterstützt. Wie bisher erschienen zwei Halbjahresbände des „Archivs für Kommunalwissenschaften“ und zwei Hefte der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“.
- Von den 22 (19) Berlin-Seminaren waren aufgrund der hohen Nachfrage sechs (fünf) Wiederholungsseminare. Mit diesen erreichte der Arbeitsbereich „Fortbildung“ insgesamt 876 (843) Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Allein mit den zusätzlichen vier Fachtagungen zur Baurechtsnovelle und der Fachkonferenz „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“ konnten weitere 571 Personen das Difu-Fortbildungsangebot zu aktuellen kommunalen Handlungsfeldern wahrnehmen.
- Im Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“ mußte der Wegfall von etwa 3 500 Dokumentationseinheiten im Jahr, der durch die Aufkündigung der Kooperation durch das IRB (Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau) entstanden war, ausgeglichen werden. Der ORLIS-Zuwachs belief sich auf rund 10 000 Einheiten, damit wuchs diese Datenbank insgesamt auf über 196 000 Einheiten. Auch DEMOS hatte wieder einen beachtlichen Zugang von 107 Umfragen und enthält nun 1 182 standardisierte Beschreibungen kommunaler Umfragen. Hier wurden auch neue Datenbanknutzungen eröffnet (vgl. Difu-Materialien 5/97). Das Internet-Angebot wurde von 180 Seiten auf über 1 100 Seiten vervielfacht, seine monatliche Nutzung verdoppelte sich etwa von 10 000 auf 20 000 „Besuche“.
- 1997 dokumentierte die Pressestelle 894 (712) Veröffentlichungen in 321 (270) Printmedien, die über das Institut und seine Aktivitäten berichteten. Aus Hörfunk und Fernsehen wurden 37 (47) Beiträge bekannt.

Zu den Difu-Aktivitäten zählten auch die Mitgliedschaft in Ausschüssen und die Teilnahme an Gremiensitzungen, die einerseits den Praxiskontakt der Difu-Wissenschaftler sichern, andererseits das Difu-Know-how Dritten – unentgeltlich – zur Verfügung stellen. Naturgemäß ist der Kontakt zu den Städten dabei am intensivsten. Die folgende Liste gibt einen Überblick über regelmäßige Difu-Beteiligung – in der Regel mit Gast-Status – allein an dauerhaften Gremien des DST:

- Hauptausschuß (Mäding)
- Finanzausschuß (Mäding)  
Unterausschuß für die Städte in den neuen Ländern (Reidenbach)
- Umweltausschuß (Mäding)
- Bauausschuß (Löhr)
- Fachkommission „Stadtplanung“ (Meyer)
- Fachkommission „Baurecht“ (Bunzel)
- Arbeitskreis „Baurecht Ost“ (Bunzel)



- Arbeitskreis „Erschließungsbeitragsrecht“ des DST und DStGB (Bunzel)
- Kulturausschuß (Göschel)
- Planungs- und Bauausschuß des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Bunzel)
- Ausschuß für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt (Henckel)
- Fachkommission „Wirtschaftsförderung“ (Hollbach-Grömig)
- Fachkommission Umwelt (Rösler)
- Fachkommission Stadtentwicklungsplanung (Heinz)
- Fachkommission Wohnungswesen (Echter)
- Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ (Echter)
- Konferenz der Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung des Städtetages NRW (Heinz)
- Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ des Städtetages NRW (Echter)
- Arbeitsgruppe der Leiter der Großstadtkämmereien (Frischmuth)
- Konferenz der städtischen Pressereferenten (Wenke-Thiem)

### Gremien

Institutsausschuß, Kuratorium und Mitgliederversammlung des VfK traten wie geplant zusammen, sie tagten an folgenden Terminen:

- Institutsausschuß 18.4.1997  
7.11.1997
- Kuratorium 13.6.1997
- Mitgliederversammlung des VfK 6.11.1997

### Finanzen

Die Struktur der Difu-Finzen hat sich weiter zugunsten von Projekteinnahmen verschoben. Auch 1997 waren 18 der 26 abgeschlossenen Projekte (teilweise) mit Mitteln Dritter finanziert (Vorjahr: 21 von 26). Ein Einnahmeausfall im Arbeitsbereich Information und Dokumentation entstand dadurch, daß – wie schon erwähnt – der in der Vergangenheit jeweils abgeschlossene Werkvertrag mit dem IRB seit 1997 nicht mehr erneuert wurde. Die detaillierten Zahlen im Jahresvergleich zeigt die folgende Tabelle.

Einnahmen des Difu	1996		1997	
	abs.	%	abs.	%
Projekteinnahmen	4 099 059	33,7	4 430 607	35,6
Städtezuwendungen	2 751 722	22,6	2 822 803	22,7
Zuwendungen VfK	1 575 000	13,1	1 653 750	13,3
Zuwendungen Bund	1 361 138	11,2	1 295 858	10,4
Zuwendungen Berlin	1 361 138	11,2	1 295 858	10,4
Sonstige Einnahmen (insbesondere Veröffentlichungen, Informationsdienste, Seminare)	1 005 060	8,2	951 460	7,6
Insgesamt	12 153 117	100	12 450 336	100



Wenn man die nicht im Wirtschaftsplan veranschlagten Leistungen des VfK in Höhe von mehr als einer Million DM mit berücksichtigt, ändern sich die Prozentanteile entsprechend und die finanziellen Leistungen des Vereins liegen dann etwa gleich hoch wie die der Städte. 1997 traten vier Städte aus dem Zuwenderkreis des DifU aus, drei Städte traten ein. Die durch die Zuwenderstädte des Instituts repräsentierte Einwohnerzahl verringerte sich dadurch um rund 44 000 auf 25 002 774. Im Jahr 1998 sind nunmehr 132 Städte, vier Verbände und ein Förderer Zuwender des DifU.

Die folgende Tabelle ermöglicht einen Vergleich der Einnahmen über die Jahre 1992 bis 1997.

#### Entwicklung der Einnahmen des DifU (in Mio. DM)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Zuwendungen VfK	1,13	1,18	1,28	1,58	1,58	1,65
Städtezuwendungen	2,32	2,51	2,69	2,68	2,75	2,82
„kommunal-institutionell“	3,45	3,69	3,97	4,26	4,33	4,47
(in Prozent)	(35,1)	(34,2)	(35,3)	(35,4)	(35,6)	(36)
Zuwendungen Bund	1,40	1,46	1,39	1,48	1,36	1,30
Zuwendungen Berlin	1,40	1,46	1,39	1,48	1,36	1,30
„staatlich-institutionell“	2,80	2,92	2,78	2,96	2,72	2,60
(in Prozent)	(28,5)	(27,1)	(24,7)	(24,6)	(22,4)	(20,8)
Projekteinnahmen	2,73	3,39	3,53	3,79	4,10	4,43
sonstige Einnahmen	0,85	0,78	0,96	1,01	1,00	0,95
„marktlich“	3,58	4,17	4,49	4,80	5,10	5,38
(in Prozent)	(36,4)	(38,7)	(40)	(40)	(42)	(43,2)
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>9,83</b>	<b>10,78</b>	<b>11,24</b>	<b>12,02</b>	<b>12,15</b>	<b>12,45</b>

#### Standortbestimmung – Richtungsanpassung

In einem turbulenten Umfeld muß jede Organisation sich laufend mit den wandelnden Rahmendaten auseinandersetzen und ihre Leistungen, Aufbau- und Ablauforganisation, Zielsetzungen und Verwaltungsweisen anpassen. Dies gilt auch für das DifU. Derartige Prozesse laufen permanent auf verschiedenen Ebenen in verschiedenen Problemfeldern beinahe „unmerklich“ ab, es ist allerdings sinnvoll, sie in mittelfristigen Abständen zu bündeln und bewußt zu betreiben. Eine solche Überprüfung hat (nach fünf Jahren) im DifU 1997 erneut stattgefunden. In zwei intern moderierten Veranstaltungen wurden Ziele entwickelt, prioritäre Handlungsfelder identifiziert und Lösungsansätze diskutiert. In drei nachfolgenden Arbeitsgruppen wurden die Themen

- Produktbewertung,
- Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling sowie
- Mitarbeiterbefragung



aufbereitet und Handlungskorridore bestimmt. Die Mitarbeiterbefragung hat stattgefunden und ist inzwischen ausgewertet, die beiden anderen Themen – eher Daueraufgaben – werden schrittweise weiterverfolgt.

## Ausblick

Das Deutsche Institut für Urbanistik wird auch in den kommenden Jahren wie bisher schon sein Leistungsangebot kontinuierlich weiterentwickeln, um gleichermaßen den wachsenden und sich wandelnden Erwartungen der Städte, der institutionellen Förderer und der Auftraggeber einzelner Projekte zu entsprechen. Es wird dabei vorhandene Stärken fortentwickeln, die die Basis seines bisherigen Erfolges sind, neue Themenfelder besetzen, neue Produktformen konzipieren und die interne Effizienz seiner Leistungserbringung weiter steigern, weil eine Verstärkung des individuellen Arbeitseinsatzes inzwischen an spürbare Grenzen stößt. Beispielhaft können einige Rahmenbedingungen, die sich auch in Zukunft ändern werden, hier genannt werden:

- Angesichts der institutionellen Verankerung des Instituts als wissenschaftliche Einrichtung der Städte interpretiert es deren Problemlagen als Leistungsnachfrage, die sich in der Institutsarbeit direkt widerspiegelt. Dies gilt für Themenkonjunkturen, z.B. den Aufstieg des Themas Arbeitsmarkt/Wirtschaftsentwicklung, wie für Lösungspräferenzen, z.B. die zunehmende Einbeziehung privatwirtschaftlicher Partner in Handlungsarrangements oder privatwirtschaftlich bewährter Handlungsformen in Konzepte der Verwaltungsmodernisierung.
- Die Fortdauer der Finanzkrise der Kommunen mit ihren absolut rückläufigen Einnahmen und Ausgaben und den erneut steigenden Defiziten (1996: -6,6 Mrd. DM, 1997: -9,0 Mrd. DM) ruft bei den Städten nicht nur die Hoffnung auf möglichst phantasievolle „Low-cost-Lösungen“ für ihre praktischen Entscheidungen hervor, sondern verändert auch das Verhältnis der Träger zum Institut in Richtung einer schärferen Überprüfung der Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung.
- Schließlich wandelt sich zum einen das Spektrum der Difu-Nutzergruppen in den Städten, zum anderen entwickelt sich seit einigen Jahren ein anhaltender Trend zu einer deutlichen Ausweitung des Kreises von Difu-Adressaten, während sich die Konkurrenz mit neuen Anbietern gleichzeitig weiter verschärft.

Solche Veränderungen fordern ein hohes Maß an Flexibilität und eine weitere Steigerung der Effizienz. Dies alles ist aber nur erreichbar,

- wenn erstens auch zwei Tätigkeiten, die für die langfristige Sicherung des Instituts und seiner Funktion für die Städte notwendig sind, hinreichende Anteile an den Zeitbudgets der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten: die extern-orientierte, systematisch explorative Beschäftigung mit neuen Problemen und Themen und die Beteiligung an den Difu-internen Diskussions- und Arbeitsprozessen, die unsere zukünftige Handlungskraft verbessern sollen und
- wenn zweitens die Arbeitsbedingungen, Anreize und „Organisationskultur“ (wie Autonomie, Partizipation) so gestaltet werden können, daß das Difu für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein attraktiver Arbeitsplatz bleibt.

IL



Bericht des  
Institutsleiters

Eine Festveranstaltung aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Difu soll am 17. und 18. September 1998 das Institut, seine Träger, Nutzer und Freunde, Praktiker und Wissenschaftler zusammenführen zu Feier und Diskurs. Das Ernst-Reuter-Haus, seit einer Fassadenkur im Jahre 1997 in hellen Sand- und Ockertönen strahlend, erwartet Sie!

Berlin, den 1. März 1998

*Heinrich Mading*

Prof. Dr. Heinrich Mading

# Aktivitäten der Institutsleitung

## **Institutsleiter**

Prof. Dr. Heinrich Mäding

## **Stellvertretender Institutsleiter**

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr

## **Sachbearbeitung/Sekretariat**

Regina Haschke (75 %)

Renate Schulz (75 %)

IL



*Aktivitäten der  
Institutsleitung*



# Aktivitäten der Institutsleitung 1997



Aktivitäten der  
Institutsleitung

## Prof. Dr. Heinrich Mäding (Institutsleiter)

- 21.1. Begrüßung und Moderation im Rahmen der Difu-Fachtagung „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, Berlin.
- 22.1. Teilnahme an der 2. Sitzung des Arbeitskreises „Schutz des Klimas“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Bonn.
- 27.1. Vortrag „Partizipation und gesellschaftliche Einflußnahme bei raumbedeutsamen Großprojekten“ an der Bauhaus-Universität Weimar.
- 14./15.2. Teilnahme am Workshop der Schader-Stiftung zum Thema „Kooperation und Kommunikation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis im Themenfeld Wohnen und Wohnumfeld“, Bad Homburg.
- 3./4.3. Teilnahme am WZB-Workshop „Verwaltungsmodernisierung“, Berlin.
- 7./8.3. Statement „Kommunale Verwaltungsmodernisierung als Reformpolitik: Chancen und Gefahren“ im Rahmen der Podiumsdiskussion des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“, DVPW, Hannover.
- 13./14.3. Teilnahme an der DST-Konferenz der Oberbürgermeister der neuen Bundesländer in Halle.
- 24./25.4. Teilnahme an der Sitzung des Finanzausschusses des DST, Lüneburg.
- 30.4. Teilnahme an der 4. Sitzung des Arbeitskreises „Schutz des Klimas“ des BMU, Bonn.
- 22./23.5. Leitung der Frühjahrssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Grenzüberschreitende Kooperation im deutsch-polnischen Grenzraum“, Frankfurt/Oder.
- 28.5. Moderation des Workshops „Klimaschutz in Kommunen“ des BMU und Statement „Klimaschutz in Kommunen – Zur Geschichte und Zielsetzung des Projekts“, Bonn.
- 3.6. Teilnahme an der DST-Hauptausschußsitzung, Hamburg.
- 4.6. Teilnahme an der Hauptversammlung des DST, Hamburg.
- 5./6.6. Teilnahme an der Konferenz „Celebrating Diversity – Ethnic Minorities in European Cities“ von London Research Center und Urbandata, London.
- 11.6. Teilnahme an der Pressekonferenz des BMU zur Präsentation des Difu-Leitfadens „Klimaschutz in Kommunen“, Bonn.
- 19./20.6. Teilnahme an der Sitzung des Umweltausschusses des DST, Präsentation des Difu-Projekts „Lokale Agenda 21“, Berlin.
- 25./27.6. Teilnahme an der Konferenz „Urban Ecology“ des UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, Leipzig.



- 31.8. Begrüßungsrede bei der Preisverleihung des Wettbewerbs „TAT-Orte“, Dresden.
- 4.9. Teilnahme an der Preisverleihung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, Bonn.
- 10.9. Podiumsdiskussion im Rahmen des Wirtschaftstages der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Erfurt.
- 17.9. Statement „Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen“ auf dem BfLR-Workshop „URBAN 21“ in Bonn.
- 18./19.9. Leitung der Herbstsitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL zum Thema „Ländlicher Raum“ in Rostock.
- 22.9. Teilnahme am „Zukunftsforum Brandenburg“ in Potsdam.
- 23.9. Vortrag „Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen“ bei der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker im Rahmen der „Statistischen Woche 1997“ in Bielefeld.
- 26.9. Moderation des Podiums „Gestaltung vs. Liberalismus“ bei der wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL in Berlin.
- 10.10. Vortrag „Bemerkungen zur Zukunft der Orchester aus kommunaler Perspektive“ bei der Deutschen Orchesterkonferenz in Bamberg.
- 11.10. Moderation des Podiums bei der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Historische Perspektiven sozialdemokratischer Kommunalpolitik“ in Chemnitz.
- 16./17.10. Teilnahme an der DST-Konferenz der Oberbürgermeister der neuen Bundesländer in Cottbus.
- 23.10. Moderation des Podiums „Aktuelle Entwicklungstrends in den Stadtregionen – Die Folgen für die Kommunen“ bei der BMBau-Tagung „Die Zukunft der Stadtregionen“ in Hannover.
- 4.11. Vortrag „Neue Steuerungsmodelle im Spannungsfeld zwischen Politik und Verwaltung“ beim Seminar „Verwaltungsmodernisierung – Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung neu gestalten“ des IKU-Instituts für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung in Frankfurt/Main.
- 12.11. Statement „Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen“ bei der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Stadtentwicklung“ des Bauausschusses des DST in Köln.
- 13./14.11. Teilnahme an der Sitzung des Umweltausschusses des Deutschen Städtetages in Neubrandenburg. Präsentation des Difu/IFOK-Projekts „Energietische“.
- 18.11. Podiumsdiskussion „Lokale Agenda 21“, Universität Hamburg.
- 20./21.11. Vortrag „Modernisierungsstrategien: Ziele und Zielkonflikte“ und Resümee „Der Rat im Modernisierungsprozeß“ auf der Difu-KGSt-Fachkonferenz „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“ in Berlin.
- 5.12. Statement „Umweltcontrolling“ beim ICLEI-Fachgespräch „Öko-Budgets – Neues Steuerungsmodell für natürliche Ressourcen?“ in Heidelberg.

**Dr. Rolf-Peter Lühr (Stellvertretender Institutsleiter)**

- 14./15.1 Einführung in die Präsentation des Planspiels zur BauGB-Novelle 1997 vor dem Bundestags-Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Rathaus, Sankt Augustin.
- 22./23.1. Einführung und Leitung der Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) „Kinder-Leben in der Stadt – Herausforderung an Jugendhilfe und Stadtplanung“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 27.1. Vortrag der Stellungnahme des Difu im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur Städtebauförderung, Bundeshaus, Bonn.
- 29.1. Öffentliche Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur BauGB-Novelle 1997.
- 4.2. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des VfK, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 19.3. Vortrag „Stadtmarketing“ vor der IHK Würzburg/Schweinfurt und der Stadtverwaltung Würzburg, Geschäftsstelle der IHK, Würzburg.
- 9.4. Fortbildung zum Thema „Betriebsbedingte Kündigung“, Chemnitz.
- 16.4. Verhandlungen über den Wirtschaftsplan 1998 mit dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie dem Bundesministerium der Finanzen, BMBau, Bonn.
- 24.4. Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Erfahrungsaustauschs des DST und des Difu zur Lokalen Agenda 21.
- 29.5. Vortrag der Stellungnahme des Difu im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landtages Brandenburg zum Antrag der Fraktion der PDS „Erarbeitung von Leitlinien der nachhaltigen Stadtentwicklung“, Landtag, Potsdam.
- 30.5. Leitung der Sitzung des Oberen Umlegungsausschusses des Landes Brandenburg, Ministerium des Innern, Potsdam.
- 6./7.6. Einführung und Leitung der Fachtagung des VfK „Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe in der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt gegen Kinder“, Internationales Bildungszentrum Bogensee bei Berlin.
- 9.6. Vortrag „Die Schwierigkeit, eine gemeinsame Sprache zu finden – Erfahrungen bei Stadtentwicklungs-, Jugendhilfe- und Umweltprojekten in den neuen Bundesländern sowie in Tschechien, Ungarn, Bulgarien und der Slowakei“ im Rahmen des Städtepartnerschaftstreffens des Deutsch-russischen Forums, Haus der russischen Wissenschaft und Kultur, Berlin.
- 17./18.6. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ in Blossin bei Berlin.
- 23.6. Vortrag „Stadtmarketing“ vor Rat und Verwaltung der Stadt Bad Kissingen sowie der Ortsgruppe Bad Kissingen der IHK Würzburg/Schweinfurt, Rathaus, Bad Kissingen.
- 4.9. Vortrag „Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Umsetzung“ vor der Landtagsfraktion der SPD Brandenburg, Rheinsberg.



*Aktivitäten der  
Institutsleitung*

**IL**

Aktivitäten der  
Institutsleitung

- 15.9. Vortrag „Überblick über die Ziele und Inhalte des Bau- und Raumordnungsgesetzes“ im Rahmen der Fachtagung des Difu „Einführung in das novellierte Baugesetzbuch und das neugefaßte Raumordnungsgesetz“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 19./20.9. Einführung und Leitung der Fachtagung des VfK „Netzwerk Kriminalprävention – was kann Jugendhilfe leisten?“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 22.9. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des VfK, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 26.9. Leitung der Sitzung des Oberen Umlegungsausschusses des Landes Brandenburg, Ministerium des Innern, Potsdam.
- 29.9. Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Deutsch-amerikanischen Partnerschaftsbörse zur Berufsbildung“ der Carl-Duisberg-Gesellschaft, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 1.10. Vortrag „Zulässigkeit von Vorhaben“ im Rahmen der Fachtagung des Fachbereichs Architektur, Raum- und Umweltplanung, Bauingenieurwesen der Universität Kaiserslautern „Das neue Baugesetzbuch“, Universität Kaiserslautern.
- 23.10. Vortrag „Prävention gegen Jugendkriminalität“ im Rahmen der öffentlichen Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zu Jugendkriminalitätsprävention, Bundeshaus, Bonn.
- 4.12. Fortbildung zu Personal-Controlling, Berlin.



# Veröffentlichungen

## Prof. Dr. Heinrich Mäding

Heinrich Mäding, Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen, Aktuelle Information des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin Dezember 1997.

Heinrich Mäding, Am Rande der Stadt – Trends und politisches Handeln, in: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Am Rande der Stadt: Ballungsraumperipherie als Planungsschwerpunkt kommunaler Stadtentwicklungspolitik, Dortmund 1997, S. 119–121.

Heinrich Mäding, Öffentliche Finanzen, in: Andersen/Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. Opladen 1997, S. 385–394.

Heinrich Mäding, Kommunalfinanzen in Deutschland im säkularen Vergleich 1881/1981 unter besonderer Berücksichtigung der Investitionen, in: K.-H. Kaufhold, (Hrsg.), Investitionen der Städte im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 3–19.

Heinrich Mäding, Die Budgethoheit der Räte/Kreistage im Spannungsverhältnis zur dezentralen Ressourcenverantwortung, in: Zeitschrift für Kommunalfinanzen, Jg. 47 (1997) H. 5, S. 98–104 und in: Deutscher Städtetag (Hrsg.), Verwaltungsmodernisierung – Dialog zwischen Praxis und Wissenschaft, Köln 1997, S. 35–54 (DST-Beiträge zur Kommunalpolitik, H. 26).

Heinrich Mäding, Sieben Überlegungen zur kommunalen Haushaltskonsolidierung, in: Seiler, G. (Hrsg.), Gelebte Demokratie (Rommel-Festschrift), Stuttgart 1997, S. 179–209.

Heinrich Mäding, Kommunale Verwaltungsmodernisierung als Reformpolitik. Chancen und Gefahren, in: H. Heinelt, (Hrsg.), Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege der Ressourcenmobilisierung, Opladen 1997, S. 143–149.

Heinrich Mäding, Die Entwicklung der europäischen Metropolregion Berlin/Brandenburg, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Räumliche Disparitäten und Bevölkerungswanderungen in Europa. Regionale Antworten auf Herausforderungen der europäischen Raumentwicklung, Hannover 1997, S. 171–186, (Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 202).

Heinrich Mäding (Hrsg.), Die gescheiterte Fusion Berlin-Brandenburg: Regionalpolitische Rahmenbedingungen und Konsequenzen, Hannover 1997, Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 241.

Heinrich Mäding, Partizipation und gesellschaftliche Einflußnahme bei raumbedeutsamen Großprojekten, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 55 (1997) H. 2, S. 83–90.

Heinrich Mäding, Local climate protection policy in the Federal Republic of Germany, Deutsches Institut für Urbanistik, Occasional papers, Berlin 1997.

Heinrich Mäding, „Wirtschaftlichkeitsberechnungen“, in: A. Fischer/C. Kallen, (Hrsg.), Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte, Berlin 1997, S. 323–331.



Heinrich Mäding, Klimaschutz in Kommunen – zur Geschichte und Zielsetzung des Projektes, in: Bundesumweltministerium u.a. (Hrsg.), Dokumentation des Workshop „Klimaschutz in Kommunen“, Bonn 28. Mai 1997, S. 37–43.

Heinrich Mäding, Bemerkungen zur Zukunft der Orchester aus kommunaler Perspektive, in: Das Orchester, Jg. 45 (1997) H. 12, S. 17–22.

Heinrich Mäding, Die Lösung kommunaler Aufgaben im Blickfeld. Das Deutsche Institut für Urbanistik als Partner der Kommunen, in: Verwaltung – Organisation – Personal, Jg. 19 (1997) H. 11, S. 16/17.

### **Dr. jur. Rolf-Peter Löhr**

Rolf-Peter Löhr, Vorwort zur Dokumentation der Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. „Jugendarbeitslosigkeit – was tun?! Jugendhilfe und Sozialamt, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft als Partner bei der Sicherung beruflicher Perspektiven junger Menschen“ am 21. und 22.5.1996, Berlin 1997, S. 7 f. (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 7).

Rolf-Peter Löhr, Vorwort zur Dokumentation der Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. „Kinder-Leben in der Stadt – Herausforderung an Jugendhilfe und Stadtplanung“ am 22. und 23.1.1997, Berlin 1997, S. 5 f. (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 10).

Rolf-Peter Löhr, Planspiel „BauGB-Novelle 1997“, Difu-Materialien 1/97 (zusammen mit Arno Bunzel, Petra Lau, Rudolf Schäfer).

Rolf-Peter Löhr (Hrsg.), Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), 5 Bände, Münster 1997 (zusammen mit Jürgen Fuchs und Dieter Kreft).

Rolf-Peter Löhr, Vorwort zu Band 1 der fünfbändigen Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Münster 1997, S. 11–25 (zusammen mit Jürgen Fuchs und Dieter Kreft).

Rolf-Peter Löhr, Die Neuregelungen des Baugesetzbuchs zum 1.1.1998, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1997, S. 1145–1167 (zusammen mit Ulrich Battis und Michael Krautzberger).

Rolf-Peter Löhr, Vorwort, in: Verein für Kommunalwissenschaften (Hrsg.), Fünf Jahre Informations-, Fortbildungs-, Forschungsdienst Jugendgewaltprävention, ein Bericht von Helmut Heitmann und Bernd Holthusen, Berlin 1997, S. 5–7 (IFFJ-Schriften 11).s

# Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

PR



## **Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Sybille Wenke-Thiem

## **Sachbearbeitung/Sekretariat**

Cornelia Schmidt

## **Praktika**

Dörte Horn

Tanja Klebsch

Sabine Kühns

Axel Krämer

Katrin Rössler

Martin Steinbrecher (Lehrling)

Anne-Ruth Twellmann





## Aktivitäten der Pressestelle

Die Difu-Pressestelle nimmt zentrale Aufgaben für das gesamte Institut wahr. Im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden einerseits die allgemeinen Aufgaben und Ziele des Difu, andererseits aktuelle Forschungsergebnisse der einzelnen Arbeitsbereiche einer breiten Öffentlichkeit bekannt und zugänglich gemacht.

Im Jahr 1997 konnten im Vergleich zum Vorjahr mehr Medien und somit ein größerer Leserkreis erreicht werden als bisher. Berichteten im Vorjahr 270 Printmedien über das Difu, so waren es im Jahr 1997 321 Medien. Auch die Anzahl der Veröffentlichungen nahm zu. 1996 waren es 712 Artikel, in denen über die Difu-Arbeit berichtet wurde, 1997 waren es 894 (siehe Seite 31).

Eine Zunahme war auch in allen anderen Bereichen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts deutlich sichtbar: So besuchten 1997 mehr internationale Delegationen als in den Vorjahren das Difu, die Aktivitäten zur Außendarstellung des Difu in Form von Bücher- und Infotischen waren 1997 zahlreicher als 1996, die Zahl der für die Zusammenstellung des Presseechos beobachteten Fachzeitschriften stieg von rund 220 auf über 500 an und auch die Internetredaktion ist aufgrund des umfangreicheren Web-Angebots zeitaufwendiger (1996 war das Difu mit rund 120 Seiten im Netz präsent, im Jahr 1997 waren es bereits rund 1100 Seiten). Erwähnenswert ist auch die zunehmende internationale Streuung von Veröffentlichungen, die bis in den asiatischen Raum hineinreicht (siehe Seite 32).

Die folgende Auflistung stellt exemplarisch verschiedene im Berichtszeitraum durchgeführte Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar:

- Organisation bzw. Unterstützung bei der Durchführung von Pressekonferenzen (1997 u.a. zu den Themen „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“, „Lokale Agenda 21“, „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“),
- Redaktion und Layout diverser Medieninformationen und Presstexte,
- Planung und Durchführung von Marketingaktionen zur Förderung des Publikationsverkaufs (Mailing-Aktionen von „Waschzetteln“ zur Werbung für Difu-Neuveröffentlichungen und Versand von Rezensionsexemplaren),
- Redaktion und Erstellung des Jahresberichts 1996 sowie des Mittelfristigen Arbeitsprogramms '98-'00,
- Redaktion, Layout und Produktionsüberwachung des vierteljährlich erscheinenden Difu-Newsletters berichte sowie des Info-Letters „Forum Stadtökologie“,
- Redaktion und Layoutarbeit verschiedener hauseigener PR-Materialien sowie von PR-Texten zur Veröffentlichung in externen Broschüren und Handbüchern,
- Zusammenstellung und Auswertung der Presseresonanz (Recherche in mehr als 500 Fachzeitschriften und diversen Tages- und Wochenzeitungen nach Veröffentlichungen über das Difu, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die bearbeiteten Projekte, siehe Graphiken auf Seite 31),
- Recherche in der Tagespresse für Difu-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu speziellen Themengebieten und die Erstellung eines täglichen Pressespiegels,
- Kontaktpflege und Beratungsgespräche mit Presse und Multiplikatoren. Beantwortung von Anfragen aus dem Medienbereich, den Kommunen sowie der Öffentlichkeit. Vermittlung von Gesprächen zwischen Presse und Difu-Kolleginnen und -Kollegen,



- Kontinuierliche Pflege verschiedener Datenbanken: (Presseverteiler, Berichterverteiler, Ansprechpartnerverteiler sowie Nutzung weiterer Datenbanken für weitere Zielgruppenmailings),
- Redaktion des Difu-Internetangebots,
- Organisation und Durchführung von Ausstellungsaktivitäten, Büchertischen bzw. Informationstischen sowie Teilnahme an diversen Veranstaltungen:
  - ▲ Fachtagung „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ am 21.1.1997 in Berlin
  - ▲ Frühjahrstagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) vom 7.–9.4.1997 in Magdeburg ,
  - ▲ Institutsausschußsitzung am 18.4.1997 in Berlin,
  - ▲ Seminar städtischer Pressereferenten vom 21.–23.5.1997,
  - ▲ Hauptversammlung des DST vom 3.–5.6.1997 in Hamburg,
  - ▲ Kuratoriumssitzung des Difu am 13.6.1997 in Berlin,
  - ▲ TAT-Orte-Preisverleihung am 31.8.1997 in Dresden,
  - ▲ Preisverleihung im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ am 4.9.1997 in Bonn,
  - ▲ Difu-KGSt-Fachtagung im Ernst-Reuter-Haus in Berlin am 15.9. und 16.9.1997
  - ▲ Statistische Woche vom 22.9.–24.9.1997 in Bielefeld,
  - ▲ Wissenschaftliche Plenarsitzung der Akademie für Raum- und Landesplanung (ARL) vom 25.–26.9.1997 in Berlin,
  - ▲ Kongreß Städtischer Pressereferenten vom 8.–10.10.1997 in Reutlingen,
  - ▲ Fachtagung „Kommunale Zeitpolitik“ am 30. und 31.10.1997 in Berlin,
  - ▲ Präsidiumssitzung des Hauptausschusses des DST vom 5.–7.11.1997 in Berlin,
  - ▲ Institutsausschußsitzung am 7.11.1997 in Berlin,
  - ▲ Fachtagung „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“ am 20. und 21.11.1997 in Berlin.
- Planung und Koordination der nationalen und internationalen Besuchergruppen, Aufbereitung von Info-Material, Betreuung der Pressestellenbesucher.  
 Folgende internationale Delegationen wurden 1997 von Difu-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen empfangen:
  - ▲ 30.1.1997 Besucher des japanischen Bauministeriums, Tokio,
  - ▲ 14.4.1997 Besuchergruppe von Kommunalpolitikern aus Südafrika,
  - ▲ 24.4.1997 Besuch einer englischen Studenten der London School of Economics,
  - ▲ 15.4.1997 Besuchergruppe aus Osaka, Japan,
  - ▲ 5.5.1997 Vortrag vor bosnischen Kommunalbediensteten,
  - ▲ 28.5.1997 Besuch von südamerikanischen Bürgermeistern aus Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay,
  - ▲ 29.5.1997 Besuchergruppe südafrikanischer Kommunalpolitiker,
  - ▲ 30.5.1997 Besuchergruppe von Verwaltungsfachleuten aus Thailand,
  - ▲ 11.7.1997 Besucher aus dem pakistanischen Umweltministerium,
  - ▲ 13.8.1997 Besuchergruppe von Kommunal- und Provinzbediensteten aus China,
  - ▲ 27.10.1997 Besuchergruppe amerikanischer Fachleute aus Planungämtern,
  - ▲ 28.10.1997 Besuchergruppe aus Italien (Wissenschaftler),
  - ▲ 28.11.1997 Besuch des Staatssekretärs des Außenministeriums von Ecuador.
- Mitarbeit in den Projektgruppen
  - ▲ „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ (AB 3),
  - ▲ „Forum Stadtökologie“ (AB 3),
  - ▲ Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ (AB 1).

# PR



*Aktivitäten der  
Pressestelle*





**ARBEITSBEREICH 1:  
STADTENTWICKLUNG UND RECHT**

**AB1**



# ARBEITSBEREICH 1: STADTENTWICKLUNG UND RECHT

# AB 1

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dr.-Ing. Dieter Apel (85 %)  
Dr.-Ing. Heidedede Becker  
Dipl.-Ing. Christa Böhme (50 %)  
Dr.-Ing. Arno Bunzel, Ass.jur.  
Dr. rer. pol. Albrecht Göschel  
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock  
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer (75 %)  
Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl (80 %)  
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje (80 %)

### Sachbearbeitung

Hans-Georg Just  
Christa Rothäusler (50 %)  
Wolf-Christian Strauss

### Sekretariat

Viola-Dagmar Boehle (50 %)  
Irmtraud Kasokat (bis 31.12.1997)  
Susanne Mayer (seit 1.11.1997)  
Franziska Paiteris  
Roswitha Winkler-Heinrich (50 %)

### Praktika

Achim Gebel  
Markus Peter  
Doris Siemens





# 1. Abgeschlossene Projekte

## 1.1 Planspiel „BauGB-Novelle 1997“

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Baugesetzbuchs (BT-Drucks. 13/6392) wurde, angeleitet und dokumentiert durch das Difu und die Forschungsgruppe Stadt + Dorf – Prof. Dr. Schäfer, durch Mitarbeiter der Städte Karlsruhe, Leipzig, Flensburg und St. Augustin, der Gemeinden Bad Zwischenahn und Schopfheim sowie der Landkreise Dahme-Spreewald und Nordfriesland einem Praxistest unterzogen. Beteiligt waren Vertreter der Planungs-, Bauaufsichts-, Liegenschafts- und Vermessungs- sowie Grünflächen- und Umweltämter. Auftraggeber war das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau).

Die Ergebnisse des Planspiels wurden dem Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in einer öffentlichen Ausschußsitzung am 15. Januar 1997 in Sankt Augustin präsentiert (BT-Drucks.). Ihre vielfältige Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsverfahren ist den Gesetzesmaterialien zu entnehmen. Eine Dokumentation des Planspiels wurde in der Reihe „Difu-Materialien“ als Heft 1/97 veröffentlicht (Bunzel, Löhr [IL], Sander [AB 5] und Externe).

## 1.2 Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Umweltbundesamtes (UBA) wurde vom Difu in Zusammenarbeit mit dem Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR), Aachen, bearbeitet. In fünf Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung und einem Landkreis wurde beispielhaft untersucht, wie Umweltbelange im Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Hierzu wurden die mit Umweltaspekten befaßten Mitarbeiter in den jeweils zuständigen Fachämtern, zumeist Umweltämtern, sowie in den Bauaufsichtsämtern befragt. Dabei konnte unter anderem die in der Organisationshoheit der Kommunen liegende Ausgestaltung der Verfahren und deren Effizienz erfaßt werden. Außerdem wurde – soweit erforderlich differenziert nach Bundesländern – auch das gesamte im Baugenehmigungsverfahren zu beachtende umweltbezogene materiell- und verfahrensrechtliche Anforderungsprofil untersucht. Die als Folge der jüngsten Novellierungswelle der Landesbauordnung erkennbare Diskrepanz zwischen einerseits wachsenden Umwelanforderungen und andererseits einem Abbau präventiver Kontrollmöglichkeiten konnte nur thesenhaft problematisiert werden.

Die Untersuchung wurde, nachdem sie im Juni 1997 in einem Expertenkreis erörtert wurde, mit der Vorlage des Endberichts abgeschlossen. Die Veröffentlichung des Endberichts erfolgt durch das Umweltbundesamt (Bunzel, Kahmann [AB 3] und Externe).

## 1.3 Auswirkungen der Erschließungsförderung neuer Wohngebiete

Im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg untersuchte das Difu die Auswirkungen der Erschließungsförderung von Wohngebieten durch das Land nach der Förderrichtlinie zur städtebaulichen Planung und Vorbereitung von Stadtentwicklungsvorhaben. Erfaßt wurde, ob die Fördermittel effektiv und zielgerichtet eingesetzt wurden, d.h. ob Anstöße zu einer strukturellen Verbesserung gegeben werden und eine Senkung der Bodenpreise erreicht wird, zu der die Gemeinden ohne Unterstützung des Landes nicht in der Lage wären. Im einzelnen wurden drei vom Auf-



traggeber benannte Maßnahmen analysiert. Die begrenzte Anzahl von Fallbeispielen ermöglichte keine repräsentativen Ergebnisse. Möglich war jedoch, Grundtypen geförderter Maßnahmen nach Zielsetzungen und Auswirkungen zu beschreiben, auf diese Weise eine vergleichende Bewertung vorzunehmen und so generelle Hinweise zur Ausgestaltung und Prioritätensetzung der Förderung von Wohngebieterserschließungen abzuleiten (Bunzel, Kahmann [AB 3]).

## 1.4 Fachseminar „Freiräume und Landwirtschaft in Ballungsräumen“

Gemeinsam mit den „Berliner Stadtgütern“ hat das Difu die 6. Tagung des Arbeitskreises „Umweltgerechte Landwirtschaft im Ballungsraum“, die am 26. und 29. August 1997 in der Domäne Dahlem in Berlin stattfand, vorbereitet und moderiert.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Entwicklung der Landwirtschaft im Ballungsraum Berlin, die bekanntermaßen seit der Wende erheblichen Wandlungen unterliegt. Landwirtschaftliche Flächen werden vielfach für urbane Entwicklungsvorhaben im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg in Anspruch genommen. Die wirtschaftliche und soziale Verantwortung rechtfertigt dieses Handeln. Gleichfalls ist es notwendig, für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft selbst einen Wert zu bestimmen. Die zu der Tagung eingeladenen Referenten aus Berlin und Brandenburg vertraten unterschiedliche Positionen und setzten sich aus verschiedenen Perspektiven mit diesem Thema auseinander.

Die Referate der Tagung werden 1998 in einer Tagungsdokumentation veröffentlicht (Preisler-Holl).

## 1.5 Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte

Das 1995 begonnene Projekt „Fallstudien zur Bewertung verkehrsreduzierender Stadtentwicklungskonzepte unter Umweltaspekten“, wurde vom Umweltbundesamt mitfinanziert.

Im Mittelpunkt der Untersuchung standen Fallstudien über ausgewählte europäische Städte und eine nordamerikanische Stadt sowie Fallstudien über Stadtteile deutscher Städte, in denen Elemente (auto-)verkehrsreduzierender räumlicher Konzepte realisiert worden sind oder werden. Es wurden folgende Fallstudien erarbeitet:

- Stadt und Stadtregion Amsterdam,
- Mittelstadt Delft in Holland,
- Stadt und Stadtregion Bern in der Schweiz,
- Stadt Halle (Saale),
- Stadt und Stadtregion Oxford in England,
- Stadt und Region Portland in Oregon (USA),
- Stadtteil Nürnberg-Langwasser,
- Stadtteil Freiburg-Vauban/Rieselfeld und
- Stadtteil Tübingen-Südstadt.

Der Entwurf des Abschlußberichts wurde im Dezember 1996 im projektbegleitenden Beirat diskutiert. Der Abschlußbericht wurde Ende März 1997 dem UBA vorgelegt. Die Studie wird unter dem Titel: „Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich“ in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“, Band 24, Anfang 1998 veröffentlicht (Apel, Lehmbrock).



## 1.6 Regionalisierung des ÖPNV und regionale Kooperation

Das Projekt wurde zugunsten neu übernommener Projekte und einer Umorientierung des Forschungsschwerpunktes auf das Themenfeld des Wirtschaftsverkehrs nicht weitergeführt. Unter dem Titel „Regionalisierung des ÖPNV“ ist jedoch ein Zwischenbericht (Difu-Materialien 13/95) veröffentlicht worden (Lehmbrock).

## 1.7 Expertise zur Ableitung von Entlastungspotentialen und -strategien in den Handlungsbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung für das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung durch Ruß, Benzol, Ozon und CO<sub>2</sub>“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Die im Einflußbereich einer integrierten Stadt- und Verkehrsplanung liegenden Vermeidungs- und Verlagerungspotentiale im Autoverkehr wurden am Beispiel der brandenburgischen Stadt Oranienburg aufgezeigt. Dabei standen die Frage nach der Standortwahl für die zukünftige Neuansiedlung von Gewerbe-, Einzelhandel- und Wohnungsnutzungen innerhalb der Stadt Oranienburg sowie die der Straßenplanung im Mittelpunkt.

Ausgangspunkt ist die Analyse des Bestands und der zukünftigen Entwicklungspotentiale Oranienburgs bei der Neuansiedlung von Gewerbe, Einzelhandel und Wohnungen. Daran anschließend werden die für diese Nutzung in Frage kommenden Standorte jeweils mit Hilfe der ABC-Planungsmethode, die sich im Verlauf der Untersuchung als sehr nützlich Instrument erwies, unter dem Gesichtspunkt der standortspezifischen Verkehrserzeugung und des zu erwartenden Autoverkehrsaufkommens untersucht.

Die Untersuchung zeigt, daß durch eine integrierte Standortplanung in Oranienburg

- bei der Ansiedlung von Dienstleistungs-, Handwerks- und Industriebetrieben etwa 18,6 Prozent der werktäglichen Autofahrten oder 0,36 Fahrten pro Beschäftigten,
- bei der Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben rund 30,6 Prozent der Autofahrten oder 0,09 Autofahrten je m<sup>2</sup> Verkaufsfläche und
- bei der Ansiedlung von Wohngebieten etwa 27,4 Prozent des Autoverkehrs oder 0,28 Fahrten je Einwohner (mit neuer Wohnung)

vermieden werden können.

Im Endbericht wird daher empfohlen, die Prinzipien der ABC-Planung in der Stadt- und Verkehrsplanung und der Förderpolitik des Landes Brandenburg institutionell in Form einer überregionalen Körperschaft zu verankern.

Als zweites zentrales Instrument wird in der Difu-Expertise die Möglichkeit zur planerischen Steuerung der Wohnraumnachfrage behandelt. Um eine Nachverdichtung von dünnbesiedelten Gebieten („Datschengebieten“) zu steuern, wurden folgende Handlungsempfehlungen gegeben:

- Zur Verhinderung einer Nachverdichtung dünnbesiedelter Gebiete sollten Gemeinden das Instrument des einfachen Bebauungsplans nach § 30 Abs. 2 BauGB im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nutzen. Diese Bebauungspläne können wegen ihrer geringen Regelungsdichte in kürzerer Zeit, mit weniger Personal und sogar für größere Gebiete aufgestellt werden.

# AB 1



abgeschlossene  
Projekte

- Da nicht alle Gemeinden eine Nachverdichtung in solchen dünnbesiedelten Gebieten verhindern wollen, sollte das Land Brandenburg Erschließungsstandards als Genehmigungsvoraussetzungen für Bauvorhaben festsetzen. Diese Standards könnten sich an der Qualität der Straßenbefestigung oder der Erschließung der Gebiete durch Bahn und Bus orientieren.
- Darüber hinaus sollte ein brandenburgisches Landesprogramm zur Begrenzung der Nachverdichtung in dünn besiedelten Gebieten geschaffen werden. Dabei sollten Gebiete, die bestimmte Kriterien erfüllen (z.B. unbeplanter Innenbereich nach § 34 BauGB, GFZ unter 0,3, unbefestigte Straßen, mangelnde technische Infrastruktur), mit geringerer Priorität bei der Förderung bedacht werden.

Auch das in vielen Mittelstädten Brandenburgs diskutierte Problem des Durchgangsverkehrs und der dort geforderten Umgehungsstraßen wurde bewertet. Die vorliegende Untersuchung weist nach, daß die geplante kreuzungsfreie Ortsumgehung (B96) Oranienburgs nicht die erwarteten Entlastungseffekte erreichen kann und sogar zu Neubelastungen in bisher wenig belasteten Stadtteilen führen wird. Es wird daher eine innerörtliche Entlastungsrouten und ein großräumiges Umfahungskonzept vorgeschlagen, mit dem die beabsichtigte Verkehrsberuhigung der Innenstadt wesentlich besser erreichbar ist. Nach Vorlage des Endberichts erfolgen Anfang 1998 weitere Abstimmungen und Präsentationen. Die Studie wird in der Reihe Difu-Materialien veröffentlicht (Lehmbrock, Stein [ext.]).

## 1.8 Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung

Die Dokumentation und Auswertung der im Sommer 1996 vom Difu gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung durchgeführten Veranstaltungen erscheint im Februar 1998 im Stuttgarter Karl Krämer Verlag. Bei den Veranstaltungen handelte es sich um ein zweitägiges Symposium (am 13. und 14.6.1996 in Berlin) mit dem Titel „Perspektiven für das Städtische – zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa“. Im Anschluß fanden drei Expertenworkshops mit jeweils zehn bis zwölf externen Referenten statt, in denen die Aspekte „Neue Stadteile in Europa“, „Aktuelle Pläne und Projekte – Leitbildorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „Planung und Umsetzung nutzungsverflochtener Stadtstrukturen“ diskutiert wurden.

Die mit vielen Abbildungen ausgestattete Veröffentlichung „Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa“ bietet einen Überblick zu aktuellen Tendenzen und Diskussionen im Städtebau mit Beiträgen von mehr als vierzig Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft (Becker, Sander [AB 5], Strauss, Jessen [ext.]).

## 1.9 Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“

Mit der Preisverleihung am 4. September 1997 in Bonn und der Übergabe der Wettbewerbs-Dokumentation an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde der Wettbewerb für das Difu mit Ausnahme verbleibender Versendungen der Dokumentationen und damit verbundener Öffentlichkeitsarbeit abgeschlossen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Bundeswettbewerb gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund – ausgelobt und die Kommunen aufgefordert, ihre kinder- und familienfreundlichen Konzepte, Projekte und Maßnahmen darzustellen. Ziel des Wettbewerbs war und ist es, besonders kinder- und familienfreundliche örtliche





Maßnahmen kommunaler Politik auszuzeichnen und zur Stärkung und Fortentwicklung einer kinder- und familienfreundlichen Gestaltung des Lebensumfelds auf kommunaler Ebene anzuregen.

An dem Wettbewerb, der vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, und der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Göttingen, betreut wurde, beteiligten sich 364 Kommunen aus 14 Bundesländern. Der Hauptanteil der Bewerbungen (jeweils über 50 Prozent) kam bei den alten Bundesländern aus der Gemeindegrößenklasse 10000 bis 100000 Einwohner und bei den neuen Bundesländern aus der Gemeindegrößenklasse unter 10000 Einwohner.

Die große Beteiligung und die inhaltliche Komplexität der Wettbewerbsbeiträge stellten hohe Anforderungen an die interdisziplinär zusammengesetzte Jury unter Vorsitz des Regierungspräsidenten a.D. Erwin Schleberger. Aus sehr vielen Wettbewerbsbeiträgen wurde deutlich, daß Maßnahmen und Projekte, mit denen die Lebenssituation von Kindern und Familien verbessert werden sollen, in fast allen Politikfeldern bzw. Ressorts der kommunalen Verwaltung durchgeführt werden. Darüber hinaus setzen viele Städte besondere Akzente

- im Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur,
- im Bereich einer kinder- und familienfreundlichen Siedlungsstruktur (durch Maßnahmen im Wohnungsbau, der Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrswesens),
- in der Förderung der Partizipation und der Selbsthilfe, der Eigenleistung und Ehrenamtlichkeit sowie
- in der Verankerung der Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in örtlichen Verwaltungen und Politikfeldern und ihrer Vernetzung im kommunalen Handeln.

Bei der Auswahl der Preisträger wurde die Jury durch das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin, und die Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen, unterstützt. Die Auswahl erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren, in dem sowohl quantitative wie qualitative Bewertungsmaßstäbe zugrunde gelegt wurden. Am Ende dieses Auswahlverfahrens wurden die in die engere Wahl gekommenen Städte und Gemeinden vor Ort begutachtet. In der abschließenden Jursitzung wurden die nachstehenden 15 Preisträger ausgewählt.

Die Preisträger in der Größenklasse über 100 000 Einwohner sind:

- Aachen, Erfurt, Freiburg und Würzburg.

Die Preisträger in den Größenklassen zwischen 10 000 bis 100 000 Einwohner sind:

- Dreieich, Gladbeck, Lingen, St. Wendel, Tettngang und Zeulenroda.

Die Preisträger in der Größenklasse bis zu 10 000 Einwohner sind:

- Beeskow, Gleichen, Heidenburg, Schalkham und Thum.

## 1.10 Kultureller Wandel in der DDR und den neuen Bundesländern

Die Ergebnisse des Projekts zum kulturellen Wandel und zu kulturellen Einstellungen in den neuen Bundesländern sind in mehrerer Hinsicht aufschlußreich und geben Antworten



auf Fragen der gegenwärtigen Forschung zur deutschen Einigung. So wurde deutlich, daß sowohl große Ähnlichkeiten und Parallelen als auch Differenzen und Gegensätzlichkeiten zwischen ost- und westdeutschen kulturellen Entwicklungen bestehen. Es lassen sich in den neuen Bundesländern – ähnlich wie in der alten Bundesrepublik – vier Generationen nachweisen, die auf vergleichbaren Modernisierungsvorgängen basierend zu parallelen Motiven für die Entwicklung von Kulturbegriffen und kulturellen Einstellungen gelangen. Die gegensätzlichen politischen Bedingungen in Ost und West bewirken jedoch, daß sich diese gleichen Motive zu gegensätzlichen Formen im kulturellen Verhalten entwickeln. Diese „spiegelbildliche Parallelität“, die die Entwicklung kultureller Einstellungen prägt, findet sich auch in den Individualitäts- und Identitätsbildern in Ost und West und erklärt sowohl Ressentiments des Ostens gegenüber dem Westen, die in den Jahren nach der Vereinigung überdeutlich zum Ausdruck gekommen sind, als auch Divergenzen in Moralbegriffen, im Selbstbewußtsein der Menschen in beiden Landesteilen und in künstlerischen Entwicklungen. Mit dem Endbericht, der im November 1997 an das Kulturdezernat der Stadt Leipzig gegangen ist, wurde das Projekt abgeschlossen. Eine Publikation der Ergebnisse wird vorbereitet (Göschel).



## 2. Laufende Projekte

### 2.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht

Das Projekt zielt auf die Vermittlung von Anwendungswissen. Mit dem Inkrafttreten des novellierten Baugesetzbuchs am 1. Januar 1998 wurden die kommunalen Verwaltungen mit einer neuen Rechtslage konfrontiert. Das Difu will durch Vermittlung der konkreten Änderungen und praktische Handlungsempfehlungen die in den Kommunen betroffenen Aufgabenträger bei der notwendigen Anpassung für die Praxis unterstützen. Dies soll durch die Erstellung von Arbeitshilfen und mittels Seminarveranstaltungen erfolgen. Dabei kann auf die im Rahmen des Planspiels zur BauGB-Novelle gewonnenen empirischen Grundlagen zurückgegriffen werden. Bislang wurden unter Federführung des Arbeitsbereichs Fortbildung vier jeweils zweitägige Seminarveranstaltungen in Berlin, Köln, Karlsruhe und Leipzig zur Einführung in das novellierte Baugesetzbuch durchgeführt. Zwei weitere Seminarveranstaltungen finden im Januar 1998 in Hamburg und Nürnberg statt.

In zweiter Auflage werden eine Arbeitshilfe zum Aufstellungsverfahren von Bebauungsplänen sowie eine Arbeitshilfe zum Gesamtkomplex der Neuregelung des Baugesetzbuchs erstellt. Beide Arbeitshilfen sollen Anfang 1998 erscheinen. Weiterhin sind Arbeitshilfen zu Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung sowie zu städtebaulichen Verträgen geplant (Bunzel, Sander [AB 5]).

### 2.2 Interkommunale Bauleitplanung

Das BauGB eröffnet mit den §§ 203-205 die Möglichkeit, gemeinsame Bauleitpläne für mehrere Kommunen aufzustellen. Freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen zu Planungsverbänden sind dennoch eher selten und auf die Entwicklung von Sondernutzungen oder Gewerbegebieten beschränkt. Ihre Leistungsfähigkeit wird immer wieder auch unter Hinweis auf die Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse und die Schwierigkeiten bei der Konsensfindung der beteiligten Gemeinden in Frage gestellt.



Der Projektablauf gliedert sich in zwei Phasen. In der ersten Phase wird flächendeckend für das gesamte Bundesgebiet erhoben, wo, wieviele und mit welchem Nutzungsziel gemeinsame Bauleitpläne aufgestellt werden. Erfasst werden auch Kooperationsfälle, bei denen ein gemeinsamer Bauleitplan nicht erforderlich ist, weil die Planungshoheit in der Hand einer Gemeinde liegt. Mit einer ersten Kurzbefragung konnten bereits die Anzahl der Kooperationsfälle und die Nutzungsziele grob erfasst werden. Mit einer zweiten Befragung sollen die Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der identifizierten Kooperationsfälle differenziert erhoben werden, um auf dieser Grundlage Falltypen bilden und Empfehlungen ableiten zu können. Die erste Phase der Untersuchung soll im Sommer 1998 abgeschlossen werden.

Die zweite Phase der Untersuchung steht unter dem Vorbehalt einer externen Finanzierung, die noch nicht gesichert ist. Dabei sollen einzelne Fälle beispielhaft analysiert und gegebenenfalls im Wege der Moderation oder Mediation begleitet werden. Mit der Moderation und Mediation soll das im Rahmen der Untersuchung erhobene Erfahrungspotential anderer Kooperationsfälle vermittelt und auf Eignung in den jeweiligen Fallbeispielen geprüft werden. Angestrebt wird auch eine Fallstudie zur gemeindegebietsübergreifenden Bereitstellung von Ausgleichsflächen im Sinne von § 1a Abs. 3 BauGB. Die Dauer der zweiten Projektphase hängt von den Bedingungen ab, die sich aus einer externen Finanzierung ergeben. Das Projekt soll Ende 1998 abgeschlossen werden (Bunzel, Just, Rothäusler, Sander [AB 5 ], Strauss).

### **2.3 Kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung**

Die kommunale Landschaftsplanung findet ihre rechtliche Grundlage neben dem rahmenrechtlichen Bundesnaturschutzgesetz vor allem in den jeweiligen Landesnaturschutzgesetzen, wobei die Gestaltung der Rahmenbedingungen, die Aufstellung und die Erarbeitung der Landschafts- und Grünordnungspläne entscheidend vom Willen des Rates und der Verwaltung der Gemeinden sowie der landesüblichen Planungspraxis abhängig sind.

Aufgrund bereits abgeschlossener Difu-Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Landschaftsplanung und naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wird deutlich, daß die kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung an Bedeutung gewonnen hat. Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden bei der Stadtentwicklung und der Fachplanung aber um so mehr Berücksichtigung finden, je besser sie für die anstehenden Entscheidungen der kommunalen Planungspraxis aufbereitet sind.

Ziel der Studie zur kommunalen Landschaftsplanung ist es, Fallbeispiele aus unterschiedlichen Bundesländern und Städten unterschiedlicher Größe im Hinblick auf das Planungsverfahren, die Planungsinhalte, das Verhältnis zur städtebaulichen Planung sowie Umsetzungsrestriktionen zu analysieren und hieraus Optimierungsvorschläge für die kommunale Planungspraxis zu entwickeln (Preisler-Holl).

### **2.4 Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen**

Mit der Untersuchung sollen die Planungsanlässe für Bebauungspläne (Neuaufstellung sowie Änderungsverfahren) im Rahmen einer Rechtstatsachenforschung untersucht und kritisch hinterfragt werden. Grundlage der Untersuchung ist die genaue Analyse der Planungs- und Genehmigungspraxis wie sie – verteilt über die gesamte Bundesrepublik – 1995 in sie-



ben Fallstudienstädten unterschiedlicher Größenordnung gehandhabt wurde. 1996 erfolgte im wesentlichen die Auswertung des erhobenen Materials. Ziel war es unter anderem festzustellen, wie die verschiedenen Instrumente sinnvoll abgestimmt und koordiniert eingesetzt werden können.

Es ist geplant, die Forschungsergebnisse in einem Fachaufsatz zu veröffentlichen (Meyer, Bunzel).

## 2.5 Arbeitshilfe „Nachhaltiger Städtebau in Brandenburg – eine Politik der kleinen Schritte“

Die globale Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung, die von der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro in der Agenda 21 formuliert wurde, muß zu Konsequenzen für die Siedlungspolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene führen. Das Kapitel 28 dieser Aufgabenbeschreibung für das 21. Jahrhundert enthält einen dringenden Appell an die Kommunen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Umsetzung dieser von mehr als 170 Staaten verabschiedeten Agenda 21 auf der kommunalen Ebene ist daher von zentraler Bedeutung.

Das Land Brandenburg hat 1 700 Gemeinden, von denen 1 617 Gemeinden weniger als 5 000 Einwohner haben. Die kleinteilige Siedlungsstruktur, entsprechend ausgestaltete öffentliche Verwaltungen und vielfach noch fehlende interkommunale Kooperationsformen erfordern eine an diese Bedingungen angepaßte Entwicklungskonzeption für eine zukunftsbewußte, nachhaltige Stadt- und Dorfentwicklung. Hierzu sollen geeignete Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Ziel ist es, die auf internationaler und nationaler Ebene formulierten Ziele und Grundsätze eines ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebaus für das Land Brandenburg in einer Arbeitshilfe zu konkretisieren. Im Sinne einer „Politik der kleinen Schritte“ soll die Arbeitshilfe exemplarisch Handlungsansätze, Modelle und bereits realisierte Maßnahmen im Land Brandenburg darstellen, die die Umsetzbarkeit nachhaltiger Entwicklungsziele auf kommunaler Ebene dokumentieren. Auftraggeber ist das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (MSWV).

Die Veröffentlichung der Arbeitshilfe ist für Ende 1998 geplant (Meyer, Böhme).

## 2.6 Leitfaden Parkraummanagement für brandenburgische Städte

Das MSWV beauftragte das Difu Anfang 1996 wegen aktueller Probleme mit der Parkraumbewirtschaftung in mittleren und kleinen Städten, Handlungsempfehlungen für Kommunen zu erarbeiten. Ende 1996 wurde ein vorläufiger Endbericht vorgelegt, der die verfolgten Ziele und Konzepte beschreibt und eingehend die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen des rechtlichen Instrumentariums der Parkraumbewirtschaftung beschreibt. Zugleich wurden auch rechtliche Grundlagen der Stellplatzbaupflicht, ihrer Ablösung und der Begrenzung des Stellplatzbaus dargestellt. Da die brandenburgische Bauordnung zum damaligen Zeitpunkt novelliert wurde, konnte dieser Bereich des Projektes nicht abschließend behandelt werden. Das Projekt wird im Laufe des Jahres 1998 abgeschlossen (Lehm-brock, Stein [ext.]).



## 2.7 Städtebauförderung und Ressourcenanbündelung

Im Auftrag des BMBau wurde bis Ende 1997 eine Expertise zur Vorbereitung eines Forschungsfeldes „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) erarbeitet. Anlaß dafür ist die sich inzwischen deutlich abzeichnende Notwendigkeit, Programmatik und Verfahren der Städtebauförderung zu überdenken und sie den komplex gewordenen Aufgaben und Problemlagen in vielen Quartieren anzupassen. Die ressortübergreifende Kombination von Förderungsprogrammen, die stärkere Berücksichtigung nicht-investiver Ansätze und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen sollen dazu dienen, die vorhandenen Ressourcen für eine umfassende und integrierte Stadtteilentwicklung zu bündeln und den Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und gleichzeitig auch flexibler zu gestalten.

Die Ergebnisse dreier Fallstudien in den Städten Duisburg, Hannover und Leipzig wurden in einer Expertise dokumentiert. Die hierin dargestellten Empfehlungen zum ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“ bilden die Diskussionsgrundlage für einen Expertenworkshop im Mai 1998 (Becker, Franke [AB4], Löhr [IL], Sander [AB5], Strauss).

## 2.8 Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich – Auswirkungen auf die Lebenssituation der Einwohner

Im Rahmen des im Dezember 1997 begonnen Projekts wurden erste Kontakte zu möglichen Fallstudienstädten aufgenommen. In Abstimmung mit dem DST, dem DStGB sowie dem DLT soll ein Fragebogen zu Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich für die Jahre 1997 und 1998 an alle Städte über 50 000 Einwohner geschickt werden. Das Projekt hat eine Laufzeit von 16 Monaten und soll im ersten Quartal 1999 abgeschlossen werden (Schuleri-Hartje).

# 3. Projektvorbereitende Arbeiten



## 3.1 Szenarien und Potentiale einer nachhaltig flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung

Die weitere Inanspruchnahme von Landschaftsflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke hält unvermindert an. Entscheidende Ursache ist der anhaltende Suburbanisierungsprozeß, der sich derzeit hauptsächlich im äußeren Bereich der Agglomerationsräume vollzieht. Wesentlicher Motor der Suburbanisierung ist der motorisierte Individualverkehr, der sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen weiter ausdehnt.

Diese Trends stehen einer nachhaltigen Siedlungs- und Raumentwicklung entgegen. Sie führen nicht nur zu weiterem „Verbrauch“ von Bodenflächen, sondern auch zu zunehmender Zerschneidung, Verinselung und Verlärmung von Landschaft, zu größeren Pendeldistanzen und verkehrsbedingten Umweltbelastungen sowie zu erhöhten Kosten für Siedlung und Infrastruktur.

In der Erkenntnis, daß flächensparende Strukturen bewahrt und gefördert, qualitative Aspekte bei neuen Flächenansprüchen berücksichtigt werden müssen, Nutzungsansprüche



auf weniger empfindliche Räume zu lenken, Umweltbeeinträchtigungen auszugleichen sind und das Planungsinstrumentarium verändert werden muß, wurde auf internationaler und nationaler Ebene eine Trendwende im Flächenverbrauch gefordert. Aufgabe und Ziel weiterer Entwicklung muß es daher sein, die nachhaltige Bewirtschaftung von Flächenressourcen mit dem Habitat II- und den Agenda 21-Prozessen zu verknüpfen sowie das nationale Konzept Nachhaltigkeit zu vertiefen.

Fragestellungen und Themenkomplexe, die sich für das F+E Vorhaben daraus ergeben, sind:

- Wie wirken sich bestehende Siedlungsstruktur und -konzepte auf die Bodenfunktionen und die Endlichkeit des Umweltmediums Boden aus?
- Wo liegen die Grenzen verträglicher Verdichtung in den Innenstädten und in der Übergangszone zum Stadtrand und wo liegen die Grenzen des flächenaufwendigen Verkehrssystems MIV, der ein wesentliches Hemmnis größerer Dichte bei hoher Wohnqualität darstellt?
- Wie können die bestehenden Siedlungspotentiale durch den Rückbau versiegelter Flächen sowie die qualitative Flächenaufwertung so genutzt werden, daß die Versickerung von Wasser gefördert, der Bodenhaushalt verbessert und ein angenehmes Wohnklima geschaffen wird?
- Wie kann die Zersiedelung des Stadtrandes durch Wohnen, Gewerbe und Verkehr eingeschränkt und die bereits zerstückelte Landschaft ökologisch aufgewertet und z.B. für die Naherholung entwickelt werden?
- Wie kann die anhaltende Suburbanisierung im äußeren Bereich der Stadtregionen generell eingeschränkt, auf flächensparende Bauformen umgestellt und auf landschaftsschonende Flächen in ÖPNV-erschlossenen Siedlungsschwerpunkten gelenkt werden?
- Mit welchen Modellen und Instrumenten wird eine Nachverdichtung und Mobilisierung der ungenutzten Reserven und Brachen in den Innenstädten, der Übergangszone zum Stadtrand und am Stadtrand erreicht?
- Mit welchen Fördermodalitäten und Lenkungsinstrumenten kann die Umnutzung, die Nachverdichtung und die Entsiegelung von Flächen erfolgen?
- Wie kann das Boden- und Liegenschaftsmanagement der Regionen und Kommunen soweit verbessert werden, daß der Flächentausch und die Nutzung von Flächen im Sinne einer nachhaltigen landschaftsschonenden und flächensparenden Siedlungsentwicklung erfolgen?

Die komplexen Fragestellungen des Vorhabens erfordern ein differenziertes methodisches Vorgehen. Zur Anwendung kommen: Szenarien, Potentialabschätzungen, Sekundäranalysen, Wirkungsanalysen, Experteninterviews. Im Mittelpunkt des ersten Fragenkomplexes (Entwicklungspfade der Siedlungsentwicklung, flächensparende Konzepte) steht die Szenario-Methode. Mögliche alternative Entwicklungspfade der Siedlungsentwicklung sollen am Beispiel von zwei ausgewählten Städten bzw. Stadtregionen möglichst detailscharf entwickelt und die Auswirkungen auf die Ressource „Fläche“ aufgezeigt und bewertet werden. In einem zweiten Arbeitsschritt sollen die in einzelnen europäischen Städten und Regionen (z.B. Dänemark, Niederlande, Schweiz) bestehenden „überdurchschnittlichen“ Ansätze zu einer nachhaltig flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung studiert und die Erfahrungen mit solchen Konzepten und Strategien ausgewertet werden. Im dritten Arbeitsschritt stehen Steuerungsinstrumente und Rahmenbedingungen der Siedlungsentwicklung im Mittelpunkt. Es geht um Wirkungsanalysen und Reformvorschläge veränderbarer Rahmenbedingungen und anderer Steuerungsinstrumente.



Das Projekt ist als F+E-Vorhaben des UBA ausgeschrieben worden. Ein Difu-Angebot wurde Anfang Juli eingereicht. Eine Auftragsvergabe wird in Kürze erfolgen (Apel, Böhme, Meyer, Preisler-Holl).

### 3.2 **Umweltpolitik als Form kinder- und familienfreundlicher Stadtentwicklung**

Zum 1997 durchgeführten Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ waren zahlreiche Beiträge eingereicht worden, in denen die Gemeinden Umweltpolitik als ganzheitliche, stabile, dauerhafte und zukunftsfähige Familienpolitik darstellten. Sowohl aus Gründen der Ressortabgrenzung als auch wegen der geringen „Familienspezifik“ umweltpolitischer Maßnahmen, die im Prinzip allen Einwohnern einer Gemeinde und nicht nur Familien und/mit Kindern zugute kommen, regten sich in der Wettbewerbsjury Widerstände gegen eine Auszeichnung von Gemeinden, die in ihren Bewerbungen dieses umweltpolitische Konzept allzu sehr in den Vordergrund gestellt hatten. Teilweise wurden auch Einwände gegen Wettbewerbsbeiträge erhoben, die den Eindruck vermittelten, daß die besonderen Belange und Anforderungen von Familien mit Kinder z.B. im Individualverkehr, sogar umweltpolitischen Belangen untergeordnet worden waren. Es schien häufig, als gingen die Wettbewerbsteilnehmer von sehr pauschalen oder moralischen Kategorien aus, wenn „Erhalt und Schutz der Umwelt“ automatisch als Zukunftssicherung und damit auch als familienfreundlich und familiengerecht verstanden wurde.

Diese Bedenken gegen nicht hinlänglich bedachte Implikationen von Umweltpolitik und ihre unreflektierte Gleichsetzung mit Familienpolitik legten bereits während des Wettbewerbs den Gedanken nahe, die Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Familienpolitik in einem Anschlußprojekt an den Wettbewerb zum Gegenstand empirischer Forschung zu machen. Aus dem Wettbewerbsmaterial und ergänzenden Erhebungen soll eine Systematik von Umweltprojekten entwickelt werden, in denen die Nutzendimensionen dieser Maßnahmen für Familien und Rollenkonflikte von Familienmitgliedern bei der Nutzung von Umweltmaßnahmen deutlich werden. Zwei Stufen empirischer Forschung – Expertenbefragungen mit Auswertungen von Sekundärstatistik und Primärerhebungen bei Familien – sollen klären, welche Formen von Umweltpolitik tatsächlich unmittelbar als familiengerecht oder familienfreundlich gelten können (Göschel, Böhme, Meyer).

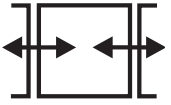
### 3.3 **Haushaltskonsolidierung in der Kulturpolitik**

und

### 3.4 **Quartiersbildung und Differenzierung der Lebensstile in den neuen Bundesländern**

Wegen der größeren Aktualität des Projekts „Umweltpolitik als Form familien- und kinderfreundlicher Stadtentwicklung“ werden diese Projekte vorläufig zurückgestellt.

# AB 1



## 4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

### ■ Arbeitsbereich Umwelt

- ▲ Mitarbeit im Beirat zum Forschungsvorhaben „Stadtverträgliche Mobilität“, dritter Schnittstellen-Workshop des Forschungsverbundes vom 3.–5.6.1997 in Woltersdorf bei Berlin (Libbe [AB 5], Apel).
- ▲ Forum Stadtökologie – Moderation des Seminars „Freizeitverkehr“ am 8. und 9.10.1997 in Berlin (Libbe [AB 3], Kühn [AB 5], Lehmbrock).

### ■ Arbeitsbereich Fortbildung

- ▲ Seminare „Einführung in das novellierte Baugesetzbuch und das neugefaßte Raumordnungsgesetz“ mit den Vorträgen „Überblick über Ziele und Inhalte des Bau- und Raumordnungsgesetzes“, „Änderungen bei den Regelungen über die Zulässigkeit von Vorhaben und über die Sicherung der Bauleitplanung“ sowie „Eingriffe in Natur und Landschaft – Überblick über die neue Regelungssystematik“, am 15. und 16.9.1997 in Berlin, am 20. und 21.10.1997 in Köln, am 23. und 24.10.1997 in Karlsruhe sowie am 27. und 28.10.1997 in Leipzig (Sander [AB 5], Bunzel).
- ▲ Vorbereitung und Durchführung des Seminar „Grünflächenämter unter Reformdruck“ am 29. und 30.4.1997 und am 17. und 18.6.1997 in Berlin; (Frischmuth [AB 5], Preisler-Holl).
- ▲ 27. Internationaler Erfahrungsaustausch „Stadterneuerung und Sozialplanung“ vom 23.–25.4.1997 in Frankfurt am Main (Sander [AB 5], Becker).
- ▲ Vorbereitung, Moderation und Teilnahme an der abschließenden Podiumsdiskussion des Seminars „Bürgerengagement und Kulturpolitik“ am 17. und 18.2.1997 und am 14. und 15.4.1997 (Wiederholung) in Berlin; (Brühl [AB 5], Göschel).

### ■ Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“

- ▲ Profildienst „Umwelt“ – 1/1997, Thema: Freiraumplanung für Kinder und Jugendliche (Böhme, Just, Preisler-Holl).
- ▲ Profildienst „Soziale Fragen und Kultur“ – 2/1997, Thema: Ausländer (Schuleri-Hartje, Just).
- ▲ Profildienst „Verkehr“ – 1/1997, Thema: Kinder und Familien im Stadtverkehr (Apel, Schuleri-Hartje, Just).
- ▲ Profildienst „Wirtschaft“ – 2/1997, Thema: Familienfreundliche Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstrukturen (Henckel [AB 2], Schuleri-Hartje, Just).
- ▲ Profildienst „Soziale Fragen und Kultur“ – 3/1997, Thema: Alte Menschen (Schuleri-Hartje, Just).



## 5. Andere Aktivitäten

- Mitglied des Beraterkreises „Region, Stadt und Verkehr“ bei Prof. Dr. H. Monheim, Universität Trier (Apel).
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim „Verkehrsclub Deutschland (VDC)“ (Apel).
- Mitglied des projektbegleitenden Beirats „Least-Cost-Planning im Verkehr“ am Umweltbundesamt (Apel).





- Mitglied des Programmausschusses der „International Conference Urban Ecology“ am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle vom 25.–29.6.1997 (Apel).
- Vortrag „Lenkungswirkungen und Realisierbarkeit einer kombinierten Bodenwert- und Bodenflächensteuer“ in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie am 26.3.1997 (Apel).
- Vortrag „Ökonomische Instrumente zur flächensparenden und ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung – Überblick und Bewertung“ im Rahmen der Fachtagung „Ressourcenschonendes Flächenmanagement“ sowie Teilnahme an der Podiumsdiskussion, Institut für ökologische Raumentwicklung, IÖR, am 1. und 2.12.1997 in Dresden (Apel).
- Vortrag „Gewerbstandorte, Siedlungsentwicklung und Mobilität in Stadt und Region“ im Rahmen der Vortragsreihe „Urban 2000 Hannover“, der Universität Hannover am 8.12.1997 (Apel).
- Mitglied und Moderation der „Entwicklungskommission Berlin-Nordostraum“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und Berichterstattung im Rahmen der „Steuerungskonferenzen Berlin-Nordostraum“ als Sprecherin der Entwicklungskommission (Becker).
- Moderation der Arbeitsgruppe „Jugendhilfeplanung und Stadtplanung. Chancen, Möglichkeiten, Erfahrungen der Kooperation“ im Rahmen der Tagung „Kinder-Leben in der Stadt“ des VfK am 22. und 23.1.1997 in Berlin (Becker).
- Obergutachterin bei der Planungswerkstatt „Gelbes Viertel“ (Großsiedlung Hellersdorf) am 7.4.1997 in Berlin (Becker).
- Vorbereitung, Durchführung und Moderation der Veranstaltung „Weitgespannte Konkurrenzen – Europäische Verfahrenskultur, Wettbewerb und Qualitätssicherung“ im Rahmen des Deutschen Architektentages 1997 am 13.6.1997 in Berlin (Becker).
- Referat „Das Leitbild der gegliederten Stadt ...“ im Rahmen einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Elemente für Ziele und Leitbilder der Stadtentwicklung in einer Zeit des Umbruchs“ am 8.10.1997 in Mannheim (Becker).
- Moderation des Werkstattgesprächs „Entwicklungen im Bestand des Berliner-Nordost- raumes“ (veranstaltet von der Entwicklungskommission Nordost und den Bezirken Pan- kow und Weißensee) am 31.10.1997 (Becker).
- Mitglied des gemeinsamen Arbeitskreises Erschließungsbeitragsrecht DST und des DStGB (Bunzel).
- Mitglied des Arbeitskreises „Baurecht Ost“ des DST (Bunzel).
- Ständiger Gast in der Fachkommission Baurecht des DST (Bunzel).
- Ständiger Gast des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Bunzel).
- Vortrag „Novellierung des Baugesetzbuchs“ im Rahmen des 363. Kurses, „Baulandbe- reitstellung durch städtebauliche Umlegung“, des IfS Berlin, am 30.4.1997 in Berlin (Bunzel).
- Diskussionsveranstaltung der Planungsverbände unter der Leitung des ILS des Landes NRW und unter Mitwirkung des BMBau zum novellierten Städtebaurecht und zu dar- über hinausgehenden Novellierungsbedarfen am 4.9.1997 in Bonn (Bunzel).
- Fachgespräch beim UBA zum Thema „Deregulierung und Umweltschutz“ am 6.11.1997 in Berlin (Bunzel).
- Ständiger Gast im Kulturausschuß des DST (Göschel).
- Mitglied einer Arbeitsgruppe des Kulturausschusses des DST zur Erarbeitung eines Grundsatzpapiers „Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft“ (Göschel).
- Vorstandsmitglied in der „Kulturinitiative '89, Gesellschaft für demokratische Kultur e.V.“ Berlin (Göschel).

# AB1



andere  
Aktivitäten

- Mitglied der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Göschel).
- Mitglied der „Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.“ (Göschel).
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat „Kunst und Kultur“ der Heinrich-Böll-Stiftung (Göschel).
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Forschungsgesellschaft für Kulturökonomische und kulturpolitische Studien (Göschel).
- Vortrag „Regionale Jugend- und Kulturpolitik“ auf der Tagung „Jugend-Musik-Kultur-Struktur“ des Forschungszentrums Populäre Musik der Humboldt-Universität zu Berlin am 26.1.1997 in Meißen (Göschel).
- Eröffnungsvortrag „Kommunale Kultur zwischen Bildungsauftrag, Erlebnismarkt und leeren Kassen“ zum 1. Herforder Kulturggespräch am 29.1.1997 in Herford (Göschel).
- Vortrag „Aktuelle Fragen der Kulturpolitik“ vor der Landesdelegiertenversammlung Berlin der Jungsozialisten in der SPD am 8.3.1997 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „Konzeptionen der Kulturpolitik“ bei der Weiterbildungsinitiative für Kulturplaner des Landes Brandenburg am 11.4.97 in Schildow (Göschel).
- Vortrag „Kultur und Opposition“ bei der Kommunalpolitischen Tagung der PDS Brandenburg am 26.4.1997 in Potsdam (Göschel).
- Vortrag „Begründung des kommunalen Kulturauftrages“ auf dem Zweiten Ostdeutschen Kulturtag am 24.5.1997 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „Kultureller Wandel in der Bundesrepublik Deutschland“ auf Einladung der Evangelischen Kirche Nürnberg am 8.6.1997 in Nürnberg (Göschel).
- Vortrag „Kulturelle Gegensätze zwischen Ost und West im vereinten Deutschland“ vor Kulturmanagement-Studenten der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 16.6.1997 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „Kultureller Wandel und Kulturbegriffe“ bei der Weiterbildungsinitiative für Kulturplaner des Landes Brandenburg am 17.6.1997 in Schildow (Göschel).
- Vortrag „Konsequenzen veränderter Lebensentwürfe für sozialkulturelle Angebote“ auf dem Fachforum „Gemeinwesenarbeit und kulturelle Grundversorgung“ des Senators für Bildung, Wissenschaft und Sport der Freien und Hansestadt Bremen am 21.6.1997 in Bremen (Göschel).
- Vortrag „Kulturelle und mentale Dimensionen der Vereinigung in Berlin“ vor Stadtplanern der Stadt Dortmund auf Einladung der ÖTV am 5.9.1997 in Berlin (Sander [AB5], Göschel).
- Vortrag „Dienstleistungsgesellschaft und Kommunitarismus“ bei der Humanistischen Gesellschaft Berlin am 12.9.1997 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „Die kinder- und familiengerechte Gemeinde – Das Gesamtkonzept“ beim Familienbund der Deutschen Katholiken, Wohnungsbauprojekt Hettstadt am 13.9.1997 in Hettstadt bei Würzburg (Göschel).
- Vortrag „Kultur im Zeitalter der Medien – Konsequenzen für die Kulturpolitik“ auf Einladung des Literaturrates Niedersachsen e.V. am 1.10.1997 in Hannover (Göschel).
- Vortrag „Legitimität, Qualität, Urbanität: Aktuelle Fragen der Kulturpolitik“ bei der Forschungsgesellschaft für kulturökonomische und kulturpolitische Studien Graz und Wien am 24.10.1997 in Graz (Göschel).
- Vortrag „Generationen in der Kultur“ vor Journalisten des Studienganges Journalistenfortbildung an der FU Berlin am 22.11.1997 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „Der kommunale Kulturauftrag“ im Rahmen des ersten Kulturggesprächs der Musikschulen im Regierungsbezirk Detmold am 28.11.1997 in Bielefeld (Göschel).
- Vortrag „Fördern was übrig bleibt?“ zum Kolloquium „Wieviel Kultur braucht die Stadt“ der Stadt Oldenburg i.O. am 1.12.1997 in Oldenburg (Göschel).



- Kurzvortrag und Statements „Zwischen Entertainment und Beliebigkeit“ zur öffentlichen Podiumsdiskussion in der Reihe „Die erstarrte Gesellschaft“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW, des Kulturrates der Stadt Köln und der Hans-Böckler-Stiftung am 4.12.1997 in Köln (Göschel).
- Vortrag „Wertewandel und kultureller Wandel“ auf der Jahrestagung des Sonderforschungsbereichs 240 der DFG „Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien“ an der Universität Siegen am 8.12.1997 in Siegen (Göschel).
- Kurzvortrag „Evaluation in der Kulturpolitik“ zur Arbeitskreis-Kulturstatistik-Konferenz am 11.12.1997 in Bremen (Göschel).
- Mitglied des Arbeitskreises „Parken in der Stadt“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Lehmbrock).
- Lehrveranstaltung an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin zum Thema „Eine neue Verkehrspolitik“ (Lehmbrock).
- Ständiges Mitglied der begleitenden Expertengruppe zum Stadtentwicklungsplan Verkehr Berlin 1997 (Lehmbrock).
- Ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtplanung“ des DST (Meyer).
- Teilnahme an den Zusammenkünften der Planungsverbände unter der Leitung des ILS des Landes NRW (Meyer).
- Mitglied im Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin (Preisler-Holl).

## 6. Veröffentlichungen

### 6.1 Difu-Publikationen

#### Archiv für Kommunalwissenschaften

Arno Bunzel, Die Baurechtsnovelle auf dem kommunalen Prüfstand, in: Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK) 1997, II. Halbjahresband, S. 254–281.

#### Materialien

- 1/1997,  
Arno Bunzel, Petra Lau (ext.), Rolf-Peter Löhr und Rudolf Schäfer (ext.), Planspiel „BauGB-Novelle 1997“, Berlin 1997.
- 2/1997,  
Michael Lehmbrock, Rainer Schneewolf (ext.), Verkehr im Quartier, Wege einer stadtverträglichen Verkehrs- und Freiraumentwicklung im Quartier, Berlin 1997.
- 3/1997,  
Günter Baasner (ext.), Heidede Becker, Robert Sander, Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin 1997.





## 6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Dieter Apel, Michael Lehmbrock u.a., Herausgabe des Loseblattwerkes „Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung“ (vierteljährliche Ergänzung und Aktualisierung) Economica Verlag Bonn.
- Albrecht Göschel, Die Kulturpolitik, die Kunst und das Fremde, in: Institut für Bildung und Kultur (Hrsg. im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie), Gemeinsam Erleben. Handreichungen zur interkulturellen Bildungsarbeit, Bonn 1997, S. 311–326.
- Albrecht Göschel, Konzeptionen von Kulturpolitik und ihre Folgen für Kulturmanagement, in: Werner Heinrichs (Hrsg.), Macht Kultur Gewinn? Kulturbetrieb zwischen Nutzen und Profit, Baden-Baden 1997, Nomos-Verlagsgesellschaft, S. 137–160.
- Albrecht Göschel, Mentalitätsforschung in einer „Kultur-, Erzähl- und Erinnerungsgemeinschaft“, in: Gerd Kuhn u. Andreas Ludwig (Hrsg.), Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR Objektkultur und ihre Musealisierung, Hamburg 1997, Ergebnisse Verlag, S. 175–200.
- Albrecht Göschel, Zwänge des Marktes. Bürgerengagement und Kulturfinanzierung, in: Der Gemeinderat, H. 4, April 1997, S. 10–11.
- Albrecht Göschel, Kulturpolitik im sozialen Wandel, in: Rainer Silkenbeumer (Hrsg.), Kultur in der Region, Homburg 1997, Edition Karlsberg, S. 171–190.
- Albrecht Göschel, Kulturpolitik im konservativ-liberalen Staat: Das Modell Deutschland, in: Bernd Wagner, Annette Zimmer (Hrsg.), Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik, Bonn, Essen 1997, Kulturpolitische Gesellschaft, Klartext Verlag, S. 241–264.
- Heidede Becker, Herausforderungen an die Wohnungspolitik, in: Ulrich Teichmann, Jörg Wolff (Hrsg.), Die Wohnungswirtschaft am Scheideweg, Berlin 1997 (Kongreßtage der Wohnungswirtschaft, Band 3), S. 93–101.
- Heidede Becker, Weitgespannte Konkurrenzen, Europäische Verfahrenskultur, Wettbewerbe und Qualitätssicherung, in: Cornelius Hertling (Hrsg.), Deutscher Architektentag 1997. Die Zukunft der Baukultur, Berlin 1997, S. 135–136.
- Christa Böhme, Luise Preisler-Holl, Historisches Grün als Aufgabe des Denkmal- und Naturschutzes, in: Stadt und Grün, H. 1 (1997), S. 41–45.
- Christa Böhme, Hasso Brühl, Dieter Czech (ext.), Ines Fahning (ext.), Albrecht Göschel, Ulrike Meyer, Klaus Mittag, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“. Dokumentation, Berlin 1997.
- Arno Bunzel, Ajo Hinzen und Gerd Ohligschläger, Umweltschutz in der Bebauungsplanung, hrsg. v. Umweltbundesamt, Wiesbaden Berlin, Bauverlag 1997.
- Arno Bunzel, Neue Anforderungen an die Flächennutzungsplanung, in: Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht (ZfBR) 1997, S. 61–68.
- Arno Bunzel, Nachhaltigkeit – ein neues Leitbild für die kommunale Flächennutzungsplanung. Was bringt das novellierte Baugesetzbuch?, in: Natur und Recht 1997 (H. 12), S. 583–591.
- Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Wirtschaftliche Situation älterer Migranten, Sozialpolitik und Versorgung im Alter“, in: Alter Baum in freundlichem Boden – Migranten altern in der Fremde, Tagungsband des Deutschen Roten Kreuzes, Berlin 1996.

**ARBEITSBEREICH 2:  
WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

**AB2**



# ARBEITSBEREICH 2: WIRTSCHAFT UND FINANZEN

# AB 2

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dr. phil. Matthias Eberling  
Dr. phil. Christian Engeli  
Dipl.-Geogr. Holger Floeting  
Steffi Gaevert  
Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Prof. Dr. rer. soc. Dietrich Henckel  
Dipl.-Geogr. Beate Hollbach-Grömig  
Britta Oertel, M.A. (DFG, 50 %, seit 1.8.1997)  
Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach

### Sachbearbeitung

Christa Knopf

### Sekretariat

Christina Blödorn (75 %)  
Marlen Petukat

### Studentische Hilfskräfte

Jan Hollants  
Lina Kuhn  
Henning Marten  
Erwin Riedmann







# 1. Abgeschlossene Projekte

## 1.1 Halbjahresschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS)

- Themenheft 1/97: Stadt und Verkehr  
Verkehr als Thema der Stadtgeschichtsforschung ist lange vernachlässigt worden. Ebenso hat sich die in Deutschland gut etablierte Verkehrswissenschaft für die historischen Entwicklungslinien ihres Forschungsgegenstandes kaum interessiert. Inzwischen ist das Thema „entdeckt“. Die in jüngster Zeit erschienenen zahlreichen Arbeiten sind dabei meistens auf einzelne Verkehrsträger wie Eisenbahn, Automobil, Straßenbahn usw. ausgerichtet. Was noch immer fehlt, ist die übergreifende Betrachtung der verschiedenen Verkehrsträger.
- Themenheft 2/97: Stadt und Umland  
Seit es Städte gibt, stehen sie in einem spannungsreichen Verhältnis zu ihrem Umland. Mit der neuzeitlichen Urbanisierung erfuhr dieses Verhältnis von Stadt und Umland einen tiefgreifenden Wandel, eine Dynamisierung, die bis in die Gegenwart anhält. Die moderne Stadtgeschichtsforschung hat sich mit dieser Entwicklung ausgiebig beschäftigt. Im Themenheft werden die Eckdaten dieses Erkenntnisprozesses skizziert, und es wird die politische Bedeutung der Stadt-Umland-Dynamik thematisiert.  
(Engeli)

## 1.2 Halbjahresschrift „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (AfK)

In die Berichtszeit fiel die redaktionelle Betreuung der Halbjahresbände I/97 und II/97 sowie des in Vorbereitung befindlichen Bandes I/98. Die inzwischen erschienenen Halbjahresbände 97 sind thematisch akzentuiert: Band I/97 durch Beiträge zur Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern, Band II/97 durch finanzwissenschaftliche Abhandlungen. Zum Inhalt im einzelnen:

- Band I/97:
  - ▲ Thomas Ellwein, Perspektiven der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland
  - ▲ Jürgen Friedrichs/Rolf Küppers, Dresden und Leipzig – Divergierende oder konvergierende Stadtentwicklungen?
  - ▲ Peter Franz/Raimar Richert/Manfred Weilepp, Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen in Ostdeutschland – Auswirkungen auf die Innenstädte und Maßnahmen der Gegensteuerung;
  - ▲ Werner Heinz, Ansätze interkommunaler Kooperation: Frankfurt am Main und die Rhein-Main-Region;
  - ▲ Klaus Brake, Städtenetze – ein neuer Ansatz interkommunaler Kooperation;
  - ▲ Janbernd Oebbecke, Zur „englischen“ Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen (Miszelle).
- Band II/97:
  - ▲ Karl-Heinrich Hansmeyer, Finanzprobleme der Gemeinden in den neuen Ländern;
  - ▲ Thomas Kuhn, Der kommunale Finanzausgleich – Argumente für eine Reform;
  - ▲ Bernd Hansjürgens, Gebührenkalkulation auf der Basis volkswirtschaftlicher Kosten? Anwendungsprobleme und Lösungsansätze;
  - ▲ Arno Bunzel, Die Baugesetzbuch-Novelle auf dem kommunalen Prüfstand?



- ▲ Ulrich Hatzfeld, Die Produktion von Erlebnis, Vergnügen und Träumen. Freizeitgroßanlagen als wachsendes Planungsproblem;
- ▲ Günter Roth, „Lean“ oder „Fat“? Die Entwicklung der Sozialverwaltung im Städtevergleich;
- ▲ Wolfgang Scheffler, Gedenkbücher und historische Forschung (Miszelle). (Engeli)

### 1.3 Kommunale Informations- und Dialogdienste

Mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik befaßten sich Kommunen bisher vor allem im Zusammenhang mit der EDV-Ausstattung der Verwaltungen. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft wurden jedoch neue Handlungsmöglichkeiten offenbar. Einer dieser kommunalen Aufgabenbereiche ist die elektronische Bereitstellung von Informationen für Dritte. Bis vor kurzem war das elektronische Informationsangebot der deutschen Städte noch gering. Mittlerweile hat der „Internet-Boom“ auch die Kommunen erreicht.

Vor diesem Hintergrund untersuchte das Difu die Online-Angebote der deutschen Städte. Die Untersuchung umfaßte unter anderem:

- eine schriftliche Befragung der deutschen Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern zu ihren elektronischen Informationsangeboten,
- die Erarbeitung von Bewertungskriterien für diese Angebote,
- eine Online-Recherche der WWW-Angebote deutscher Großstädte anhand ausgewählter Kriterien sowie
- die Durchführung von Fallstudien als „best practices“ für bestimmte Bereiche von Online-Angeboten.

An der Umfrage beteiligten sich rund 57 Prozent der 194 angeschriebenen Städte. Rund 86 Prozent von ihnen sehen in der Bereitstellung elektronischer Stadtinformationen eine kommunale Aufgabe. Die Städte stellen sich damit offensiv neuen Anforderungen, die mit der Entwicklung der Informationsgesellschaft verbunden sind. In 64 Prozent der Städte bestehen nach deren eigenen Angaben bereits elektronische Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme. Es ist – wie Stichproben zeigen – aber anzunehmen, daß der tatsächliche Anteil bereits existierender Angebote noch höher liegt, da zum Teil in der Online-Recherche nachgewiesene Angebote in einzelnen Stadtverwaltungen nicht bekannt waren. Bei den Angeboten herrschen zur Zeit reine Informationsabruf-Angebote vor. Interaktive Elemente sind bisher nur in wenigen Bereichen zu finden. Bisher werden die Angebote vor allem aus den kommunalen Budgets finanziert, erst langsam nimmt die Zahl der Städte zu, die ihre Angebote über Werbung oder den Verkauf von Seiten finanzieren. Haben die Städte ihre Online-Präsentationen zunächst meist in eigener Regie und mit eigenem Personal aufgebaut, so werden mit der Professionalisierung der Angebote auch neue Betreibermodelle (auch unter Einbeziehung privater Partner) entwickelt.

Die durch die Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. finanzierte Untersuchung wurde im November 1997 abgeschlossen.

Die Ergebnisse der Städteumfrage zu Themenschwerpunkten, Zielen und Zielgruppen elektronischer Angebote, zu ihrem Aktualisierungsgrad, zu Nutzungsentgelten, finanziel-



lem und personellen Aufwand, Kooperationen, Betreibermodellen sowie zu Entwicklungsperspektiven und -hemmnissen sind bereits als Aktuelle Information „Städte im Netz“ im Oktober 1997 erschienen.

Ein umfassender Bericht, der auch Bewertungskriterien für Bürger-, Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme, die ermittelten „best practices“ und konkrete Handlungsempfehlungen umfaßt, wird voraussichtlich im Frühjahr 1998 erscheinen. (Floeting, Gaevert).

## 1.4 Aktuelle Themen kommunaler Wirtschaftspolitik

Zielsetzung des Projekts war es, die Handlungsansätze und Handlungsmöglichkeiten „moderner“ kommunaler Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung am Beispiel verschiedener aktueller Themenfelder aufzuzeigen. Diese Themenfelder wurden unter einem „Projektdach“ zusammengefaßt, um damit den Blick auf das unter den aktuellen Rahmenbedingungen relevante Spektrum zukunftsorientierter Aktivitäten zu richten.

Quer zu den einzelnen Themen werden jeweils verschiedene Aspekte angesprochen, wie z.B. die Handlungsorientierung der Wirtschaftsförderung oder die angemessenen Organisationsformen und Kooperationsnotwendigkeiten. Die Bausteine wurden in unterschiedlicher „Tiefe“ bearbeitet und die Ergebnisse in unterschiedlichen „Produktformen“ aufbereitet (Bücher, Aufsätze, Vorträge, Bestandteile anderer Projekte).

### Stadtmarketing

Stadtmarketing ist für die meisten Städte und Gemeinden ein ausgesprochen aktuelles Thema. Dies zeigt sich daran, daß die kommunalen Stadtmarketing-Aktivitäten erst in den letzten Jahren richtig „angelaufen“ sind. Mehr als 80 Prozent der größeren Kommunen betreiben heute Stadtmarketing oder planen dies zumindest. Die wichtigsten Ziele des Stadtmarketing sehen die Akteure darin, ihre Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, ihnen im Städtewettbewerb ein eigenes Profil zu geben und Kooperationen zwischen Öffentlichen und Privaten zu fördern. Dies ergab sich aus einer umfangreichen Umfrage zum Stadtmarketing in deutschen Städten und Gemeinden. Eine Übersicht über die Ergebnisse wurde in einer Aktuellen Information des Difu gegeben, die im Februar 1996 erschienen ist.

1996 und 1997 wurde je ein Profildienst „Stadtmarketing“ erstellt und an die Zuwendungsstädte verschickt. Darin wurden zum einen Beiträge, die sich mit der Funktion, den Inhalten und der Abgrenzung von Stadtmarketing gegenüber anderen kommunalen Aufgaben befassen, zum anderen Praxisbeispiele aus den Städten zusammengestellt. Um die Ergebnisse aus der Umfrage und die vorliegenden Berichte mit praktischen Erfahrungen zu veranschaulichen, wurden zwei Fallstudien durchgeführt. In Trier und Friedrichshafen wurde der Stadtmarketingprozeß für eine Zeit begleitet. Dabei ging es auch darum, das Vorgehen „von außen“ zu beurteilen und den Städten Impulse für ihr weiteres Stadtmarketing zu geben. Der Stadt Trier wurden die Ergebnisse der Fallstudie in einem kurzen Bericht zur Verfügung gestellt.

Der Endbericht zum Projekt wurde Ende 1997 fertiggestellt. Er wird im ersten Quartal 1998 in den Difu-Beiträgen erscheinen. Mit dem Bericht wird eine kritische Zwischenbilanz der



Stadtmarketingaktivitäten in Deutschland seit ihrem Beginn Mitte der 80er Jahre gezogen. Die Schwerpunkte des Berichts liegen neben einer Bestandsaufnahme (mit einer Typologie der bisherigen Ansätze) in der Beschreibung eines umfassenden kooperativen Stadtmarketingansatzes mit seinen „typischen“ Erfolgen und Problemen. Eine umfangreiche Literaturübersicht und Hinweise auf die Möglichkeiten, sich externer Beratung zu bedienen, sind weitere Bestandteile des Endberichts. (Grabow, Hollbach-Grömig, Knopf).

## **Lokale und regionale Netzwerke**

Kommunalen und regionalen Netzen wird für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Regionen eine maßgebliche Bedeutung zugeschrieben. Ziel dieses Bausteins ist es, den Begriff zu klären, Beispiele für unterschiedliche Netztypen vorzustellen und kommunale Handlungsansätze zur Förderung von Netzen herauszuarbeiten. Die Arbeiten für diesen Projektbaustein sind im wesentlichen abgeschlossen (Henckel, Lemcke [ext.]).

## **Gewerbeflächenmobilisierung**

Die bisherigen Arbeitsschritte waren eine wesentliche Basis für Teile des Gutachtens „Zukunft des Produktionsstandortes Potsdam“ (veröffentlicht im Frühjahr 1997 in den Difu-Materialien 4/97). Aufgrund veränderter Prioritätensetzungen sollen die Arbeiten als Grundlage eines Seminars zum Thema Gewerbeflächenmobilisierung genutzt werden (Kühn [AB 5]).

## **Wirtschaftsförderung und Steuern**

Die Arbeiten zu diesem Baustein konzentrierten sich auf die Rolle der Gewerbesteuer. Zum einen wurde die regionale Verteilung des Aufkommens und der Hebesätze untersucht und der Frage nachgegangen, welche Änderungen der Gewerbesteuer sich durch die Tertiärisierung der Wirtschaft ergeben. Zum anderen wurden die Folgen des anstehenden Ersatzes der Gewerbekapitalsteuer durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer analysiert. Wesentliche Ergebnisse wurden in verschiedenen Vorträgen und Veröffentlichungen vorgestellt (Reidenbach).

### **1.5 Telematiktransfer**

Im Rahmen des Projekts wurden die Nutzung von Telematikanwendungen und der Beratungsbedarf informationsorientierter Dienstleistungsunternehmen in Berlin und London untersucht. Dabei ging es vor allem um die Schnittstellen zwischen Beratungsbedarf, -angeboten und regionalen Implikationen. Deutlich wurden erhebliche Unterschiede der jeweiligen Strategien des Technologietransfers, aber auch Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die „Erreichbarkeit“ der Unternehmen.

Die Berliner Transferlandschaft zeichnet sich durch eine Vielzahl von Transfereinrichtungen und -angeboten und eine hohe „Wissensdichte“ aus. Diese Vielfalt wird jedoch nicht immer als Stärke der Region wahrgenommen, sondern besonders von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als unübersichtlich und erschwerend für den Technologietransfer empfunden. Die Transferangebote konzentrieren sich auf Lösungen für die Unternehmen des produzierenden Gewerbes und teilweise auf produktionsorientierte Dienstleister.



Dem an Bedeutung gewinnenden Segment der informationsorientierten Dienstleister wird bei der Gestaltung von Transferangeboten bisher kaum Beachtung geschenkt. Dies ist dem strukturellen Wandel in einem Verdichtungsraum wie Berlin, der unter großen Strukturproblemen leidet, wenig förderlich.

In London wirkt sich die administrative Zersplitterung, die durch die Abschaffung des Greater London Council entstanden ist, auch auf die lokale Technologietransfer-Landschaft aus. Der stärker dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstruktur in London angepaßt, besteht dort auch bei den Transferangeboten eine größere Hinwendung zu Dienstleistungsunternehmen und -tätigkeiten. In der Konzeption der Technologietransfer-Einrichtungen wird der privatwirtschaftlichen Komponente eine größere Bedeutung beigemessen. Aber auch hier zeigen sich Schwierigkeiten, Transfermaßnahmen allein „über den Markt“ zu finanzieren.

Es gelingt in beiden Städten nur schwer, mit Hilfe der öffentlich geförderten Transfereinrichtungen den technologischen Wandel in KMU zu fördern. Das generelle Ziel des Telematiktransfers, Innovationsblockaden zu identifizieren und zu ihrer Überwindung gezielt den Kommunikationsprozeß zwischen Wissens- und Technologiegeber und -nehmer zu organisieren, wird nur in sehr bescheidenem Umfang erreicht. Die Ausstrahlungseffekte von regionalen Vorreitern der Telematikanwendung in die mittelständische Unternehmenslandschaft sind sehr begrenzt. Eine Einbindung in den regionalen Transfer des Anwendungs-Know-how gibt es kaum. Die stärkere telematikgestützte Vernetzung der Unternehmen sowohl innerhalb der Fallstudienregionen als auch nach außen wird ebenfalls nicht als Handlungsfeld gesehen. Damit wird die Chance vergeben, endogene Potentiale durch eine Verbesserung der lokalen Wissensbasis zu stärken. Eine direkte Orientierung des Telematikeinsatzes auf die verdichtungsraumspezifischen Probleme (z.B. Verkehrsprobleme, Überwachungs- und Steuerungsfunktionen im Umweltbereich) ist nicht zu erkennen.

Das Projekt wurde zusammen mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ durchgeführt und wurde im vierten Quartal 1997 abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in einem Abschlußbericht im Frühjahr 1998 veröffentlicht (Grabow, Floeting, Schulz [ext.]).

## 1.6 Kommunale Zeitpolitik

Das Projekt „Kommunale Zeitpolitik. Veränderte Arbeits- und Betriebszeiten – kommunale Handlungsmöglichkeiten“ wurde mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Fallstudienstädte Bonn, Karlsruhe, Münster und Wolfsburg durchgeführt.

Auf der Basis einer empirischen Untersuchung in den Fallstudienstädten (sekundärstatistische Analysen, rund 100 Expertengespräche) wurden Zeitprofile der Städte erstellt sowie kommunale Handlungsmöglichkeiten untersucht. Zentrale Schlußfolgerung der Untersuchung ist, daß aufgrund des Zeitstrukturwandels in unserer Gesellschaft die Zeitkonflikte massiv zunehmen werden. Da nicht zu erwarten ist, daß sich diese Konflikte von selbst lösen, ist damit zu rechnen, daß „Zeitpolitik“, insbesondere auch auf kommunaler Ebene, eine wachsende Bedeutung haben wird. Inhalte und Dimensionen kommunaler Zeitpolitik werden in dem Bericht ausführlich dargestellt.

Das Projekt gehörte zu einem Projektverbund der Hans-Böckler-Stiftung, der von einer Arbeitsgruppe am Wissenschaftszentrum Berlin moderiert wurde. Dieser Projektverbund be-

# AB2



abgeschlossene  
Projekte

leuchtete unterschiedliche Aspekte – von der familiären Arbeitsteilung bis zu den Umweltwirkungen veränderter Arbeitszeiten – des sogenannten VW-Modells in Wolfsburg, also die weitreichende Verkürzung der Arbeitszeit und die Flexibilisierung von Arbeits- und Betriebszeiten.

Die Ergebnisse der Untersuchung „Kommunale Zeitpolitik“ wurden in Workshops in den Fallstudienstädten sowie auf einer in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten Fachtagung am 30.–31.10.1997 einer größeren Öffentlichkeit präsentiert. Der Bericht erscheint im Frühjahr 1998 beim Sigma-Verlag in Berlin (Henckel, Eberling).



## 2. Laufende Projekte

### 2.1 Lokale luK-Politik

In verschiedenen Städten wird Telematik heute bereits als Instrument der Strukturpolitik, der Wirtschaftsförderung und/oder der Stadtentwicklung verstanden. Allerdings ist zur Zeit noch eine „chaotische Vorgehensweise“ für die Politik der meisten Kommunen auf dem Feld der Telematik typisch. Es gibt in der Regel keine gezielte, an Leitlinien orientierte Strategie; die Aktivitäten sind eher zufällig und hängen vom Engagement einzelner ab. Es erscheint dringend notwendig, den koordinierten und fokussierten Umgang mit den neuen Medien, den Informations- und Kommunikationstechniken und ihren Anwendungen als neues kommunales Politikfeld (luK-Politik) und neue Querschnittsaufgabe der Städte und Gemeinden zu begreifen.

Das Projekt mit vier beteiligten Fallstudienstädten (Braunschweig, Hannover, München und Nürnberg) wurde im zweiten Quartal 1997 mit einem Auftaktworkshop begonnen. Im November fand ein zweitägiger Workshop zum Thema „IKT und neue Medien als Wirtschafts- und Standortfaktor“ statt. Im Mai/Juni wurde eine umfangreiche Umfrage bei allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern durchgeführt. Die Städtevertreter wurden nach ihren Einschätzungen, Erfahrungen und Planungen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechniken, Technikanwendungen, Multimedia und Internet befragt.

Es zeigt sich, daß sich die Zahl der Städte, die auf dem Feld luK und neue Medien umfassend aktiv ist, an zwei Händen abzählen läßt. In der Regel sind es die Großstädte. In sehr vielen Städten und Gemeinden gibt es dagegen bisher nur Einzelaktivitäten. Am häufigsten dienen lokale luK-Aktivitäten dazu, die Handlungsgrundlagen der Verwaltung (einschließlich der Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern) zu verbessern. Weitere Aktivitätsfelder liegen vor allem in den Bereichen Stadtinformationssysteme, Kultur, Bildung sowie Wirtschaft und Arbeit. In der Regel werden dabei bis heute jedoch nur einfache Anwendungen entwickelt (z.B. Informationssysteme, Internet-Anbindung von Schulen). Projekte, die die interaktiven und multimedialen Potentiale des Internet und der luK-Technologien weitgehend nutzen, sind noch sehr selten. Es gibt eine ganze Reihe von Handlungsbereichen, in denen in den Kommunen bisher nur geringe luK-Aktivitäten entwickelt wurden und für die Zukunft geplant werden. Diese „Lücken“ kommunaler luK-Politik sind am stärksten in den Feldern Bürgerbeteiligung, Umwelt, Gesundheit und Soziales zu finden.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage wurden in einer Aktuellen Information des Difu veröffentlicht, die Anfang 1998 erschien. 1998 wird das Projekt mit zwei weiteren the-



matischen Workshops fortgesetzt, daneben werden die Städtefallstudien durchgeführt. Die Projektergebnisse sollen durch eine Veröffentlichung in einer der Difu-Reihen (auszugsweise auch im Internet-Angebot des Difu) und auf einer Abschlußveranstaltung dokumentiert werden (Grabow, Floeting, Gaevert, Knopf).

## 2.2 Telematikgestützte Regionale Netze

Derzeit sind in Europa diverse Initiativen zum Aufbau lokaler oder regionaler Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen zu beobachten, die sowohl den Aufbau kleinräumlicher, auf die besonderen Bedürfnisse einer Region zugeschnittene Telekommunikationsnetze als auch die Entwicklung regionaler Online-Angebote, sogenannter telematikgestützter regionaler Netze (TRN) betreffen.

Ziele der Untersuchung sind eine Bestandsaufnahme vorhandener regionaler Netze und regionsspezifischer Online-Angebote in ausgewählten Bundesländern Deutschlands. Europäische Beispiele sollen vergleichend zu den deutschen Beispielen diskutiert werden. Die Untersuchung konzentriert sich dabei vor allem auf die Ermittlung von Nutzungsmustern, die Darstellung der Inhalte – und deren Relevanz für die Regionalentwicklung und die Analyse von Auswirkungen auf die Regionalentwicklung in Berlin/Brandenburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Anhand von Fallstudien werden Funktionen und Wirkungsmechanismen verschiedener Typen von regionalen Netzen dargestellt. Im abschließenden Vergleich der TRN soll versucht werden, die existierenden TRN zu strukturieren und typologisieren sowie deren Wirksamkeit im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Länder zu bewerten.

Erste Ergebnisse zeigen, daß der Ausbaustand von TRN sowohl in einzelnen Bundesländern, zwischen den Akteuren auf kommunaler und regionaler Ebene und in einzelnen Wirtschaftsbranchen unterschiedlich und der Durchdringungsgrad häufig niedriger als erwartet ist. Deshalb finden sich vielfach erste Ansätze von TRN, die noch nicht ihre potentiell mögliche und wünschenswerte Leistungsfähigkeit erreicht haben. Da die Analyse von Netzwerkverbindungen insbesondere im Bereich Wirtschaft über bloße Zulieferbeziehungen zwischen Unternehmen hinausreichen soll, diese aber bisher in wenigen Fällen realisiert sind, soll die Beschreibung von ausgewählten Best practices aufzeigen, welche Möglichkeiten, Chancen, aber auch Probleme mit der Realisierung unterschiedlicher Formen von TRN verbunden sind. Insgesamt deutet sich bereits an, daß TRN nicht unkritisch als „Königsweg“ einer leistungsfähigen regionalen Wirtschaftsförderung, sondern vielmehr jenseits vielfach vorhandener euphorischer Erwartungen analysiert werden müssen.

Das Projekt wird von der DFG im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ (Phase III) gefördert. Es wird im Spätsommer 1998 abgeschlossen sein (Grabow, Gaevert, Oertel).

## 2.3 Zukunft der Arbeit in der Stadt

Die Zukunft der Erwerbsarbeit ist bei einer schon lange anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und hohen Produktivitätsfortschritten in der Wirtschaft ein zentrales Thema auch für die Zukunft der Städte. Die Probleme der unausgeglichene Arbeitsmärkte sind in großen Städten besonders deutlich. Für die Kommunen wird es immer wichtiger, eine eigene Ar-



beitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu betreiben. Um die kommunalen Handlungsmöglichkeiten, die Chancen, Grenzen und Risiken zu untersuchen, führt das Difu in Kooperation und mit finanzieller Unterstützung der Städte Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Wien eine Untersuchung zu diesem Thema durch.

Im Jahr 1997 wurden im Rahmen der Untersuchung bereits drei der geplanten fünf Workshops durchgeführt. Diese Workshops finden jeweils in einer der beteiligten Städte statt. Dabei präsentiert sich die jeweils gastgebende Stadt selbst mit ihren Chancen, Problemlagen und Handlungsansätzen. Darüber hinaus wird jeweils ein inhaltlicher Schwerpunkt bearbeitet. Bislang wurden die Workshops zu den Themen „Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft“, „Global – lokal“ sowie „Umverteilung von Arbeit“ durchgeführt. 1998 sind die Themen „Integration in Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit“ sowie „Standort Stadt“ vorgesehen.

Die Untersuchung wird in Kooperation mit dem ZEW in Mannheim durchgeführt, wobei das ZEW im wesentlichen detaillierte statistische Analysen der vorhandenen Daten sowie der durch das ZEW erhobenen Paneldaten zum betrieblichen Gründungsgeschehen vornimmt.

Darüber hinaus wurde mit der qualitativen Empirie, der Durchführung von Expertengesprächen, in den Fallstudienstädten begonnen. Der Abschluß der Untersuchung ist für den Herbst 1998 vorgesehen (Henckel, Eberling, Grabow, Egelin [ext.]).

## 2.4 Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Kommunen

Im Rahmen des Projekts sollen Ansatzpunkte, Instrumente und Chancen, aber auch Probleme einer ökologischen, an nachhaltiger Entwicklung orientierten Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene erfaßt und bewertet werden. Zwar ist die Notwendigkeit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft weitgehend unbestritten; tatsächlich verschärft sich jedoch in der gegenwärtigen kommunalen Finanzkrise der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie wieder.

An dem Projekt sind fünf Städte beteiligt: Dortmund, Heidelberg, Leipzig, Nürnberg und Konstanz, die in diesem Themenfeld unterschiedlich weit fortgeschritten sind. 1997 fand in den beteiligten Städten eine erste Runde von Expertengesprächen mit Akteuren vor allem aus dem öffentlichen Bereich statt. Ziel dieser Gespräche war es, die Relevanz des Themas, Akteure, interessante Handlungsansätze, aber auch Probleme in der Umsetzung einer stärker ökologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik vor Ort zu erfassen. In allen Städten wurde deutlich, daß das Thema „Ökologie“, ökologische Fragestellungen und die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie mit den wachsenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt und den Schwierigkeiten zahlreicher kleiner Unternehmen bei der Existenzsicherung relativ an Bedeutung verloren hat. Weiterhin wurden zwei Workshops mit den beteiligten Städten (Aufworkshop, Themenworkshop „Ökologischer Strukturwandel Chancen, Grenzen, Risiken“) durchgeführt. Die empirische Arbeit in den Städten wird 1998 mit Unternehmensgesprächen fortgesetzt, ebenso werden drei weitere Themenworkshops und ein Abschlußworkshop, bei dem die Projektergebnisse präsentiert und diskutiert werden, stattfinden. Das Projekt wird Ende 1998 abgeschlossen (Hollbach-Grömig, Henckel, Reidenbach).



## 2.5 Gesamtwirtschaftliche kommunale Vermögens- und Ergebnisrechnung

Ziel dieses Projekts ist es, analog zu den auf einzelstädtischer Ebene entwickelten Konzepten zur Führung der kommunalen Haushalte in doppelter Buchführung (Doppik) eine gesamtwirtschaftliche Rechnung für die Kommunen zu erstellen und Kriterien zur Beurteilung der kommunalen Finanzsituation auf dieser Basis zu entwickeln. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal zur Kameralistik ist die Verwendung einer Vermögensrechnung, deren Veränderungen in die Ergebnisrechnung einfließen. Umgekehrt beeinflussen positive oder negative Ergebnisse auch den Vermögensbestand. Der Arbeitsschwerpunkt lag bisher in der Recherche empirischer Daten zur Vermögenssituation der Kommunen, da zwar die Ergebnisrechnung der Kommunen weitgehend aus der Finanzstatistik abgeleitet, die Vermögensrechnung aber nur in wenigen Teilen den amtlichen Statistiken entnommen werden kann. Am ehesten ist noch die physische Größe des kommunalen Vermögens zu ermitteln (Reidenbach).



*laufende  
Projekte*

## 3. Projektvorbereitende Arbeiten



### 3.1 Arbeit in der Bürgerkommune der Zukunft

Im Rahmen der Expo 2000 in Hannover soll es einen Themenpark „Zukunft der Arbeit“ geben. Für diesen Themenpark erstellte das Difu – im Auftrag des Expo-Büros der Gewerkschaften – ein Konzept für das Modul „Arbeit in der Bürgerkommune der Zukunft“. Ende 1997 wurde dieser Themenbereich offiziell für den Themenpark akzeptiert.

Ziel ist es, die Zukunft des öffentlichen Dienstes in den Städten im internationalen Vergleich für ausgewählte kommunale Tätigkeitsfelder weltausstellungsgerecht präsentierbar zu machen. Es sollen unterschiedliche Wege der Gestaltung des öffentlichen Dienstes, der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben anhand von ausgewählten Beispielen öffentlicher Dienstleistungen, Versorgungsaufgaben oder Regulierungsleistungen dargestellt werden (Henckel, Eberling u.a.).

### 3.2 Rhythmus der Stadt

Gegenwärtig ist eine immer weitergehende Desynchronisierung von städtischen Rhythmen mit wachsenden Zeitkonflikten zu beobachten. Die Veränderung von Zeitstrukturen in unserer Gesellschaft wird sich verstärken. Dafür sprechen vor allem neue Produktionskonzepte mit veränderten Arbeits- und Betriebszeiten, neue zeitliche Konzepte der Büroarbeit und die durch weltweite Telekommunikationsnetze geschaffenen Möglichkeiten wechselseitiger zeitlicher Beeinflussung und Kooperation, wie zeitzoneabhängiger Schichtbetrieb. Diese Entwicklungen werden, da die Arbeitswelt als einer der entscheidenden Taktgeber in den Städten anzusehen ist, den Rhythmus der Städte verändern. Nicht von ungefähr gewinnt das Thema „Zeiten der Stadt“ international an Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang sei auf die Institutionalisierung kommunaler Zeitplanung in vielen italienischen Städten hingewiesen.

In der abgeschlossenen Untersuchung „Kommunale Zeitpolitik“ bleiben eine Vielzahl von Fragestellungen nur angerissen. Eine detaillierte Analyse könnte u.a. wesentliche Erkennt-



nisse liefern zu: der Bedeutung einzelner „Taktgeber“ für den Rhythmus von Städten, der Abstimmung und den Abstimmungsmöglichkeiten unterschiedlicher Rhythmen in der Stadt, zu den Unterschieden zwischen Städten, der unterschiedlichen Adaption von Rhythmen, den kulturellen Unterschieden, den Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten der Städte bei Veränderungen von Zeitstrukturen und den daraus resultierenden Rhythmusstörungen.

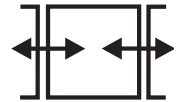
Gegenwärtig wird versucht, jeweils drei „rhythmusrelevante“ Institutionen in drei Verdichtungsräumen für eine Mitfinanzierung einer solchen Grundlagenstudie zu gewinnen (Henckel, Eberling).

### 3.3 Forum „Telematische Städte“ – KOMM!

Telematik, Multimedia, neuer Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt: Mit diesen und anderen Entwicklungen müssen sich die Städte aktiv auseinandersetzen. Damit gibt es eine Vielzahl von Fragen, die sich den Kommunen im Hinblick auf die gestalterischen Optionen ihrer eigenen IuK-Politik stellen. Um auf dem Feld der IuK-Politik aktiv zu werden, gibt es in den Städten derzeit erheblichen Bedarf nach Informationen und Orientierungshilfe, der künftig noch zunehmen wird. Daneben besteht die Notwendigkeit gemeinsamer Aktivitäten und Entwicklungsanstrengungen von Städten.

Daher will das Difu, gemeinsam mit anderen Instituten, ein Forum zum Erfahrungsaustausch und ein interaktives Kommunikationsnetzwerk über Telematikanwendungen in den Städten initiieren. Dafür bietet sich die Form eines Online-Informationsaustausches und von Online-Kooperationen an. Dazu sollen u.a. eine Informationsbörse, Softwarebörsen für kommunalspezifische Anwendungen, Diskussionsforen und Foren, in denen die Ergebnisse von entsprechenden Forschungsprojekten dokumentiert werden, gehören. Parallel zur Schaffung eines Online-Forum sollen „Face-to-face-Foren“ eingerichtet werden, d.h. regelmäßig stattfindende Veranstaltungen, Workshops, Tagungen, auf denen neben dem allgemeinen Informationsaustausch jeweils Schwerpunktthemen diskutiert werden. Zentrales Anliegen ist dabei, diese Form des Internet-gestützten Austauschs auf der Basis einer möglichst intelligenten, benutzerorientierten und hochentwickelten Plattform zu realisieren (die GMD wird für diesen Aspekt zuständig sein).

Zur Diskussion des Konzepts mit kommunalen Akteuren und Interessenvertretern sowie zur Akquisition von Fördermitteln wurde eine Projektskizze erstellt, die verschiedenen möglichen Projektmitgebern vorliegt. Im Herbst 1997 wurde ein Workshop zur Vorstellung der Projektidee mit möglichen Beteiligten durchgeführt. Dafür wurde eine Pilotanwendung der Online-Plattform erstellt; die Inhalte wurden von Difu und SFZ, die technische Plattform von der GMD eingerichtet. Anfang 1998 werden konkrete Gespräche mit potentiellen Finanzgebern und inhaltlichen Kooperationspartnern geführt (Grabow, Floeting, Gaevert; SFZ [ext.], GMD-FIT [ext.]).



## 4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich Köln  
Mitarbeit im Projekt „Urban governance“ für die OECD (Reidenbach).
- Arbeitsbereich Fortbildung
  - ▲ Moderation der Arbeitsgruppe „Immaterielle Leistungsanreize“ des Difu-Seminars „Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt“ am 29.1.1997 in Berlin (Eberling).
  - ▲ Präsentation „Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme – ein Überblick über aktuelle Vorhaben in den Städten“ im Rahmen des Difu-Seminars „Kommunale IuK-Politik“ am 25.8.1997 in Berlin (Gaevert).
  - ▲ Moderation von Arbeitsgruppen in zwei Seminaren zum Thema „Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung“ am 23.9. und 21.10.1997 in Berlin (Grabow).
  - ▲ Vorbereitung, Moderation und Vortrag beim Seminar „Kommunale IuK-Politik“ vom 24. bis 26.8.1997 in Berlin (Grabow).
  - ▲ Vortrag „Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme – ein Überblick über aktuelle Vorhaben“ beim Difu-Seminar „Kommunale IuK-Politik“ am 25.8.1997 in Berlin (Floeting).
  - ▲ Vorbereitung, Vortrag und Ko-Moderation des Difu-Seminars „Kommunales Gebäudemangement“ vom 1. bis 4.12.1997 in Berlin (Floeting).
  - ▲ Vorbereitung und Mitwirkung am Seminar „Entwicklung der Innenstädte“ vom 17. bis 20.3.1997 in Berlin (Hollbach-Grömig).
  - ▲ Vorbereitung, Vortrag und Moderation im Seminar „Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung. Zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit“ vom 22. bis 24.9.1997 und 20. bis 22.10.1997 in Berlin (Hollbach-Grömig).

## 5. Andere Aktivitäten

- Vortrag „Raum- und siedlungsstrukturelle Folgen neuer Zeitverwendungsstrukturen“ am 13.6.1997 bei der Sitzung der Sektion II der ARL in Kassel (Eberling).
- Vortrag „Kommunale Zeitpolitik: Ergebnisse der Difu-Studie“ bei der gemeinsamen Fachtagung des Difu und der Hans-Böckler-Stiftung „Kommunale Zeitpolitik“ am 30.10.1997 in Berlin (Eberling).
- Vortrag „Kommunale Zeitgestaltung: Implikationen für die räumliche Planung“ bei der Tagung „Zukunft der Stadt“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 26.11.1997 in Wildbad Kreuth (Eberling).
- Vortrag „Telematik-Transfer – Die Situation in Berlin und London“ beim 5. Kolloquium im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ der DFG am 30.5.1997 in Schwerte (Floeting).
- Vortrag „Die Städte und die Informationsgesellschaft“ beim Kolloquium zur Regionalforschung der Carl-von-Ossietzky-Universität am 12.6.1997 in Oldenburg (Floeting).
- Vortrag „Auf dem Weg zur virtuellen Stadt – Auswirkungen der Telematik auf die Stadtentwicklung“ bei der Expertenanhörung des MSKS des Landes Nordrhein-Westfalen am 26.8.1997 in Düsseldorf (Floeting).



# AB2



andere  
Aktivitäten

- Vortrag „Kommunale Handlungsmöglichkeiten auf dem Weg in die Informationsgesellschaft“ auf der kommunalpolitischen Fachkonferenz „Der Weg in die Informationsgesellschaft – Kommunen und Telekommunikation“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30.8.1997 in Stralsund (Floeting).
- Vortrag „Wie reagiert die 'kommunale Landschaft' auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft?“ auf der ÖTV-Tagung „Die Informationsgesellschaft – Entwicklungsperspektiven für Kommunen und Beschäftigte“ am 15.9.1997 in Bonn (Floeting).
- Vortrag „Städte und Gemeinden im Internet“ beim Forum für Abteilungsleiter „Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft“ des Innenministeriums und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg am 16.9.1997 in Bad Urach (Floeting).
- Vortrag „Auswirkungen der neuen Medien in die Region“ beim Workshop „Raumordnung und Telematik in (West-)Sachsen“ des ISI und des ISW Halle-Leipzig am 15.10.1997 in Leipzig (Floeting).
- Vortrag „Der Status quo im kommunalen Internet-Angebot“ bei „KommOn 97“ am 6.11.1997 in Münster (Floeting).
- Vortrag „Städte im Netz – Online-Angebote deutscher Städte im WWW“ bei der Herbsttagung des Arbeitskreises „Telekommunikation“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie am 13.11.1997 in Bonn (Floeting).
- Teilnahme an verschiedenen Sitzungen der Arbeitsgruppe „Multimedia-Anwendungen in den Städten“ des Forums Info 2000 (Teil des Aktionsplanes „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Federführung BMWi und BMBF) und Mitarbeit im Redaktionskomitee (Grabow).
- Vortrag „Stadtmarketing – eine Bestandsaufnahme bei 323 deutschen Städten und Gemeinden“ auf einer internationalen Fachkonferenz der Concepta Congresses International am 12.3.1997 in Bad Reichenhall (Grabow).
- Vortrag „Telematik, Teledienstleistungen und Kommunalpolitik“ im Rahmen der Tagung „Die digitale Stadt im Wettbewerb“ am 10.4.1997 in Karlsruhe (Grabow).
- Moderation der Konferenz „Standortmarketing im europäischen Vergleich“ im Rahmen des EU-Projekts ECOS/OUVERTURE, veranstaltet vom Bezirksamt Köpenick am 7.5.1997 in Berlin (Grabow).
- Vortrag „Weiche Standortfaktoren im Profil der Städte“ auf dem 3. IHK-Forum Stadtmarketing der IHK Hannover-Hildesheim am 23.6.1997 in Hannover (Grabow).
- Vortrag „Weiche Faktoren und ihre Bedeutung für die Entwicklung von Medienstandorten“ bei der Jahrestagung des Studienkreises für Rundfunk und Geschichte e.V. am 20.9.1997 in Potsdam (Grabow).
- Vortrag „The Development of Digital Cities in Germany“ auf der 3rd European Digital Cities Conference am 1.12.1997 in Berlin (Grabow).
- Seit Frühjahr 1997 Honorarprofessor für Stadtökonomie am Fachbereich Architektur der Technischen Universität Berlin (Henckel).
- Ständiger Gast im Ausschuß für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des DST. Zwei Sitzungen 1997: am 22. und 23.5.1997 in Rostock und am 11. und 12.9.1997 in Mannheim (Henckel).
- Vortrag „Cityrhythms“ auf der CNRS-Tagung „The Organisation of Time in the Cities: Researches and Experiments“, am 17. und 18.1.1997 in Paris (Henckel).
- Vortrag „Tendenzen zukünftiger Stadtentwicklung“ auf der Sitzung der ARGEBAU, am 13.2.1997 in Berlin (Henckel).
- Vorträge „Rahmenbedingungen zukünftiger städtischer Entwicklung“ auf den Workshops „Wirtschafts- und Strukturentwicklung der Stadt Braunschweig“, am 14.2.1997 und 7.3.1997 in Braunschweig (Henckel).



- Mitwirkung am Expertengespräch der BfLR „Der Globalisierungsprozeß und seine räumlichen Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland“, am 10. und 11.4.1997 in Bonn (Henckel).
- Vortrag „Sustainable Mobility and Urban Structure. Space Demand and Traffic Development – Ways and Means of Reduction“ auf dem Kongreß „Urban Ecology“ am 26.6.1997 in Leipzig (Henckel).
- Mitwirkung an dem Weiterbildungsprogramm Eurexcter der HWP Hamburg „Zeiten und Qualität der Stadt. Eurexcter“ Modul 7: Neue Wege des Umbaus und der Gestaltung städtischer Räume, am 5. und 6.9.1997 in Steinkimmen (Henckel).
- Vortrag „Arbeitszeiten und soziale Organisation der Zeiten“ auf der Tagung „Travail, Activité, Emploi – Formes, Rythmes et Règles. Une comparaison France–Allemagne“, am 9. und 10.10.1997 in Paris (Henckel).
- Tagung „Kommunale Zeitpolitik“ – Vorbereitung, Durchführung, Vorträge, Moderation von Arbeitsgruppen, am 30. und 31.10.1997 in Berlin (Henckel).
- Vortrag „Stadtentwicklungspolitische Konsequenzen der Globalisierung“ im Rahmen des 66. Stadtforums am 5.12.1997 in Berlin (Henckel).
- Geschäftsführung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Was erwarten Unternehmen von ihrem Standort? – Bedeutung harter und weicher Standortfaktoren“, Workshopreihe „Standort Deutschland“ des BMWi am 28.1.1997 in Neu-Fahrland (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Bedeutung harter und weicher Standortfaktoren im unternehmerischen Entscheidungskalkül“, Workshopreihe „Standort Deutschland“ des BMWi am 19.2.1997 in Homburg/Saar (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Aktuelle Aufgaben und Probleme der Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren“, Fachverbundtagung der GTZ am 18.6.1997 in Eschborn (Hollbach-Grömig).
- Moderation der „Arbeitsgruppe Umwelt: Zeitveränderungen und Umweltfolgen in der Stadt“ und Präsentation der Ergebnisse im Plenum im Rahmen der gemeinsamen Fachtagung des Difu und der Hans Böckler Stiftung „Kommunale Zeitpolitik“ am 30. und 31.10.1997 in Berlin (Hollbach-Grömig).
- Ständiger Gast im Unterausschuß des Finanzausschusses des DST für die Städte in den neuen Ländern (Reidenbach).
- Vortrag „Die Gewerbesteuer in der Statistik – Aufkommen, Grundbeträge und Hebesätze“ im Rahmen der Frühjahrstagung des VDSt am 9.4.1997 in Magdeburg (Reidenbach).
- Vortrag „Zukunftsinvestitionen und städtische Finanzen“ auf der Fachtagung „Finanzlasten der Städte“ des Europaforums am 17.4.1997 in Wien (Reidenbach).
- Vortrag „Zur regionalen und sektoralen Analyse der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer“ im Rahmen der Statistischen Woche am 25.9.1997 in Bielefeld (Reidenbach).



## 6. Veröffentlichungen

### 6.1 Difu-Publikationen

#### Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- Bd. 90: Dietrich Henckel u.a., Entscheidungsfelder städtischer Zukunft, Stuttgart 1997.

#### Difu-Materialien

- 4/97  
Busso Grabow, Dietrich Henckel, Gerd Kühn, Städte ohne Produktion? Das Fallbeispiel Potsdam, Berlin 1997.

#### Aktuelle Information

- Holger Floeting, Gerlinde Barthelme (ext.), Facility Management, Zum Stand der Modernisierung von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudewirtschaft in den deutschen Städten – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage, Berlin 1997.
- Holger Floeting, Steffi Gaevert, Städte im Netz, Elektronische Bürger-, Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme der Kommunen – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage, Berlin 1997.

### 6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Matthias Eberling, Die Zeiten ändern sich, in: RaumPlanung 77/1997, S. 123-125.
- Matthias Eberling, Time Politics, in: Obadia, Alain (Hrsg.): Entreprendre la ville, Paris 1997.
- Holger Floeting, Transport and communication in Germany, in: UNCHS – Habitat (Hrsg.), Transport and Communications for Urban Development, Report of the Habitat II Global Workshop, Nairobi 1997, S. 247–266.
- Holger Floeting, Facility Management, Stand der Modernisierung von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudewirtschaft in den deutschen Städten, in: Bundesbaublatt, Nr. 11, November 1997, S. 775–779.
- Holger Floeting, Gerlinde Barthelme (ext.), Unter deutschen Dächern ..., Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage zur Gebäudewirtschaft, in: Facility Management, Nr. 5, Oktober 1997, S. 36–41.
- Holger Floeting, Gerlinde Barthelme (ext.), Zum Stand der Modernisierung von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudewirtschaft in den deutschen Städten, in: Liegenschaft aktuell, Heft 4, 1997, S. 11–18.
- Holger Floeting, Steffi Gaevert, Städte im Netz, in: Mitteilungen der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V., Nr. 45, 1997, S. 57–79.
- Busso Grabow, Bedeutung weicher Standortfaktoren für die Stadtentwicklung, in: Augsburger Zukunftswerkstatt, Band 13, 1997, S. 12–24.
- Werner B. Korte, Busso Grabow, Telematik, Teledienstleistungen und Kommunalpolitik, in: Birgit Godehardt u.a. (Hrsg.), Management Handbuch Telearbeit, Beitrags-Nr. 822.1, Heidelberg 1997, S. 1–23.



- Dietrich Henckel, Zeitinvestitionen und räumliche Entwicklung, in: Jürgen Rinderspacher (Hrsg.), *Zeit für die Umwelt. Handlungskonzepte für eine ökologische Zeitverwendung*, Berlin 1997, S. 213–227.
- Michael Reidenbach, Zur kommunalen Investitionstätigkeit im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918, in: Karl Kaufhold (Hrsg.), *Investitionen der Städte im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln u.a., S. 21–37 (Städteforschung Reihe A, Darstellungen; Band 42).
- Michael Reidenbach, Die Gewerbesteuer in der Statistik – Aufkommen, Grundbeträge und Hebesätze, in: *Tagungsbericht des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, Magdeburg 1997, S. 146–157.





**ARBEITSBEREICH 3:  
UMWELT**

**AB3**



# ARBEITSBEREICH 3: UMWELT

# AB3

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dipl.-Ing. Angela Brockmann (bis 31.12.1997)  
Dr.-Ing. Annett Fischer  
Dipl.-Pol. Beata Häfner (bis 31.12.1997)  
Ass. jur. Birgit Kahmann  
Dipl.-Pol. Carlo Kallen  
Dipl.-Sozialökonom Jens Libbe  
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß  
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

### Sachbearbeitung

Doris Becker (50 %)  
Eike Grottker (75 %)  
Monika Stolina, M.A.

### Sekretariat

Katrin Adam (50 %)  
Beatrixe Albrecht  
Doris Becker (50 %)  
Maria-Luise Hamann (75 %)





# 1. Abgeschlossene Projekte

## 1.1 Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“

Anfang 1997 wurde der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ fertiggestellt und von Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel im Rahmen eines kommunalen Workshops am 28. Mai 1997 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt. Er enthält umfangreiche Fachinformationen sowie Praxisbeispiele zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzprogramme. In Zusammenarbeit mit Kommunen, dem DST und mehreren wissenschaftlichen Instituten erstellte das Difu ein umfassendes Handbuch für die kommunale Praxis. Zahlreiche Fachleute haben sich an der Konzeption sowie Diskussion der Entwürfe beteiligt und Beispiele aus der Praxis zusammengestellt.

Der Leitfaden bietet Orientierungswissen sowie kommunalpolitische Argumente und Anregungen, um Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten und weiterführende Informationen bei geeigneten Ansprechpartnern einholen zu können. Er richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen (z. B. Energiereferate und Umweltämter), Kommunalpolitiker und engagierte Klimaschützer in Initiativen, Vereinen und Verbänden. Über die reine Erstellung eines Klimaschutzkonzepts hinaus werden im Leitfaden zentrale Umsetzungsinstrumente wie Stadtplanung, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung beschrieben. Beispielhafte Ansätze und Klimaschutzmaßnahmen für die wichtigsten Sektoren Energie, Verkehr sowie Abfall und Abwasser sind ausführlich dargestellt. Der Leitfaden ist mit zahlreichen kommunalen Praxisbeispielen, Checklisten, Übersichten, Tabellen und Abbildungen ausgestattet. Einzelne Serviceteile informieren, nach Themen gegliedert, über Ansprechpartner und Literatur.

Der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens „Leitfaden für die Erarbeitung kommunaler Programme zur Verminderung von CO<sub>2</sub>- und anderen Treibhausgasemissionen“ erstellt. Das Vorhaben wurde durch das BMU und das UBA gefördert. Der Leitfaden wurde in der Difu-Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ veröffentlicht (Kallen, Fischer, Stolina und Externe).

## 1.2 Kommunale Wärmepässe in der Praxis (Erfahrungsaustausch)

In vielen bundesdeutschen Städten wird dem Klimaschutz trotz knapper Kassen große Bedeutung beigemessen. Neben dem Bereich der kommunalen Gebäude wird insbesondere der Sektor der Wohnungsbauten als wichtiges Aufgabenfeld definiert, denn langfristig ließen sich hier erhebliche CO<sub>2</sub>-Minderungspotentiale nutzen. Altbauten stehen hierbei im Vordergrund, denn mehr als drei Viertel des Gebäudebestands wurde vor 1978 errichtet und unterlagen damit keinerlei Wärmeschutzstandards. Bei der Umsetzung wirtschaftlicher Energiesparmaßnahmen ließen sich der Energieverbrauch um bis zu 60 Prozent senken und damit klimaschädliche Emissionen vermeiden, die durch Raumheizung oder Warmwasserbereitung entstehen.

Um zu Energiesparmaßnahmen im Gebäudebestand zu motivieren, wenden einige Städte und Stadtwerke inzwischen umfassende Strategien an, die möglichst viele Akteure des Baubereichs an einem Tisch versammeln. Eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit besteht in der Einführung von „Wärmepässen“. Mit diesem Instrument können die Gebäudeeigentümer im Sanierungsfall auf wirtschaftliche Energiesparmaßnahmen hingewie-

# AB3



abgeschlossene  
Projekte

sen werden. Der zugrundeliegende, übersichtlich aufbereitete Energie-Check läßt den Energieverbrauch eines Gebäudes schnell und nachvollziehbar erkennen. Der Wärmepaß regt die Gebäudeeigentümer durch klare Empfehlungen zur Durchführung von Energiespar- und Dämmmaßnahmen an.

Die Akzeptanz und Anwendung des Wärmepasses durch Schornsteinfeger, Handwerker, Architekten, Banken, Energie-, Verbraucher- und Umweltberatungen ermöglicht, diesen mit Hilfe der genannten Multiplikatoren flächendeckend in den Kommunen einzusetzen. Unabhängig von seiner jeweiligen Kauf- und Investitionsabsicht (Umbauten, Fenster-, Fassaden-, Heizungserneuerung usw.) wird der Gebäudeeigentümer im Sanierungsfall auf Energiesparmöglichkeiten aufmerksam gemacht. Eingebunden in eine unabhängige Beratung liefert der Wärmepaß eine einheitliche Bewertungsbasis.

Das Konzept des Wärmepasses wurde mit unterschiedlichen Ansätzen und Erfolgen in mehreren bundesdeutschen Kommunen umgesetzt. Fünf dieser Städte, Frankfurt am Main, Hamburg, Heidelberg, Münster und Tübingen, stellten ihr Umsetzungs-Know-how beim Seminar „Wärmepässe in der Praxis“ am 18. September 1997 in Frankfurt im Rahmen eines kommunalen Erfahrungsaustauschs vor. Die gemeinsam vom Energiereferat der Stadt Frankfurt a.M., dem ifeu-Institut und dem Difu durchgeführte Veranstaltung bot rund 80 kommunalen Vertretern aus allen Teilen Deutschlands ein Forum, über Strategien, Vorgehensweisen und Erfahrungen bei der Einführung von Wärmepässen zu diskutieren.

Auf der Grundlage der präsentierten kommunalen Erfahrungen konnten zentrale Faktoren für zukünftige Wärmepaß-Strategien herausgearbeitet werden. Die Referentinnen und Referenten gaben unter anderem auch Anregungen und Tips zur Einführung kommunaler Wärmepässe. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt Anfang 1998 in der Difu-Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ (Fischer, Kallen und Externe).

### 1.3 Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten

Durch kommunales Energiemanagement können ökologisches und ökonomisches Handeln wirkungsvoll miteinander verbunden werden. Die durch den Einsatz kommunaler Energiebeauftragter entstehenden Kosten werden mehrfach durch die erreichbaren Energiekosteneinsparungen ausgeglichen. Trotzdem haben – bis auf einige Ausnahmen – Energiebeauftragte noch selten einen festen Platz in Kommunalverwaltungen. Insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Städten zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern sind nur rund ein Viertel dieser Städte auf dem Gebiet des kommunalen Energiemanagements aktiv. Ein wesentliches Hemmnis sind fehlende Informationen. Deshalb ist ein stetiger Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern des kommunalen Energiemanagements notwendig. Vor allem die bisher inaktiven Kommunen können durch geeignete Informationsveranstaltungen motiviert werden.

Seit 1995 veranstaltet das Difu jährlich den bundesweiten Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten in Kooperation mit einer ad hoc-Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Gastgeberstadt, der Landesministerien, von kommunalen Spitzenverbänden, wissenschaftlichen Instituten und der Landesenergieagentur zusammensetzt. Die Veranstaltung ist entgeltfrei und ausschließlich für Vertreter aus Kommunen (z.B. Energie- und Umweltbeauftragte) reserviert. An den bereits durchgeführten Kongressen nahmen jeweils rund 200 Kommunalvertreter teil. Nach den Veranstaltungen in Frankfurt a.M. (1995) und Potsdam



(1996) fand der dritte Fachkongreß vom 23. bis 24. Oktober 1997 in der Landeshauptstadt Saarbrücken statt und ermöglichte einen intensiven Erfahrungsaustausch über rund 30 erfolgreich realisierte kommunale Projekte. In einem abschließendes Plenum wurden Anregungen für die weitere Arbeit gegeben. Die Beiträge der Referenten werden in der Difu-Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ dokumentiert. Die Veröffentlichung wird im zweiten Quartal 1998 erscheinen (Fischer, Kallen und Externe).

## 1.4 Wissenschaftliche Begleitung sowie Unterstützung der modellhaften Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 im Berliner Bezirk Köpenick

Das Difu führte gemeinsam mit dem Bezirksamt Köpenick von Anfang 1996 bis September 1997 das Projekt zur „Wissenschaftlichen Begleitung sowie Unterstützung der modellhaften Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 im Berliner Bezirk Köpenick“ durch. Das im Auftrag des UBA durchgeführte Projekt war ein Teilvorhaben im Rahmen des Modellprojekts „Forum Umwelt und Entwicklung Köpenick“ – („Köpenicker Modell“).

Es diente dem Ziel, die Grundsätze nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung in die Arbeit der Bezirksverwaltung zu integrieren und auf die Schaffung der erforderlichen Arbeitsstrukturen hinzuwirken, beispielsweise durch die Schaffung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe. Ausgehend von bereits vorhandenen Vorstellungen zur Lokalen Agenda 21 wurde mit den beteiligten Mitarbeitern des Bezirksamts geklärt, welchen Beitrag mögliche sektorale Fachplanungen und Zuständigkeiten zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 leisten können. Darauf aufbauend wurde von den Beteiligten – mit Unterstützung durch das Difu – ein ämterübergreifender Aktionsplan im Sinne der Lokalen Agenda 21 formuliert, der die örtliche Ausgangslage, Ziele und Vorschläge für künftige Maßnahmen des Bezirks umfaßt.

Des weiteren wurde das Bezirksamt durch das Difu bei der Organisation und Moderation der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Lokale Agenda 21 beim Umweltamt und bei der fachlichen Beratung der Verwaltung (z.B. durch strukturelle und konzeptionelle Vorschläge) unterstützt. Darüber hinaus erfolgte die Vermittlung von projektbezogenen, fachlichen Informationen und Weiterbildungsangeboten. Die Projektergebnisse werden Anfang 1998 im Rahmen eines Gesamtberichts zum Modellprojekt „Forum Umwelt und Entwicklung Köpenick“ – („Köpenicker Modell“) in der Reihe Texte des Umweltbundesamts veröffentlicht (Kallen, Fischer und Externe).

## 1.5 Leitfaden „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“

Das Difu erarbeitete im Auftrag der EXPO 2000 Hannover GmbH und des Niedersächsischen Städtetags die Veröffentlichung „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“. Zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ sind bereits diverse wissenschaftliche Publikationen erschienen. Eine praxisorientierte Anleitung zur Initiierung und Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 in Kommunalverwaltungen lag bisher jedoch noch nicht vor.

Im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verständigte man sich weltweit auf den notwendigen harmonischen Dreiklang von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die dort formulierte Agenda 21, in der Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen besonders hervorgehoben werden, ent-



hält wichtige Grundsätze einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung. Diese Grundsätze wurden auch durch die EXPO 2000 in Hannover „Mensch – Umwelt – Technik“ aufgegriffen und bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten entsprechend integriert.

Die Mehrzahl der Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung existieren in den deutschen Städten, Gemeinden und Kreisen nicht erst seit Rio – neu ist jedoch die Herangehensweise. Die Kommunen stehen also auf ihrem Weg zum Handeln im Sinne der Lokalen Agenda 21 nicht völlig am Anfang: Zahlreiche Aktivitäten in vielen kommunalen Handlungsfeldern haben bereits zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen und neue Umweltschäden verhindert. Im Rahmen der Erarbeitung der Lokalen Agenda 21 sind die Kommunen nun gefordert, ihre Handlungsvorschläge zu einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung unter gleichzeitiger Berücksichtigung von ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Aspekten im Dialog mit der Öffentlichkeit weiterzuentwickeln und umzusetzen.

In den Jahren 1996 und 1997 hat das Difu in Kooperation mit dem DST zwei großangelegte Umfragen bei den DST-Mitgliedstädten zum Stand der Einführung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 durchgeführt. Während der Laufzeit der Umfragen wurden eine Vielzahl von Anfragen zu Zielsetzungen und Inhalten der Lokalen Agenda 21 an das Difu gerichtet. Der Bedarf an Informationen über diese Ziele, Inhalte und Instrumente sowie Organisationsstrukturen ist weiterhin groß. Dies betrifft sowohl die Verwaltungsspitzen und die Ratsmitglieder als auch die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Ämtern.

Der kurzgefaßte, anschaulich aufbereitete Leitfaden „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“ soll einerseits vorhandene Informationsdefizite abbauen und andererseits den Einstieg in die Entwicklung einer Lokalen Agenda erleichtern. Zielgruppen dieses Leitfadens sind vor allem Rat und Verwaltung (Rösler, Fischer, Stolina).

## **1.6 Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand: Analyse und Erarbeitung eines Leitfadens zur Nutzung des Potentials an Umweltschutzmaßnahmen (Vorstudie)**

Im Bereich der öffentlichen Hand werden seit einiger Zeit Umweltaudit- oder Umweltcontrollingaktivitäten (vor allem Städte-Pilotprojekte, Forschungs-, Modellvorhaben) gefördert, deren Ziel es ist, die in der Privatwirtschaft bewährten Verfahren des betrieblichen Umweltmanagements auf Bereiche der Verwaltung oder ihrer Dienstleistungsbetriebe zu übertragen. Darüber hinaus bestehen eine Vielzahl von Ansätzen zu Einzelfragen des Umweltmanagements wie umweltfreundliche Beschaffung, Energie- und Wassereinsparung in Gebäuden oder Abfallvermeidung. Mit diesen Instrumenten können nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile erschlossen werden. Im öffentlichen Sektor Deutschlands sind rund 4,8 Millionen Menschen beschäftigt. Er stellt in seiner Gesamtheit ein wichtiges Handlungsfeld für interne Umweltmanagementaktivitäten dar. Eine umfassende Einführung von Umweltmanagement-/Umweltcontrolling-Systemen wird jedoch bisher bei der öffentlichen Hand noch nicht praktiziert.

Das Difu und das ÖKOTEC-Institut haben im Auftrag des BMU sowie des UBA die Vorstudie „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ erarbeitet. Sie gibt erste Hinweise, wie die Einführung eines Umweltcontrolling-Systems bei Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden zur Erschließung von ökologischen und ökonomischen Einsparpo-





tientialen beitragen kann. Es wurde gezeigt, in welchen Bereichen Nutzen- bzw. Minderungspotentiale bestehen, welche Größenordnungen diese haben und mit welchen Instrumenten sie erschlossen werden können. In das Vorhaben waren Experten aus Verwaltung und Wissenschaft über einen Fachbegleitkreis einbezogen.

Anhand der Vorstudienresultate wurde geprüft, ob die Erstellung eines Handbuchs zum Thema „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ sinnvoll ist. Der Fachbegleitkreis befürwortete uneingeschränkt die Notwendigkeit einer Umsetzungsanleitung für die öffentliche Verwaltung. Das Handbuch soll praxisorientierte Hinweise zur Einführung von Umweltcontrollingsystemen bereitstellen und dabei vor allem die organisatorischen Besonderheiten der öffentlichen Hand berücksichtigen. Die Vorstudie wird Anfang 1998 in der Reihe Texte des Umweltbundesamts veröffentlicht (Kallen, D. Becker, Libbe und Externe).

## 1.7 Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas – Fortführung in Ungarn und Bulgarien

Die Finanzierung des Projekts „Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas“ aus Mitteln des Transform-Programms der Bundesregierung wurde im April 1997 eingestellt. Mit den Mitteln, die das BMU für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1997 zur Verfügung stellte, konnte die Arbeit an fünf Publikationen fortgeführt werden. Die Tätigkeit des Projekts in Tschechien wurde eingestellt. Folgende Publikationen wurden fertiggestellt:

- Ungarn
  - ▲ Überarbeitung der Arbeitshilfe „Abwasserbehandlung“
  - ▲ Überarbeitung der Arbeitshilfe „Abfallwirtschaft“
  - ▲ Arbeitshilfe „Kommunales Energiemanagement“
- Bulgarien
  - ▲ Arbeitshilfe „Umweltatlas“
  - ▲ Arbeitshilfe „Kommunales Energiemanagement“

1997 wurden keine Seminare durchgeführt (Häfner, Grottker).

## 2. Laufende Projekte

### 2.1 Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse

Im Projekt „Forum Stadtökologie“ werden wissenschaftliche Erkenntnisse über stadtökologische Zusammenhänge zusammengestellt und dokumentiert, Lösungsansätze und -wege an die kommunale Praxis vermittelt sowie Handlungsempfehlungen einem breiten Kreis von Interessenten zugänglich gemacht. Im Mittelpunkt stehen Forschungsergebnisse aus dem Förderkonzept „Ökologische Konzeptionen für Städte (Stadtökologie)“ des BMBF.

Im Rahmen des Projekts wird besonderer Wert auf den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien gelegt. Das „Online Forum Stadtökologie“ bietet Nutzern unter



# AB3



laufende  
Projekte

anderem Informationen über relevante Literatur rund um das Thema (zur Zeit rund 7 000 Titel, Stadtökologie-Bibliothek) und über weitere BMBF-Projekte. In einer „Best practice-Sammlung“ werden in Kurzform innovative Projekte präsentiert. Zum zielgruppengerechten Aufbau des Netzwerks wurden begleitend Informations- und Demonstrationsveranstaltungen für die Anwendung in Kommunen durchgeführt. Damit diese und weitere Interessenten, die bisher keinen Zugang zum Internet haben, von den Informationen profitieren können, wurde zudem eine CD-ROM entwickelt, die neben der Stadtökologie-Bibliothek auch Informationen zum BMBF-Förderschwerpunkt „Stadtökologie“ enthält.

Während der gesamten Laufzeit des Projekts werden vom Difu Seminare und Workshops zum Thema Stadtökologie veranstaltet. Dieser Erfahrungsaustausch mit den Kommunen dient nicht nur der Präsentation von Forschungsergebnissen; er hat auch zum Ziel, Anregungen und Kritik rückzukoppeln und weiteren Forschungs- und Entwicklungsbedarf zu identifizieren. Die Veranstaltungen waren 1997 folgenden Themen gewidmet:

- Wassermanagement in großstädtischen Regionen, 5. und 6. Mai 1997 in Berlin,
- Flächennutzungskonkurrenzen vor Ort – Flächenmanagement als kommunale und regionale Aufgabe, 27. und 28. Mai 1997 in Hannover,
- Freizeitmobilität: Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten, 8. und 9. Oktober 1997 in Berlin,
- Mobilitätsleitbilder und Verkehrsverhalten: Potentiale und Beispiele für zielgruppenorientierte Kommunikations- und Vermittlungsstrategien, 27. und 28. November 1997 in Berlin.

Entsprechend dem Ziel des Projekts, einen Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltung sowie Politik herzustellen, nahmen jeweils Vertreterinnen und Vertreter aus allen relevanten Gruppierungen teil. Die Ergebnisse werden jeweils aufbereitet und in der Seminar-Dokumentationsreihe „Forum Stadtökologie“ veröffentlicht.

Als dritter Schwerpunkt dieses Wissenstransfers wurde 1997 vierteljährlich der Informationsdienst „Forum Stadtökologie“ über das Forschungsfeld herausgegeben. In dem wurde unter anderem über die Fortbildungsveranstaltungen in Kurzform berichtet und das Online Forum präsentiert. Auch stellten einige der im Förderschwerpunkt involvierten Forschungsnehmer ihre Arbeitsergebnisse vor. Der Informationsdienst hat eine Auflage von 13 000 und wird zusammen mit dem Difu-Newsletter „Difu-Berichte“ einem breiten Kreis von Interessenten zugänglich gemacht.

Neben dem Wissenstransfer engagiert sich das Difu auch bei der Strukturierung des BMBF-Förderschwerpunkts „Stadtökologie“. Dies umfaßt neben der fachlichen Begleitung der laufenden Forschungsarbeiten und der Teilnahme an Arbeitsgruppen der Forschungsverbände die Mitwirkung an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats und an „Theorie-Workshops“ zur Bestimmung von theoretischen Ansätzen und inhaltlichen Problemen stadtökologischer Forschung im Förderschwerpunkt.

Das Gesamtprojekt läuft bis Februar 1999 (Sander [AB 5], Gräber [AB 7], Hoerkens [AB 6], Kühn [AB 5], Libbe, Plagemann [AB 7], Preuß, Wenke-Thiem [Presse- und Öffentlichkeitsarbeit]).



## 2.2 TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb

Im Rahmen des Projekts wurde der inhaltliche und methodische Rahmen für ein Wettbewerbsverfahren zur ökologisch orientierten und nachhaltigen Entwicklung in Gemeinden (bis 10 000 Einwohner) der neuen Bundesländer entwickelt. Ziel des Projekts ist es, beispielhafte umweltfreundliche Vorhaben ausfindig zu machen, die gleichzeitig auch eine ökonomische oder soziale Bedeutung haben. Daher wird jährlich bis zum Jahr 2000 ein Wettbewerb ausgelobt und jeweils eine Auszeichnung von bis zu fünf Gemeinden oder Initiativen aus Gemeinden durchgeführt (Vorprüfung, Jurierung, Preisverleihung).

Am 31. August 1997 fand die dritte Preisverleihung des TAT-Orte-Wettbewerbs – diesmal in Dresden – statt. Ausgezeichnet wurden die Scheune Bollewick – Arbeits- und Ausbildungsinitiative Röbel e.V. (Mecklenburg-Vorpommern), die Gemeinde Schöneiche (Brandenburg) sowie die Städte Grünhain (Sachsen), Lenzen (Brandenburg) und Oederan (Sachsen). Die Preisträger erhielten neben einer Urkunde jeweils in höheren Auflagen eine Buchdokumentation und einen Videofilm, die ausführlich über den jeweiligen „TAT-Ort“ und die prämierten Vorhaben informieren. Anlässlich der Preisverleihung wurde auch eine Ausstellung über die Wettbewerbsgewinner 1997 präsentiert.

Der Sinn des „TAT-Orte“-Wettbewerbs liegt zum einen in der öffentlichen Anerkennung der vorbildlichen Beispiele. Die Herstellung von Öffentlichkeit weckt dabei nicht nur Interesse an den erfolgreichen Vorhaben weit über die Region hinaus, Erfahrungsaustausch und Bekräftigung des Selbstwertgefühls durch Anerkennung sind oft auch Ausgangsbasis für neue Ziele und Erfolge. Zum anderen liegt der Sinn darin, daß die prämierten Beispiele Schule machen. Die Buchdokumentation und das Video dienen auch dazu, andere Gemeinden und Initiativen zu inspirieren und damit Mut zu eigenen Aktivitäten zu machen. Zu diesem Zweck wurde – wie bereits in den vergangenen Jahren – auch ein Jahreskalender mit Bildmotiven der jeweiligen Preisträger entwickelt (Rösler, D. Becker, Brockmann, Preuß, Stolina, Wenke-Thiem [Presse- und Öffentlichkeitsarbeit] und Externe).

## 2.3 „Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ (Hauptphase)

Im Rahmen der „Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ werden „Energie-Tische“ in 20 bundesdeutschen Städten durchgeführt. Im Jahr 1997 starteten bereits vierzehn Energie-Tische.

An den Energie-Tischen prüfen Experten, Multiplikatoren und Bürger der jeweiligen Kommune Möglichkeiten des eigenverantwortlichen Handelns zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung in ihrer Stadt. Als Ergebnis werden Projekte angestrebt, in denen Vertreter der am Tisch vertretenen Institutionen bzw. Bürger aktiv mitwirken. Somit können die Energie-Tische als eine Möglichkeit der Partizipation der Bürger – als Ansatz zur Umsetzung der Anforderungen der Agenda 21 an Kommunen – betrachtet werden. Sie sind ein Instrument zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums.

Um unverbindliche Diskussionen am Energie-Tisch zu vermeiden, wird in Abstimmung mit den Kommunen ein für die Stadt spezifisches Thema vorgegeben, um so die Energieanwendungsbereiche mit großem CO<sub>2</sub>-Minderungspotential zu erschließen. Der Schwerpunkt der an den Energie-Tischen behandelten Themen liegt im Bereich der Gebäu-

# AB3



laufende  
Projekte

desanierung. Aber auch Fragen zur Verkehrsvermeidung oder zur Energieeinsparung in Industrie- und Gewerbegebieten werden an einzelnen Energie-Tischen bearbeitet.

An den Energie-Tischen beteiligen sich etwa 25 Bürger bzw. Vertreter einzelner Institutionen, die als Multiplikatoren in der Stadt wirken. Sie erarbeiten unter Leitung eines Moderators und unterstützt durch den fachlichen Input von Experten Lösungsvorschläge für ihre Stadt. Dabei sollen sie vor allem nach eigenverantwortlichen Handlungsmöglichkeiten der Bürgerschaft bzw. der Institutionen suchen und konkrete Projekte gemeinsam planen und umsetzen. Die Energie-Tische tagen durchschnittlich einmal pro Monat und haben für ihre Arbeit einen Zeitraum von etwa sechs Monaten zur Verfügung. Zwischen diesen Sitzungen arbeiten die Teilnehmer in Arbeitsgruppen.

## Energie-Tische (Stand Dezember 1997)

Stadt	Thema	Status
Kreis Amberg-Sulzbach	Energiesparen in öffentlichen Gebäuden	laufend
Arnsberg	Energiesparen in Gewerbe- und Industriebetrieben	laufend
Barsinghausen	Energiesparen in privaten Haushalten/ Einsatz regenerativer Energien	laufend
Bensheim	Bauen und Sanieren	abgeschlossen in Pilotphase
Berlin-Tiergarten	Verminderung des motorisierten Individualverkehrs	laufend
Bocholt	Sanieren im Altbaubestand	laufend
Dessau	Energiesparen in Haushalten	abgeschlossen in Pilotphase
Frankfurt a.M.	Modernisierung von Heizungsanlagen	laufend
Halle/Saale	Energiesparen in Wohnungen der Wohnungsgesellschaften (Plattenbauten)	laufend
Heidelberg	Sanieren im Altbaubestand	abgeschlossen in Pilotphase
Kreis Hersfeld- Rotenburg	Energieberatung im Kreis	laufend
Koblenz	Beratung zur Sanierung im Altbaubestand	laufend
Ludwigshafen a.R.	Energiesparen in Schulen und Haushalten	abgeschlossen
Lübeck-Travemünde	Sanieren im Altbaubestand	laufend
Nürnberg	Sanieren im Altbaubestand der Südstadt	laufend
Offenburg	Sanieren im Altbaubestand	abgeschlossen
Speyer	Kooperationen der Gewerbebetriebe	abgeschlossen
Stuttgart	Begleitung der Erstellung eines Klimaschutzkonzepts	abgeschlossen
Sulzbach/Ts.	Verkehr: Nutzerverhalten, Verkehrsberuhigung, ÖPNV	abgeschlossen



Das Projekt wird in Kooperation mit dem IFOK durchgeführt. Das Difu betreut die Energie-Tische fachlich. Hierzu werden sowohl Beispielprojekte aus anderen Kommunen als auch wissenschaftliche Forschungsergebnisse verständlich aufbereitet und Experten zu einzelnen Detailfragen vermittelt. Darüber hinaus steht das Difu den Teilnehmern der Energie-Tische für Anfragen zur Verfügung. So können lokale Klimaschutzprojekte einerseits angeregt und andererseits durch Beratung unterstützt werden (Fischer, D. Becker, Kallen, Stolina).

## 2.4 Kongreß „Neue Wege zum Klimaschutz“

Kommunaler Klimaschutz wird von den Kommunen als eine herausragende Aufgabe für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 gesehen. Kommunaler Klimaschutz ist zugleich eine ökologische Aufgabe mit globalen Dimensionen, ökonomischer Bedeutung und sozialen Aspekten, die nur im Zusammenwirken aller Akteure vor Ort wirksam umgesetzt werden kann. Um für diese Zusammenarbeit neue Impulse zu geben, führt die Deutsche Bundesstiftung in Kooperation mit der NEA und dem Difu vom 19. bis 21. November 1998 einen Kongreß „Neue Wege zum Klimaschutz“ durch.

Der besondere Anspruch der Veranstaltung liegt darin, die Dringlichkeit des Klimaschutzes einem breiten Publikum nahezubringen. Der Kongreß richtet sich sowohl an Fachexperten als auch an Bürger und soll die sonst übliche Trennung zwischen Fach- und allgemeinem Publikum überwinden. Dabei wird die Gesamtheit der lokalen kommunalpolitischen, wirtschaftlichen und privaten klimaschutzbezogenen Handlungsmöglichkeiten betrachtet. Bei der Darstellung beispielhafter Alltagslösungen liegt der Schwerpunkt insbesondere auf Fragen der Kommunikation, Partizipation und Kooperation im Rahmen der Umsetzung einzelner Maßnahmen und weniger bei technischen Detaillösungen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, besteht die Veranstaltung aus zwei sich wechselseitig ergänzenden Komponenten:

In einem Ausstellungs- und Erlebnisforum soll das Spektrum kommunalen, betrieblichen und privaten Klimaschutzhandelns in Form von Ausstellungen, Exponaten und Events veranschaulicht und begreifbar demonstriert werden.

Der parallel dazu stattfindende Fachkongreß soll für Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen und gesellschaftlichen Gruppen eine Plattform schaffen, auf der innovative Projekte vorgestellt und diese über die Grenzen der einzelnen Fachdisziplinen hinaus diskutiert werden.

Das gesamte Programm gliedert sich inhaltlich in vier Bereiche:

- „Kehren im eigenen Kamin“ – Energieeinsparung in Kommune, Betrieb und Haushalt
- Energiesparen am Gebäude
- Wege in die Energiezukunft
- Mobilität 2000 – Bewegung von morgen

Zu diesen Themen werden im Rahmen des Fachkongresses Workshops angeboten und parallel dazu im Ausstellungs- und Erlebnisforum Exponate präsentiert.

Die Aufgabe des Difu besteht vor allem in der Konzeption, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Fachkongresses (Fischer, Kallen, Rösler, Stolina und Externe).



## 2.5 Lokale Agenda 21. Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in deutschen Städten

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde die wechselseitige Abhängigkeit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung weltweit anerkannt. Die dort formulierte Agenda 21, in der Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen hervorgehoben werden, enthält wichtige Grundsätze einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung.

Bereits 1996 führte das Difu in Kooperation mit dem DST eine erste Umfrage zum Stand der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 bei den Mitgliedstädten des DST durch. Die Zwischenbilanz machte deutlich, daß rund die Hälfte der antwortenden Städte die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe ansehen. Schwierigkeiten bei der Erarbeitung sahen sie weniger in den Handlungsfeldern, deren Inhalten und Zielen, als vielmehr in der Realisierung des sogenannten Konsultationsprozesses mit der Bevölkerung, den lokalen Organisationen und der örtlichen Wirtschaft. Daher wurde in der zweiten Difu-Umfrage, die im Frühjahr 1997 durchgeführt wurde, verstärkt nach den Fragen der Umsetzung gefragt.

Ziel des Projekts ist es, die Kommunen bei der Weiterentwicklung vorhandener Ansätze durch die Auswertungsergebnisse der aktuellen Erfahrungen in den Städten zu unterstützen und diese für den kommunalen Erfahrungsaustausch aufzubereiten. Nach dem ersten Erfahrungsaustausch im April 1996 in Köln fand vom 24. bis 25. April 1997 im Difu in Berlin der zweite Erfahrungsaustausch zur Lokalen Agenda 21 mit rund 80 Vertreterinnen und Vertretern aus den deutschen Städten statt. Präsentiert und diskutiert wurden der aktuelle Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 und Beispiele aus verschiedenen Städten.

Die Ergebnisse der Umfrage 1997 und des Erfahrungsaustauschs bestätigen, daß die inhaltlichen Ziele der Agenda 21 für die deutschen Städte nicht neu sind. Jedoch stellt die für den komplexen Konsultationsprozeß geforderte Herangehensweise eine besondere Herausforderung dar, besonders unter dem Vorzeichen, daß erst sehr wenige Bürgerinnen und Bürger mit dem Begriff und der Zielsetzung einer Lokalen Agenda vertraut sind. Die Städte sind nun gefordert, das „Miteinander“ zu fördern und zu Engagement für die gemeinsame Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 anzuregen. Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Diskurs mit Wirtschaft, Verbänden und Initiativen, mit Presse und Bevölkerung, sondern auch für die verwaltungsinterne Diskussion.

Auch der zweite Erfahrungsaustausch wurde in der Veröffentlichungsreihe „Umweltberatung für Kommunen“ dokumentiert. Der dritte interkommunale Erfahrungsaustausch wird im April 1998 in den Räumen des DST Köln vorgesehen (Rösler, D. Becker, Fischer, Kallen, Preuß).

## 2.6 Fachliche Begleitung des Prozesses zur Lokalen Agenda 21 in Leipzig

Das Prinzip der Nachhaltigkeit stand in den letzten Jahren immer häufiger im Mittelpunkt aktueller Diskussionen in den Kommunalverwaltungen. Auch in Leipzig soll diesem Prinzip durch die Erstellung einer Lokalen Agenda 21 und deren Umsetzung entsprochen werden. Als Grundlage dient der Beschluß der Stadtverordneten zu den Umweltqualitätszielen vom Juni 1996.



Die fachliche Begleitung des Prozesses zur Lokalen Agenda 21 in Leipzig hat zum Ziel, die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in die Arbeit der Stadtverwaltung weiter zu integrieren. Sie soll auf die Bildung der erforderlichen Arbeitsstrukturen hinwirken. Vor dem Hintergrund bisheriger Ansätze in Leipzig wird in Zusammenarbeit mit den Beteiligten geklärt, welche Fachämter einen Beitrag zur Umsetzung einer Leipziger Agenda 21 leisten können. Darauf aufbauend sollen von den Beteiligten – mit Unterstützung des Difu – erste Bausteine für einen städtischen Aktionsplan im Sinne der Agenda 21 formuliert werden, der – basierend auf den formulierten Umweltqualitätszielen – Vorschläge für städtische Maßnahmen enthält.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt das Difu sowohl den Prozeß der verwaltungsin-tern notwendigen Abstimmungen als auch die Bildung von Organisationsstrukturen, die über die Stadtverwaltung hinausgehen (Rösler, Fischer).

## **2.7 Evaluation des Projekts „Orientierungsberatungen im Umweltschutz für Kommunen in den neuen Bundesländern“**

Das Difu führte von Anfang November 1991 bis Ende Oktober 1996 ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt mit 12 Millionen DM finanziertes Förderprojekt für die Kommunen in den neuen Bundesländern durch. Den Kommunen wurde die Möglichkeit geboten, Umweltexperten zur Erarbeitung und Überprüfung von Lösungskonzepten für ihre örtlichen Umweltfragen und -probleme heranzuziehen. Für diese Orientierungsberatungen wurden für jede Einzelberatung bis zu 4 000 DM angesetzt, wovon die Kommunen auf Antrag 85 Prozent erstattet bekamen. Insgesamt wurde 2 741 Beratungen gefördert.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt läßt ein stiftungseigenes Projekt zur Evaluation des Beratungsprogramms durchführen.

Ziel der Evaluation ist es, Informationen über die Effekte der Beratungen zu erhalten. Dazu sollen die Ausgangsbedingungen, die Umsetzung der Maßnahmen und damit einhergehende Anstoßwirkungen für andere aufgezeigt werden. Im Ergebnis sollen Empfehlungen für die Stärkung der Beratungs- oder Förderstrukturen mit dem Ziel der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung erarbeitet werden. Die Laufzeit des Projekts beträgt zwei Jahre. Mit der Durchführung der Evaluation ist die Universität Saarbrücken in Kooperation mit der TU Chemnitz beauftragt worden.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens sind im Difu Zuarbeiten zu erbringen, die eine Auswertung des Beratungsprogramms ermöglichen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die Datenlage des Orientierungsberatungsprojekts für eine statistische Auswertung aufzubereiten und für Auskünfte zur Verfügung zu stehen (Brockmann, Preuß, D. Becker)

## **3. Projektvorbereitende Arbeiten**

### **3.1 Leitfaden zur Umsetzung von Schulenergiesparprojekten**

Gemeinsam mit dem DST wurde am 7. Juli 1997 ein Antrag beim UBA zum Thema Energiesparen in Schulen eingereicht. Das Difu erstellt einen praxisorientierten Leitfaden, der auf immer wiederkehrende Fragen zur Umsetzung von Schulenergiesparprojekten Ant-



# AB3



projektvorbereitende  
Arbeiten

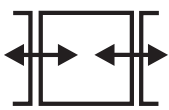
worten gibt. Der Leitfaden richtet sich vorwiegend an Kommunalverwaltungen sowie Schulträger und eröffnet diesen und weiteren Zielgruppen (z.B. Kommunalpolitikern, interessierten nichtkommunalen Akteuren) das Verständnis für die mit diesen Projekten zusammenhängenden Verwaltungsabläufe. Er soll vom Difu in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie der Landeshauptstadt Hannover herausgegeben und in der Difu-Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ veröffentlicht werden (Kallen, Fischer).

## 3.2 Handbuch zum Umweltcontrolling bei der öffentlichen Hand

Mit Vorliegen der Ergebnisse der Difu/ÖKOTEC-Vorstudie (siehe 1.6) „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ wurde vom UBA am 9. Dezember 1997 die Erstellung eines Handbuchs zum Umweltcontrolling bei der öffentlichen Hand ausgeschrieben. Das Difu beteiligte sich unter Hinzuziehung weiterer Kooperationspartner an der Ausschreibung (Kallen, Libbe und Externe).

## 3.3 Bundesweiter Wärmepaß für Kommunen

Aufgrund des großen Interesses der Kommunen am Thema Wärmepässe hat das Difu beim ifeu-Institut ein Angebot zur Beteiligung an einem kommunalen Gemeinschaftsprojekt zur Entwicklung eines bundesweiten Wärmepasses für Kommunen, das vom ifeu getragen wird, abgegeben (Kallen, Fischer).



# 4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

## Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht

- Mitarbeit im Projekt „Kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung“ (Brockmann).
- Mitarbeit im Projekt „Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren“ (Kahmann).
- Mitarbeit im Projekt „Auswirkungen der Erschließungsförderung neuer Wohngebiete“ (Kahmann).
- Mitarbeit im Projekt „Berlin als Flächenland“ (Kahmann).

## Arbeitsbereich Fortbildung

- Mitarbeit im Seminar „Ein Jahr Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz“ vom 24. bis 26. November 1997 in Berlin (Kahmann)
- Referat zum Thema „Facility Management und Umweltcontrolling“ im Rahmen des Difu-Seminars „Kommunales Gebäudemanagement“ am 4. Dezember 1997 in Berlin (Kallen, Libbe).
- Mitarbeit an der Vorbereitung des Seminars „Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts“ vom 16. bis 18.3.1998 in Berlin (Kallen).





## 5. Andere Aktivitäten

- Vortrag „Übersicht zu kommunalen Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21“ auf der Veranstaltung des Arbeitskreises Kommunale Umweltinformationssysteme „Informationssysteme für eine Lokale Agenda 21“ am 24. und 25.2.1997 in Berlin (Fischer).
- Vortrag zum Thema „Auf dem Weg von der globalen zur lokalen Agenda 21 und zurück: Stand und Strategieperspektiven der Agenda-Diskussion“ auf dem Seminar der Evangelischen Akademie „Agenda 21 für Niedersachsen – Stand und Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene“ vom 28.2. bis 2.3.1997 in Loccum (Fischer).
- Moderation der Arbeitsgruppe „Agenda 21? Ein Weg zu Kompetenzgewinn für uns! – Nachhaltigkeit? Da sind wir nicht zuständig! – Ressortdenken in Verwaltungen, Unternehmen und Verbänden und die Chancen, Organisations- und Verwaltungsreformen für nachhaltige Entwicklung zu nutzen“ auf dem Seminar der Evangelischen Akademie „Agenda 21 für Niedersachsen – Stand und Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene“ vom 28.2. bis 2.3.1997 in Loccum (Fischer).
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Energie und Klimaschutz“ im Rahmen der Auftaktveranstaltung zur Lokalen Agenda 21 der Stadt Salzgitter am 5.3.1997 in Salzgitter (Fischer).
- Vortrag „Lokale Agenda 21 in Deutschland“ auf der Auftaktveranstaltung zur Lokalen Agenda 21 am 21.4.1997 in Berlin-Mitte (Fischer).
- Vortrag „Kommunale Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 – Bestandsaufnahme“ auf der 10. Sitzung des DST-Ausschusses „Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten“ am 22. und 23.5.1997 in Dresden (Fischer).
- Vortrag „Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ auf der Veranstaltung der Stadt Trier „Trierer Energie Themen“ vom 4. bis 7.6.1997 in Trier (Fischer).
- Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Lübeck im August 1997 (Fischer).
- Vortrag zu Erfahrungen deutscher Städte zur Umsetzung Lokaler Agenden 21 im Rahmen einer Anhörungsreihe der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Von der Agenda 21 zur Lokalen Agenda 21“ am 16.9.1997 in Kiel (Fischer).
- Moderation des Hearings zu verkehrspolitischen Leitlinien des Bezirksamts Berlin-Hohenschönhausen am 17.9.1997 in Berlin (Fischer).
- Vortrag „Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten – ein Überblick“ auf der Veranstaltung der Stadt Halle „Lokale Agenda 21 – eine Lebensform“ am 27.9.1997 in Halle (Fischer).
- Vortrag „Fazit der Difu-Umfrage zur Lokalen Agenda 21“ auf der Tagung des IKU „Zukunft im Quartier – Perspektiven nachhaltiger Stadtentwicklung“ am 4. und 5.11.1997 in Wiesbaden (Fischer).
- Vortrag „Die Kommune als Akteur im Klimaschutz“ und Moderation des Workshops „Gebäudebestand nutzen: Erschließung des wirtschaftlichen Potentials im Altbaubestand“ auf der Veranstaltung vom Haus Rissen „Erfahrungsbörse Energie-Tische“ vom 21. bis 23.11.1997 in Hamburg (Fischer).
- Vortrag „Die Lokale Agenda 21 in der Bundesrepublik: Überblick über den Entwicklungsstand“ im Rahmen des Seminars des August-Bebel-Instituts in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten von Berlin-Neukölln „Agenda 21: Zukunftsperspektiven aus Frauensicht“ am 5. und 6.12.1997 in Berlin (Fischer).
- Vortrag „Das deutsche Kommunalwesen“ auf einer Informationsveranstaltung für Politiker aus Bosnien, durchgeführt von der Konrad-Adenauer-Stiftung am 5.5.1997 in Berlin (Kahmann).

# AB3



andere Aktivitäten

- Vortrag „Die Kommunen im politischen Rechtssystem“ auf dem deutsch-kroatischen Forum „Dialog der Städte“, durchgeführt von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Städte und Gemeinden der Republik Kroatien am 14.7.1997 in Split, Kroatien (Kahmann).
- Teilnahme und Statement bei der ersten Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Modellprojekts „Kommunales Öko-Audit“ beim Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg am 22.1.1997 in Stuttgart (Kallen).
- Vortrag „Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Kommunen“ auf einem Seminar der Heimvolkshochschule Stephansstift (im Rahmen eines EU-Projekts) am 27.1.1997 in Hannover (Kallen).
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Fragebogen der Deutschen Umwelthilfe zum Bundeskommunalwettbewerb „Klimaschutz“ im Jahr 1997 beim DStGB am 7.2.1997 in Bonn (Kallen).
- Teilnahme an der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe „Energie“ des Runden Tisches zur Nachhaltigen Entwicklung Berlin/Brandenburg am 20.2.1997 in Berlin (Kallen).
- Vortrag „Klimaschutz in Kommunen – eine Zwischenbilanz“ im Rahmen der Difu/IKU-Tagung „Klimaschutz konkret“ auf der UTECH 1997 am 20.2.1997 in Berlin (Kallen).
- Vortrag „Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Kommunen“ auf den 9. Herner Umwelttagen am 13.3.1997 in Herne (Kallen).
- Erfahrungsaustausch zum Thema Umweltcontrolling/Umweltmanagement mit dem Landesamt für Umwelt- und Naturschutz Schleswig-Holstein am 24.4.1997 in Flintbek (Kallen).
- Teilnahme und Vortrag „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ beim Fachseminar „Umweltaudit in Betrieb und Kommune“, veranstaltet von der Hansestadt Rostock mit Unterstützung des Difu am 25. und 26.4.1997 in Rostock (Kallen).
- Vortrag „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ bei einem kommunalen Erfahrungsaustausch zum Modellprojekt „Kommunales Öko-Audit“ der Stadt Wuppertal am 4.6.1997 in Wuppertal (Kallen).
- Vortrag „Kommunaler Klimaschutz“ vor Vertretern der Stadt Norden und mehrerer Gemeinden des Landkreises Aurich im Telematik-Zentrum Norden sowie im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für die Städte und Gemeinden des Landkreises Aurich am 13.10.1997 in Norden (Kallen).
- Vortrag „Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Kommunen“ im Ratssaal Cottbus (im Rahmen des ECOS-Projekts der Stadt Cottbus) am 5.11.1997 (Kallen).
- Grußwort mit Statement zum Thema „Strategien der Energieeinsparung im Gebäudebestand“ bei der Vorstellungsveranstaltung der Klimaschutz- und Energieberatungsagentur am 15.12.1997 in Heidelberg (Kallen).
- Vortrag „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ vor der Amtsleiterkonferenz des Bezirksamts Hellersdorf von Berlin am 16.12.1997 (Kallen).
- Arbeitskreis „Schutz des Naturhaushalts“ des BMU zum Thema „Anforderungen des Naturschutzes an eine nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung“ am 16.1.1997 in Bonn (Libbe).
- Workshop „Stellenwert der Wasserökonomik für eine nachhaltige urbane Wasserpolitik“, BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie, am 17.1.1997 beim Umlandverband Frankfurt (Libbe).
- Mitglied im „Arbeitskreis für sozialwissenschaftliche Umweltforschung Berlin-Brandenburg“, Workshop „Umweltmediation: praktische und theoretische Fragen“ am 7.2.1997 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) (Libbe).



- Mitwirkung am vierten Theorie-Workshop „Instrumente“ im Rahmen des Projekts „Theoretische Ansätze und inhaltliche Probleme stadttökologischer Forschung im BMBF-Förderschwerpunkt „Stadtökologie“ am 7. und 8.3.1997 in Hannover (Libbe).
- Workshop „Professionelle Akteure“ der Verkehrspolitik“ des Forschungsverbundes „Ökologisch verträgliche Mobilität“ im BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie am 13. und 14.3.1997 im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Libbe).
- Teilnahme und Statement am Fachseminar „Umweltaudit in Betrieb und Kommune“, veranstaltet von der Hansestadt Rostock mit Unterstützung des Difu am 25. und 26.4.1997 in Rostock (Libbe).
- Teilnahme und Statement am Projektworkshop „Stadtverträgliche Mobilität“ des Forschungsverbundes CITY:mobil im BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie am 4. und 5.6.1997 in Woltersdorf bei Berlin (Libbe).
- Expertenkonferenz zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ in der Akademie für Politische Bildung am 17. und 18.6.1997 in Tutzing (Libbe).
- Teilnahme an der 19. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats „Stadtökologie“ am 26. Juni 1997 im Rahmen der International Conference Urban Ecology vom 25. bis 28.6.1997 in Leipzig (Libbe).
- Teilnahme und Statement auf dem BMBF-Statusseminar „Ökologisch verträgliche Mobilität in Städten“ am 4. und 5.9.1997 in Bremen (Libbe).
- Vortrag „Umweltcontrolling und Umweltaudit im Bereich der öffentlichen Hand“ im Rahmen des Fachseminars „Kommunales Umweltaudit – ein Instrument der lokalen Agenda 21“, durchgeführt von der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel, am 11.9.1997 in Kiel (Libbe).
- Vorträge „Elektronische Vernetzung im kommunalen Umweltschutz“ sowie „Elektronische Vernetzung im kommunalen Umweltschutz und Lokale Agenda 21“ an der Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation, Fernstudium kommunaler Umweltschutz, am 12.9. sowie am 11.10.1997 in Lüneburg (Libbe).
- Teilnahme und Statement auf dem BMBF-Statusseminar „Flächennutzungskonkurrenzen“ am 24.10.1997 in München (Libbe).
- Mitwirkung am fünften Theorie-Workshop „Ziele“ im Rahmen des Projekts „Theoretische Ansätze und inhaltliche Probleme stadttökologischer Forschung im BMBF-Förderschwerpunkt „Stadtökologie“ am 12. und 13.12.1997 in Chemnitz (Libbe).
- Wissenschaftlicher Beirat des Modellprojekts „Kommunales Öko-Audit“ beim Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg am 16.12.1997 in Stuttgart (Libbe).
- Vortrag „Der ökologische TAT-Orte-Wettbewerb in den neuen Bundesländern. Fallbeispiele“ anlässlich des Seminars „Dorfökologie“ des Vereins „Ländliche Erwachsenenbildung in Sachsen-Anhalt“ am 5.4.1997 in Neugattersleben (Preuß).
- Vortrag „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ anlässlich der DELOS-PARTNER-Konferenz „Europäische Partnerschaften – eine Chance für eine integrierte und nachhaltige regionale Entwicklung in ländlichen Räumen und Randgebieten“ vom 18. bis 21.10.1997 in Klink /Müritz (Preuß).
- Mitglied des Arbeitskreises „Nachhaltige Entwicklung: Schutz des Naturhaushalts“ des BMU (Rösler).
- Mitglied des Beirats zum Projekt „Zukunftsfähige Städte und Gemeinden – Umweltmanagement und Öko-Audit für kleine und mittelgroße Gemeinden“ des BMFT und der B.A.U.M. Consult GmbH, Tagungen am 17.2.1997 in Hannover und am 16.6.1997 in Berlin (Rösler).

# AB3



andere Aktivitäten

- Ständiges Mitglied der Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte, Tagungen am 6. und 7.3.1997 in Bielefeld sowie am 25. und 26.9.1997 in Dessau (Rösler).
- Ständiger Gast der Fachkommission „Umwelt“ des DST, Tagung am 26.5.1997 in Frankfurt (Rösler).
- Mitwirkung an der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Stadtentwicklung“ des Bauausschusses des DST, Tagung am 10.7.1997 in Köln (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte, Tagung vom 9. bis 10.10.1997 in Duisburg (Rösler).
- Vortrag „Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten“ beim Öffentlichen Arbeitskreis Lokale Agenda 21 am 13.1.1997, organisiert durch die Grüne Liga Berlin e.V., in Berlin (Rösler).
- Vortrag „Lokale Agenda 21 in deutschen Städten“ bei der Arbeitsgruppe der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten beim Deutschen Städtetag am 21.1.1997 in Köln (Rösler).
- Mitwirkung an der Sitzung der Umweltkommission des Rates der Regionen Europas vom 6. bis 7.2.1997 in Lille (Rösler).
- Vortrag „Von der Agenda 21 zur Lokalen Agenda 21“ an der Universität Lüneburg für die Teilnehmer des Fernstudiums „Kommunaler Umweltschutz“ am 19.4.1997 (Rösler).
- Mitwirkung am Expertengespräch „Städte der Zukunft“ bei der BfLR am 5.5.1997 in Bonn (Rösler).
- Vortrag „Lokale Agenda 21 – Ergebnisse der neuen Difu-Umfrage bei deutschen Städten“ auf dem Kongreß „Lokale Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen“ des MURL NW am 22.5.1997 in Hamm (Rösler).
- Vortrag „Alter Wein in neuen Schläuchen? Lokale Agenda 21 in deutschen Städten“ am 29.5.1997 im Bezirksamt Wilmersdorf von Berlin (Rösler).
- Vorlesung zu den Themen „Lokale Agenda 21“ und „Kommunale Umweltberichte“ am 6.6.1997 an der Humboldt-Universität zu Berlin (Rösler).
- Vortrag „Chancen und Grenzen der Lokalen Agenda 21“ auf dem Symposium „Fünf Jahre nach dem Erdgipfel“ des Forums für Umwelt und Entwicklung am 9. und 10.6.1997 in Bonn (Rösler).
- Vortrag „Lokale Agenda 21“ im Rahmen des Seminars „Agenda 21 und Gesundheit“ am 18.6.1997 an der Universität Bielefeld (Rösler).
- Einführungsvortrag und Moderation des Arbeitskreises „TAT-Orte – Kommunaler Umweltschutz in den neuen Ländern“ auf der dritten Internationalen Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am 22.7.1997 in St. Marienthal (Rösler).
- Vortrag „Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung – Die Agenda 21 von Rio“ auf der Tagung „Die zukunftsfähige Stadt“ am 1.10.1997 in der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Rösler).
- Vortrag „Lokale Agenda 21 – Aktueller Stand, Umsetzung und Perspektiven beim Forum Umweltschutz“ am 28.10.1997 im Abgeordnetenhaus von Berlin (Rösler).
- Vortrag „Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten auf dem Seminar „Kommunales Leitbild Lokale Agenda 21“ der Weiterbildungsakademie Weinheim“ am 19.11.1997 in Offenburg (Rösler).
- Vortrag „Erfahrungen mit der Lokalen Agenda 21 – Überblick über die Aktivitäten in deutschen Städten“ im Rahmen des Fachgesprächs „Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21“ am 12.12.1997 im UBA in Berlin (Rösler).



## 6. Veröffentlichungen

### 6.1 Difu-Publikationen

- Cornelia Rösler, Angela Brockmann, Thomas Preuß, Monika Stolina u.a., TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb – Die Preisträger 1997, Berlin 1997.
- Carlo Kallen, Local Climate Protection and its Contribution to Clean Air Policy in Germany, in: Heinrich Mäding und Carlo Kallen, Local climate protection policy in the Federal Republic of Germany, 1997 (Occasional Papers).

### Forum Stadtökologie

- Jens Libbe (Hrsg.), Die sparsame Stadt: Least-Cost Planning im Verkehr. Dokumentation eines Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik, „Forum Stadtökologie“, Bd. 2. Berlin 1997.
- Jens Libbe, Car-Sharing in der kommunalen Verwaltung, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Forum Stadtökologie. Wissenschaft und kommunale Praxis im Dialog. Nr. 4, Berlin 1997, S. 3–6.
- Thomas Preuß, Gute stadtökologische Praxisbeispiele im Internet, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Forum Stadtökologie. Wissenschaft und kommunale Praxis im Dialog. Nr. 2, Berlin 1997, S. 3–6.
- Robert Sander (Hrsg.), Flächensteuerung in Großstadtreionen – Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik, „Forum Stadtökologie, Bd. 3, Berlin 1997.
- Robert Sander (Hrsg.), Wassermanagement in großstädtischen Regionen. Dokumentation eines Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik, „Forum Stadtökologie, Bd. 4, Berlin 1997.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Forum Stadtökologie. Wissenschaft und kommunale Praxis im Dialog. Vierteljährlicher Informationsdienst, Berlin (Nr.1/97–4/97).
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), CD-ROM Forum Stadtökologie, Berlin 1997.

### Umweltberatung für Kommunen

- Annett Fischer und Carlo Kallen (Hrsg.), Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte, Berlin 1997.
- Annett Fischer und Carlo Kallen (Hrsg.), Entlastung des Kommunalhaushalts durch Energiesparen, Berlin 1997.
- Thomas Preuß, Cornelia Rösler u.a., Bodenschutz – Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur, Berlin 1997.
- Cornelia Rösler (Hrsg.), Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21. Dokumentation des zweiten Erfahrungsaustauschs, Berlin 1997.
- Annett Fischer, Ansätze für den Kommunikations- und Konsultationsprozeß zur Lokalen Agenda 21, in: Rösler, Cornelia (Hrsg.), Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21. Dokumentation des zweiten Erfahrungsaustauschs, Berlin 1997, S. 27–33.



## 6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Angela Brockmann, Thomas Preuß, Cornelia Rösler, Monika Stolina, Beiträge über Fallbeispiele aus dem Projekt „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“, in: Peter Dehne und Rudolf Schäfer (Hrsg.), Aktuelles Planungshandbuch zur Stadt- und Dorf-erneuerung. Bd. 2, Teil 8/7, Berlin 1997.
- Annett Fischer und Cornelia Rösler, Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft, EXPO 2000 Hannover GmbH und Niedersächsischen Städtetag (Hrsg.), Hannover 1997.
- Annett Fischer, Energie-Tische als Möglichkeit einer freiwilligen CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern, in: Grüne Liga Berlin e.V. (Hrsg.), Städte für ein grünes Europa. Seminar „Energiesparen und Energieeffizienz-Steigerung“ in St. Mariental, Oktober 1996, Berlin 1997, S. 26–31.
- Annett Fischer und Cornelia Rösler, Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten – ein Überblick, in: Stadt Halle (Hrsg.), Lokale Agenda 21 – eine Lebensform, Tagungsdokumentation vom 27.9.1997, Halle 1997, S. 11–13.
- Annett Fischer und Carlo Kallen, Durch ökologische Stadtentwicklungsplanung Zeichen setzen, in: Umwelt kommunale ökologische Briefe, H. 19 (1997), S. I–IV.
- Annett Fischer und Carlo Kallen, Energiemanagement in kommunalen Gebäuden, in: Umwelt kommunale ökologische Briefe, H. 20 (1997), S. I–IV.
- Annett Fischer und Carlo Kallen, Energieeinsparung in Gewerbe und Industrie, in: Umwelt kommunale ökologische Briefe, H. 21 (1997), S. I–III.
- Annett Fischer und Carlo Kallen, Drittfinanzierung kommunaler Energieprojekte, in: Umwelt kommunale ökologische Briefe, H. 20 (1997), S. III–IV.
- Carlo Kallen, Annett Fischer und Cornelia Rösler, Studienbrief „Agenda 21 und Klimaschutz“, Institut für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg im Fernstudium Kommunaler Umweltschutz (Hrsg.), Lüneburg 1997.
- Jens Libbe und Susanne Plagemann, Elektronische Vernetzung im kommunalen Umweltschutz, in: Forschungszentrum Karlsruhe Technik und Umwelt, Institut für Technikfolgenabschätzung (ITAS) (Hrsg.), TA-Datenbank-Nachrichten Nr. 3/4, 6. Jahrgang, November 1997, S. 49–53.
- Cornelia Rösler, Auf dem Vormarsch. Difu-Städteumfrage zeigt Zunahme der kommunalen Agenda-Aktivitäten, in: Politische Ökologie, Geduldspiel Nachhaltigkeit, H. 52, München 1997, S. 46.
- Cornelia Rösler, TAT-Orte, in: Garten + Landschaft, Lokale Agenda 21, H. 9, München 1997, S. 18–20.

**ARBEITSBEREICH 4:  
ABTEILUNG KÖLN**

**AB4**





# ARBEITSBEREICH 4: ABTEILUNG KÖLN

# AB4

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### **Wissenschaftliche Mitarbeit**

Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter  
Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz  
Dipl.-Psych. Klaus Mittag

### **Sachbearbeitung**

Dipl.-Geogr. Thomas Franke

### **Sekretariat**

Margot Eisenreich  
Kristin Schultz-Coulon, M.A. (60 %)

### **Praktika**

Thomas Zacharias  
Silke Kassen





# 1. Abgeschlossene Projekte

## 1.1 Arbeitsgrundlagen städtischer Denkmalpflege

Anhand der Studie sollte die Effizienz denkmalpflegerischer Grundlagenwerke und Planungsinstrumente überprüft werden. In das Projekt wurden folgende Dokumente und Instrumente städtischer Denkmalpflege einbezogen: Denkmaltopographie, Ortskernatlas, Baualtersplan, denkmalpflegerische Zielplanung, Denkmalpflegeplan und – als besonderes Verwaltungsverfahren – die Denkmalrunde. Vier Komplexe standen bei der Untersuchung der verschiedenen Arbeitshilfen/Verfahren im Vordergrund:

- einen Überblick über Stand und Standard der Arbeitshilfen zu geben,
- ihre Relevanz für die Praxis des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in den Kommunen zu überprüfen,
- die Auswirkungen auf Planungsvorhaben und Baugenehmigungsverfahren sowie
- auf das Denkmalbewußtsein der Bürger zu analysieren.

Das methodische Vorgehen war durch intensives Literaturstudium, Recherchen, Inhaltsanalysen und insbesondere die Durchführung und Auswertung von rund hundert Expertengesprächen auf kommunaler und Landesebene geprägt.

Zentrale Ergebnisse sind:

- Im Rahmen der Studie haben sich die Denkmaltopographie, eine neue Methode der Denkmalbeschreibung und -dokumentation, und der Denkmalpflegeplan – ein Rahmenplan für das denkmalpflegerische Handeln in stadträumlichen Dimensionen – als die beiden wichtigsten der untersuchten Arbeitshilfen erwiesen.
- Für die Denkmaltopographie ist ihre bundesweite Verbreitung charakteristisch: Anfang 1997 sind bereits 96 Bände für Städte und Landkreise in Deutschland erschienen.
- Beim Denkmalpflegeplan hat Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterfunktion übernommen. Außer im nordrhein-westfälischen sind Denkmalpflegepläne bisher in drei weiteren Denkmalschutzgesetzen vorgesehen und geregelt: in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Aufgrund seines informellen Charakters gibt es solche Pläne auch in den anderen Ländern, in deren Denkmalschutzgesetzen der Denkmalpflegeplan als Planungsinstrument nicht vorgesehen ist. Die Arbeitshilfen Ortskernatlas (Baden-Württemberg), denkmalpflegerische Zielplanung (Schleswig-Holstein) und Baualtersplan (Bayern) sind auf je ein Bundesland beschränkt.
- Während die Topographiebände eine wertvolle Arbeitsgrundlage für alle bilden, die bei der Verwirklichung von Denkmalschutz und Denkmalpflege zusammenarbeiten, bewirkte der Denkmalpflegeplan primär in der Verwaltung ein positives Echo. Insgesamt wird den beiden Arbeitshilfen eine große praktische Relevanz zugesprochen.
- Die denkmalpflegerischen Publikationen liefern für die Einschätzung von stadtplanerischen Maßnahmen wichtige Hinweise und können als hilfreiche Instrumente für die Beurteilung von Bauvorhaben angesehen werden. Bisweilen wird die mangelnde Umsetzung der Denkmalpflegepläne in die Stadtentwicklung und in kommunale Handlungskonzepte sowie Maßnahmenprogramme beklagt.
- Insbesondere die Arbeitshilfen mit Inventarcharakter (z.B. Denkmaltopographie, Ortskernatlas, Baualtersplan zur Stadtsanierung) übernehmen eine wichtige Funktion in der Öffentlichkeitsarbeit der Denkmalbehörden. Aber auch der Denkmalpflegeplan hat sich für das Denkmalbewußtsein der Bürger als förderlich erwiesen.



- Vorbeugende Strategien werden in der kommunalen Denkmalpflege zukünftig an Bedeutung gewinnen. Die Denkmaltopographie als eine neue wissenschaftlich überzeugende und für den interessierten Laien verständliche Inventarreihe und der Denkmalpflegeplan als handlungsorientiertes Planungsinstrument mit informellem Charakter sind wichtige Bausteine einer derartigen prophylaktischen Denkmalpflege.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden 1998 in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung veröffentlicht (Echter).

## 1.2 EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden

Im Juni 1991 führte der DST bei seinen Mitgliedstädten eine Umfrage zum Thema „Die Städte und die Europäische Gemeinschaft“ durch. Ziel dieser Umfrage war es, herauszufinden, wo und mit welchem Umfang „EG-Angelegenheiten“ in den einzelnen Stadtverwaltungen bearbeitet werden und welcher Informations- und Erfahrungsstand dort vorliegt.

Diskussionen in der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST und innerhalb der deutschen Sektion des RGRE führten dazu, diese Fragebogenaktion erneut – vor einem anderen kommunalen Erfahrungshintergrund und unter veränderten Rahmenbedingungen – zu wiederholen. Ende 1996 wurde daher gemeinsam mit dem RGRE ein in vier Fragenkomplexe gegliederter Fragebogen erarbeitet:

- personelle und organisatorische kommunale Zuständigkeiten für EU-Angelegenheiten,
- vorliegende Erfahrungen mit EU-Angelegenheiten, EU-Programmen und -Fördermitteln,
- besondere Probleme und Defizite und daraus resultierende kommunale Bedarfe sowie
- Anforderungen an mögliche externe Hilfestellungen.

Anfang 1997 wurde der Fragebogen an 118 Städte verschickt (an alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern sowie 34 weitere, aus dem Kreis der Difu-Zuwenderstädte ausgewählte Städte).

Zentrale Ergebnisse der Umfrage, deren Rücklaufquote bei mehr als 86 Prozent lag, sind:

- Die Europaarbeit bundesdeutscher Städte folgt keinem einheitlichen Schema. Personelle Besetzung und verwaltungsinterne Zuordnung, Aufgabenschwerpunkte der jeweiligen Mitarbeiter wie auch genutzte Informationsquellen fallen jeweils unterschiedlich aus und sind in der Regel von den spezifischen Bedingungen vor Ort abhängig.
- Knapp zwei Drittel der antwortenden Städte erhalten Mittel aus Strukturfonds-Programmen. 35 dieser Städte liegen nicht in Zielfördergebieten der EU; sie werden aus Programmen der Gemeinschaftsinitiativen oder über Maßnahmen nach Artikel 10 EFRE gefördert.
- Im Hinblick auf ihre konkreten Erfahrungen zog ein Drittel der Städte mit EU-geförderten Projekten eine sehr positive Bilanz. Positiv bewertet wurden insbesondere der Grad der Zielerreichung und der zeitliche wie organisatorische Projektablauf.
- Bei Städten mit negativen Erfahrungen wurden hauptsächlich das Antragsverfahren, die Art der Projektfinanzierung und die Organisation der Mittelbewilligung bemängelt. Aufwand und Kosten stehen nach Ansicht dieser Städte in keinem ausgewogenen Verhältnis zur Höhe der damit erzielbaren Fördermittel.



- Städte, die an Strukturfonds- oder Aktionsprogrammen bisher nicht oder nur in geringem Umfang teilgenommen haben, geben dafür als Gründe an: fehlende Fördervoraussetzungen, Informationsdefizite, Probleme mit den erforderlichen kommunalen Eigenmittelanteilen, zu aufwendige und komplizierte Antragsverfahren und zu geringe Erfolgsaussichten oder Schwierigkeiten bei der Findung ausländischer Projektpartner.
- Auf die Frage nach Ansätzen zu einer Verbesserung und Verstärkung kommunaler EU-Aktivitäten sprechen sich 85 Prozent der antwortenden Städte für verstärkte Informationen über Projektergebnisse und -erfahrungen anderer Kommunen aus, knapp 70 Prozent für eine bessere Versorgung mit gezielten kommunalpolitisch relevanten Informationen.
- Das Interesse der antwortenden Städte an einem Informationsaustausch mit anderen an EU-Programmen beteiligten Kommunen ist daher groß. Als vorrangige Themen werden EU-Förderprogramme, -Ausschreibungen und -Antragsverfahren sowie Projektergebnisse und Projekterfahrungen genannt.

Die Umfrageergebnisse wurden im Januar 1998 in der Materialien-Reihe des Difu veröffentlicht (Heinz, Franke).

### 1.3 Urban Governance; OECD-Projekt zu Fragen der politischen Regulierung und Steuerung

Ziel dieses Projekts, das im ersten Quartal 1996 von der OECD-Stadtentwicklungskommission initiiert wurde, ist es zu untersuchen, mit welchen (innovativen) öffentlichen Programmen und Politiken (von Bund/Zentralstaat, Ländern sowie Städten und Gemeinden) in OECD-Staaten versucht wird, politisch-administrative Strukturen und Strategien in Stadtregionen (metropolitan areas) entsprechend den aktuellen Herausforderungen (von der Globalisierung der Wirtschaft bis zu demographischen und sozialen Veränderungen) zu reorganisieren.

Nach einer Umfrage, die Mitte 1996 in mehreren „metropolitan area authorities“ der projektbeteiligten Länder durchgeführt wurde, wurden im Frühjahr 1997 Fallstudien mit dem Ziel erstellt, nationalspezifische Strategien und Erfahrungen anschaulich zu vermitteln. Gegenstand des deutschen Beitrags waren die Rhein-Main-Region und der Umlandverband Frankfurt.

Die Beiträge der verschiedenen Projektkooperanten wurden im Rahmen eines dreitägigen Workshops zum Thema „Governing metropolitan areas: institutions, finance and partnerships“ vom 4. bis 6. Juni 1997 in Stockholm vor- und zur Diskussion gestellt.

Eine abschließende Publikation aller Workshop-Beiträge ist durch die OECD vorgesehen.

Ende Oktober (22. bis 24.10.) fand ein zweiter OECD-Workshop zum Thema „Better governance for more competitive and liveable cities“ in Toronto statt: (Heinz Franke, Reidenbach [AB 2]).



## 1.4 Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland

Der vom Bundesministerium für Wirtschaft 1993 erteilte Auftrag, eine Erhebung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in den Jahren 1992 bis 1996 zu erstellen, wurde 1997 abgeschlossen.

Mit den Erhebungen war insbesondere zu prüfen, ob

- mit Ablauf der ersten Übergangsregelung der Spielverordnung (Ende 1990) eine signifikante Senkung der Zahl von Geldspielgeräten erfolgte,
- ein ähnlicher Anstieg von Spielhallen wie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als Vorbereitung auf die Neuregelung der Spielverordnung ab 1996 zu verzeichnen ist,
- ein deutlicher Zuwachs neuer Standorte festzustellen ist,
- die Selbstbeschränkungen der Automatenwirtschaft, insbesondere bezüglich Zweiergruppierung von Geldspielgeräten, zunehmende Wirkung zeigen,
- die durchschnittliche Größe der Spielhallen in einem Maße zunimmt, das darauf schließen läßt, daß ein Ausleseprozeß zugunsten finanziell potenter Betreiber erfolgt,
- die Muster der Verbreitung in den neuen Bundesländern denen in den alten folgen oder Abweichungen zu beobachten sind.

Nachdem die Zwischenberichte der Erhebungsjahre 1994 und 1995 nach Ablauf der zweiten Übergangsfrist in § 3 Abs. 3 SpielV erhebliche Bestandsrückgänge der Spielhallen und Geldspielgeräte in den alten Ländern aufzeigten, gewannen die Erhebungsergebnisse des Jahre 1996 besondere Aktualität mit dem Entwurf der Vierten Verordnung zur Änderung der Spielverordnung im Herbst 1997. Mit dieser Verordnung soll nach § 3 Abs. 2 SpielV die Mindestgrundfläche für ein Geldspielgerät in Spielhallen von 15 qm auf 12 qm gesenkt und die höchstzulässige Zahl von zehn auf zwölf Geldspielgeräte pro Spielhalle erhöht werden, um die befürchteten massiven Steuerausfälle und die Arbeitsplatzverluste der Automatenwirtschaft infolge des eingetretenen Bestandsrückgangs abzuwenden.

Im vorliegenden Abschlußbericht stehen daher die Darstellung und Kommentierung der Endergebnisse der Erhebungsreihe und die Ergebnisschlußfolgerungen im Hinblick auf die beabsichtigte Änderung der Spielverordnung im Mittelpunkt (Mittag, Beulcke [ext.], Just [Ab 1], Rothäusler [Ab 1]).



## 2. Laufende Projekte

### 2.1 Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte

Ziel des Forschungsprojekts ist die Bestandsaufnahme und Analyse der Praxis privater Modernisierungsförderung in drei ostdeutschen Städten unterschiedlicher Bundesländer. Ausgewählt wurden Städte verschiedener Größenordnung der Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen (Naumburg, Zwickau, Erfurt).

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Zielgruppe der „kleinen“ privaten Eigentümer mit tendenziell hoher emotionaler Objektbindung und lokaler Identität. Im Hinblick auf



die Ausarbeitung eines differenzierten Instrumentensets zielgruppengerechter Motivierungs-, Förderungs- und Betreuungsangebote zeigte sich, daß ideelle Gründe zur Motivierung „kleiner“ privater Hauseigentümer ausschlaggebend sind und die Beratung durch Dienststellen der Stadtverwaltung, Sanierungsträger und Haus- und Grundeigentümerversammlungen für diese Gruppe wesentliche Hilfe darstellt, sowie eine dauerhafte Förderung (z.B. der Mittel der Städtebauförderung, des Städtebaulichen Denkmalschutzes und des KfW-Programms) zu empfehlen ist.

Vor dem Hintergrund

- des verschlechterten politischen Klimas im Hinblick auf Transfer- und Förderleistungen für die neuen Länder,
- der problematischen wirtschaftlichen Entwicklung in den östlichen Ländern,
- der unsicheren Prognose der Revitalisierung der ostdeutschen Innenstädte,
- der schwer kalkulierbaren Wohnungsmarktkonkurrenz modernisierter innerstädtischer Altbauten gegenüber Eigenheimen im städtischen Umland, preiswerten Plattenbauwohnungen und nach westdeutschen Standards errichteten Neubauwohnungen und
- generell gesättigten Wohnungsmärkten

wird die private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte auf absehbare Zeit erheblichen Schwierigkeiten unterworfen sein.

Ende 1997 wurde mit der Erstellung des Abschlußberichts begonnen, dessen Veröffentlichung im zweiten Quartal 1998 in der Materialien-Reihe geplant ist (Echter, Mittag).

## 2.2 Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen

Der Handlungsdruck für die Kommunen hinsichtlich der Versorgung finanziell und sozial benachteiligter Haushalte mit Wohnraum nimmt zu. Ein Großteil der kommunalen Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich liegt in der Bereitstellung und Belegung von Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Andere kommunale Steuerungsmöglichkeiten wie der von der Expertenkommission vorgeschlagene Erwerb von Belegungsrechten werden gegenwärtig für die Versorgung von Wohnungsnotfällen wenig genutzt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die gezielte Unterstützung bedürftiger Haushalte und der Sicherung ausgewogener Bewohnerstrukturen ist die Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der verschiedenen Facetten der kommunalen Belegungspolitik Ziel des Projekts.

1997 wurde die vorliegende Literatur zu Fragen der „sozialen“ Belegungspolitik weiter aufgearbeitet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse zur Zunahme der sozialen Segregation und der Gefahr der Ghettobildung in den Städten werden im Februar und April 1998 in zwei Difu-Seminaren „Entmischung im Bestand von Sozialwohnungen – Steuerungsmöglichkeiten der kommunalen Wohnungspolitik“ vertieft. Eine Dokumentation der Seminarbeiträge ist für den Herbst 1998 vorgesehen (Echter, Brühl [AB 5]).



## 2.3 Formen intraregionaler Zusammenarbeit – ein internationaler Erfahrungsaustausch

Im Frühjahr 1997 wurden die für den Erfahrungsaustausch in Frage kommenden Staaten ausgewählt. Ausschlaggebende Auswahlkriterien waren: Vorliegen umfangreicher Erfahrungen mit intraregionalen Kooperationsansätzen sowie das Vorhandensein vergleichbarer Rahmenbedingungen und Ursachen für die Entwicklung dieser Ansätze. Nach einem intensiven Findungsprozeß fiel die Wahl auf folgende Staaten: U.S.A., Kanada, Großbritannien, Niederlande, Frankreich und Schweden. Kontakte wurden auch nach Japan und Italien und zur Schweiz aufgenommen, eine Kooperation kam hier jedoch nicht zustande.

In den ausgewählten Staaten wurden Kooperanten – d.h. in der Regel Personen aus dem universitären Raum mit umfangreichen einschlägigen Forschungserfahrungen – damit beauftragt, auf der Basis eines differenzierten Frageleitfadens und vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalspezifischen Rahmenbedingungen ihre – positiven wie auch negativen – Erfahrungen mit intraregionalen Kooperationsansätzen darzustellen.

Die „first drafts“ der einzelnen nationalen Beiträge sind inzwischen abgeschlossen. Die zentralen Ergebnisse werden Anfang Februar 1998 in Bonn einem deutschen Expertengremium vor- und zur Diskussion gestellt.

Die von deutscher Seite kommentierten ausländischen Beiträge sollen von ihren Autoren bis Mitte April 1998 überarbeitet und anschließend übersetzt werden. Die Veröffentlichung der Projektergebnisse sowie eine kritische übergreifende Synthese ist für Anfang 1999 geplant (Heinz, ausländische Kooperationspartner).

## 2.4 Kommunale Schulentwicklungsplanung zwischen bildungspolitischer Neuorientierung und Haushaltskonsolidierung

Ziel des Projekts ist die Neuorientierung und methodische Anpassung der kommunalen Schulentwicklungsplanung im Spannungsfeld wachsender und teils neuartiger bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischer Anforderungen einerseits und der Sachzwänge der kommunalen Haushaltskonsolidierung andererseits.

Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf die mögliche Bündelung landeshoheitlicher und kommunaler Sparmaßnahmen sowie die Operationalisierung eines übergeordneten Sparziels, das die Förderung der Haushaltskonsolidierung mit einer gleichzeitigen Funktionsstärkung des lokalen Schulsystems verbindet.

1997 wurde die Literatur- und Sekundäranalyse fortgesetzt.

Das 1997 geplante Expertenkolloquium in Zusammenarbeit mit dem DST, in dem die Forschungsfragestellung im Kontext der aktuellen Schulreformansätze und des Neuen Steuerungsmodells diskutiert werden sollten, wurde wegen zusätzlicher Projektverpflichtungen auf das zweite Quartal 1998 verschoben. Die Abfassung des Projektabschlußberichts ist im dritten Quartal 1998 vorgesehen (Mittag).





## 2.5 Erhebung zur Situation von ausländischen und Aussiedlerkindern in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens

Die Erhebung zur Situation von ausländischen und Aussiedlerkindern in Tageseinrichtungen steht im Zusammenhang mit den Bemühungen der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, ein Gesamtkonzept zur interkulturellen Erziehung im Elementarbereich zu entwickeln.

Im Vorfeld dieser sozialpolitischen Konzeptentwicklung erscheint eine qualifizierte Bestandsaufnahme erforderlich, durch die Informationsdefizite der einschlägigen Landes- und Einrichtungsstatistik ausgeglichen werden.

Insbesondere fehlt ein siedlungsstrukturell differenzierter, nach Trägern, Einrichtungsformen und Gruppenarten aufgeschlüsselter statistischer Gesamtüberblick über die anteilmäßige Belegung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen durch Kinder verschiedener ausländischer Bevölkerungsgruppen sowie der Aussiedlerkinder.

Anhand einer solchen Analyse lassen sich im Vergleich mit der landesweiten und regionalen, nach den einrichtungsrelevanten Altersgruppen aufgefächerten Bevölkerungs- und Ausländerstatistik Rückschlüsse auf migrantengruppenspezifische unterschiedliche Versorgungsquoten und Nachfragestrukturen in den nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen ziehen.

Die Erhebung soll außer dieser zentralen Bestandsanalyse Basisinformationen über spezielle ausländer- bzw. aussiedlerbezogene Einrichtungsressourcen (z.B. fremdsprachliches Fachpersonal) und pädagogische Angebote (z.B. Sprachförderung) sowie Trendangaben zur sozialpädagogischen Evaluation liefern.

Die vollstandardisierte schriftliche Umfrage wird in 14 Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens bei einer nach Trägern geschichteten Zufallsauswahl von etwa 1200 Kindertageseinrichtungen durchgeführt.

Die Umfrage wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege NRW inhaltlich und organisatorisch unterstützt und vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW gefördert.

Der Ergebnisbericht zur Erhebung soll im zweiten Quartal 1998 vorgelegt werden (Mittag, Thomas [ext.]).



## 3. Projektvorbereitende Arbeiten

### 3.1 Deutsche Städte in Zeiten fortschreitender Globalisierung

Aktuelle, die Städte und ihre weitere Entwicklung betreffende Probleme und Herausforderungen werden gegenwärtig häufig auf das Phänomen der Globalisierung zurückgeführt: ein Phänomen, das vermeintlich der Erklärung dient, aber selbst der Erklärung bedarf.

Ziel des Projekts ist es, zu untersuchen:

- welches die zentralen Einflußfaktoren der künftigen Entwicklung deutscher Städte sind und ob diese – wie auch immer vermittelt – alle durch die Globalisierung hervorgerufen werden oder ob es auch widersprüchliche und gegenläufige, nationale wie regionale Einflußgrößen gibt,
- ob die Städte, wie vielfach unterstellt, nur noch zu passiver Anpassung an externe Prozesse und Herausforderungen gezwungen sind (als „machtlose Orte“, die „ortloser Macht“ (Castells) ausgesetzt sind) oder ob sie bei Ausschöpfung ihrer spezifischen Potentiale auch über aktive Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen,
- wie diese Möglichkeiten – sollte es sie geben – genutzt und ausgebaut werden können und welche strategischen Allianzen welcher Akteure dafür erforderlich sind,
- wie relevante städtische und regionale Akteure und Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung diese Entwicklungen einschätzen und mit welchen Strategien sie darauf zu reagieren beabsichtigen.

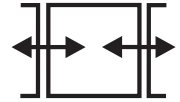
In einem ersten Schritt wurden einschlägige Materialien und Veröffentlichungen gesichtet und ausgewertet. Das Ergebnis dieser Arbeit wird im ersten Quartal 1998 als Profildienst erscheinen und als Grundlage für das weitere Vorgehen – Konkretisierung der Projektbeiträge, Akquisition von Fördermitteln – dienen (Heinz, Franke).

### 3.2 EU-Projekt „Urban Audit“

In Kooperation mit einem englischen Konsortium unter Leitung der Firma ECOTEC beteiligte sich das Difu im dritten Quartal 1997 an der Ausschreibung eines Städte-Audit-Projekts der Europäischen Kommission (Generaldirektion XVI: Regionalpolitik und Kohäsion).

Dieses Städte-Audit soll der Messung der Lebensqualität in europäischen Städten dienen. Der Projektauftrag sieht die Zusammenstellung und Erprobung geeigneter Indikatoren in 58 europäischen (darunter neun deutschen) Städten und Ballungsräumen vor.

Im Rahmen der Ausschreibung wurde der Vorschlag des englischen Konsortiums mit einer Analyse und Bewertung der institutionellen, methodischen und technischen Rahmenbedingungen einer deutschen Projektbeteiligung unter Koordination des Difu unterstützt. Insbesondere wurden Struktur und Leistungsfähigkeit sowie die Aufbereitungsebenen des deutschen Statistiksystems dargestellt, die Implementierung des in der EU-Ausschreibung vorgeschlagenen Indikatorensets problematisiert und die fachliche Vernetzung des Difu für die Projektarbeit in den deutschen Auswahlstädten erläutert (Mädling, Bretschneider [AB 7], Mittag, Thomas [ext.]).



## 4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht
  - ▲ „Städtebauförderung und Ressourcenbündelung“: Expertise zur Vorbereitung eines Forschungsfelds „Stadtteile mit besonderer Entwicklungspriorität“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) im Auftrag des BMBau (Becker [AB 1], Echter, Franke, Heinz, Löhr [IL], Sander [AB 5]);, Strauß [AB 1],
  - ▲ Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ (Göschel, Böhme, Meyer, Schuleri-Hartje, Brühl [AB 5], Mittag).

## 5. Andere Aktivitäten



- Mitarbeit in den Vorbereitungsgruppen zur Durchführung der Jahrestagung und der denkmalpflegerischen Fachexkursion nach Polen der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des DST am 20.2. und 21.2.1997 in Berlin und Brandenburg a.d. Havel (Echter).
- Ständiger Gast bei den Sitzungen der Fachkommission „Wohnungswesen“ des DST, u.a. am 6. und 7.3. in Leipzig und 6.11.1997 in Bielefeld (Echter).
- Kontinuierliche Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Denkmalschutz des Städtetages NRW“, u.a. am 11.3. in Aachen und 3.11.1997 in Köln (Echter).
- Ständige Mitarbeit – in Vertretung des Institutsleiters – im Deutschen Nationalkomitee „Habitat II“ im BMBau am 21.5. und 6.10.1997 in Bonn (Echter).
- Vertretung des DST bei der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Berlin vom 2.6. bis 5.6.1997 (Echter).
- Mitarbeit an der zweiten Sitzung des Gesprächskreises „Großstadtdenkmalpflege“ am 11 und 12.5.1997 in Leipzig (Echter).
- Vortrag „Von der Denkmaltopographie zum Denkmalpflegeplan“ bei der Jahrestagung 1997 der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des DST vom 24. bis 27.9.1997 in Brandenburg a.d. Havel (Echter).
- Vortrag „Denkmalpflegeplan – Geschichte, Vorbilder, Mindestinhalte“ im Rahmen des Pilotprojekts „Denkmalpflegeplan“ des MSWV des Landes Brandenburg am 16.12.1997 in Herzberg (Echter).
- Vortrag „Ethnizität und ökonomische Restrukturierung am Beispiel Los Angeles“ im Rahmen der Konferenz „Integrierte Stadtteilerneuerung und Bewohneraktivierung in nord-amerikanischen Großstädten“ (Veranstaltungsreihe „Forum für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“) des ILS am 31. Oktober 1997 in Dortmund (Franke).
- Ständiger Gast bei der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des DST (Heinz).
- Ständiger Gast der Konferenz der Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung des Städtetages NRW (Heinz).
- Vortrag bei der Fachgruppe Stadt (Fachbereich Architektur) an der TH Darmstadt zum Thema „Public private partnership im Städtebau“ am 29.1.1997 in Darmstadt (Heinz).
- Moderation und Kurzstatements bei der Auftaktveranstaltung zur „Erarbeitung eines Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ am 10.3.1997 in Essen (Heinz).
- Mitwirkung an der Arbeitstagung „Gestaltung von Veränderungsprozessen in der Regionalentwicklung“ der Universität St. Gallen vom 25.–26.3.1997 in St. Gallen (Heinz).

# AB4



andere Aktivitäten

- Gast bei der 48. Sitzung der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST am 24. und 25.4.1997 in Dresden.
- Vortrag zum Thema „Intraregional cooperation in metropolitan areas: Frankfurt and the Rhine-Main-area“ beim OECD-Workshop „Governing metropolitan areas: institutions, finance and partnerships“ vom 4. bis 6. Juni 1997 in Stockholm (Heinz).
- Moderation des Fachseminars des Deutschen Volksheimstättenwerks zum Thema „Public private partnership – Städtebauliche Mischnutzungsprojekte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit“ am 24.5.1997 in Darmstadt (Heinz).
- Teilnehmer eines Expertentreffens bei der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions zur Diskussion eines Projekts mit dem Titel „Urban governance and enterprises: institutions and infrastructures of the future“ am 19. und 20.6.1997 in Dublin (Heinz).
- Vorlesung zum Thema „Zur Verwirtschaftlichung der Planung – Public Private Partnership bei der Stadtentwicklung“ im Rahmen der Vorlesungsreihe „Stadt und Markt“ der TH Darmstadt am 3.7.1997 (Heinz).
- Teilnehmer eines Expertentreffens in der Generaldirektion XII der Europäischen Kommission zur Diskussion des „socio-economic content of research in the city within the fifth framework programme“ am 9.7.1997 in Brüssel (Heinz).
- Mitwirkung beim Kongreß „Cities in transition“ an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 21.–23.7.1997 in Berlin (Heinz).
- Vortrag zum Thema „Europaaktivitäten deutscher Städte und Gemeinden“ anlässlich der 49. Sitzung der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST am 6.11.1997 in Köln (Heinz).
- Teilnehmer des Experten-Workshops der Arbeitsgruppe Stadtforschung (Universität Oldenburg) zur Diskussion des Forschungsprojekts „Die Organisation von Innovationen – Neue Formen der politischen Steuerung. Ein Vergleich von EXPO 2000 Hannover und Internationaler Bauausstellung Emscher Park“ am 12.12.1997 in Hannover (Heinz).
- Fortsetzung der Beratung des Jugendamtes der Stadt Leverkusen beim weiteren Ausbau der Jugendhilfeplanung. Gegenstand der im Verlaufe des Jahres 1997 punktuell erfolgten Beratung waren Organisationsfragen der Jugendhilfeplanung, das Management externer Planungsunterstützung, die methodische Konzeption einer Sozialraumanalyse und die planerische Umsetzung der Ergebnisse einer repräsentativen Jugendbefragung (Mittag).
- Beratung des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln, Abt. Jugendhilfeplanung, bei der Erstellung eines Planungskonzeptes zur integrativen Jugendarbeit im dritten Quartal 1997 (Mittag).
- Mitwirkung bei einem Fachgespräch über Erfahrungen und Konzepte zur Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen beim BMFSFJ am 18.9.1997 (Mittag).
- Fachliche Unterstützung des Referats „Allgemeine und Grundsatzfragen der Familienpolitik“ im BMFSFJ bei einem Positionspapier „Neue Akzente – Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ im November 1997 (Mittag).
- Statistische Auswertung und erste Kurzkomentierung der Difu-Mitarbeiterbefragung im vierten Quartal 1997 (Mittag, Eisenreich).



## 6. Veröffentlichungen

### 6.1 Difu-Publikationen

#### Archiv für Kommunalwissenschaften, AfK

- Werner Heinz, Ansätze interkommunaler Kooperation: Frankfurt und die Rhein-Main-Region, Berlin 1997, S. 73–97.

#### Occasional Papers

- Werner Heinz, Growing discrepancies in current German urban development, Berlin 1997.

#### Materialien

- 6/97  
Thomas Franke und Werner Heinz, EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden, Berlin 1997.

#### Projektberichte

- Klaus Mittag unter Mitarbeit von Florian Beulcke (ext.) und Uwe Wiedemann (ext.), Methodenbaustein I zum Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“: Manual zum quantitativen Bewertungs- und Grobauswahlverfahren, Köln 1997.
- Uwe Wiedemann (ext.) unter Mitarbeit von Klaus Mittag, Methodenbaustein II zum Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“: Verfahrensdokumentation zu Funktion, Programmierung und Management der Wettbewerbsdatenbank, Köln 1997.
- Frank Thomas (ext.) unter Mitarbeit von Klaus Mittag, Methodenbaustein III zum Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“: Statistische Analyse des innovativen Maßnahmenpotentials kinder- und familienfreundlicher Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1997.
- Klaus Mittag unter Mitarbeit von Florian Beulcke (ext.), Hans-Georg Just und Christa Rothhäusler (AB 2), Abschlußbericht der Befragung und Analyse der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1997.

### 6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Thomas Franke, Tagungsbericht „Wirtschaftlicher Strukturwandel, Globalisierung und Stadtentwicklung“, in: Reihe Wirtschaftspolitische Diskurse, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Band 95, Bonn 1997.



**ARBEITSBEREICH 5:  
FORTBILDUNG**

**AB5**





# ARBEITSBEREICH 5: FORTBILDUNG

# AB5

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl  
Dr. oec. Birgit Frischmuth  
Dr. phil. Paul von Kodolitsch  
Dr. rer. nat. Gerd Kühn  
Dipl.-Soz. Robert Sander

### Sekretariat

Eva Alber  
Rosa Hackenberg  
Ursula Kuhn (50 %)





# 1. Zur Situation des Arbeitsbereichs

Die Fortbildungsaktivitäten des Arbeitsbereichs waren 1997

- durch mehrere große Fachtagungen gekennzeichnet, die teilweise regional in mehreren großen Städten veranstaltet wurden,
- eine verstärkte inhaltliche Kooperation mit anderen Arbeitsbereichen mit positiven Effekten der Schaffung und Nutzung von Synergien sowie
- eine höhere Anzahl an Seminarwiederholungen aufgrund der starken Nachfrage bei bestimmten Themen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Seminartätigkeit waren zum einen Veranstaltungen zur Umsetzung und zu Konsequenzen der Verwaltungsmodernisierung, zum anderen waren es städtebauliche und stadtplanerische Themen wie neue Stadtentwicklungskonzepte, Innenstadt-, Bestandsentwicklung und interkommunale Gewerbeflächenplanung sowie kommunale Wirtschaftsförderung und Finanzen. Als neues Themenfeld wurde die „Kommunale Gesundheitspolitik“ in die Angebotspalette aufgenommen. Als besonders nachgefragt erwies sich das Thema „Kommunales Gebäudemanagement“. Das Difu wird aufgrund dieser Nachfrage – auch bei anderen Themen – vermehrt Wiederholungsveranstaltungen anbieten, um den Anforderungen vor allem der Zuwanderstädte gerecht zu werden, was im Einzelfall aber auch zu Lasten neuer Themen geht.

Das novellierte Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz (BauROG) waren Hintergrund und Anlaß für insgesamt sieben regional durchgeführte große Fachtagungen (1997: vier Veranstaltungen; Anfang 1998: drei Veranstaltungen), die zusammen mit dem Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht durchgeführt wurden oder werden. Hervorzuheben ist auch eine große Fachkonferenz in Kooperation mit der KGSt zum Thema „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“. Schließlich wurden auch im Jahr 1997 mehrere Seminare im Rahmen des Stadtökologie-Projekts des Arbeitsbereichs Umwelt veranstaltet. Wichtige Zusatzaufgabe im abgelaufenen Jahr war die Konzeption und Durchführung zweier Difu-interner Veranstaltungen zu Selbstverständnis und Zukunftsaufgaben des Difu („Tegel 2“).

Nicht nur die erhöhte Anzahl an Veranstaltungen, sondern vor allem auch die großen Berliner und externen Fachtagungen führten in Spitzenzeiten zu einer Überlastung des Organisationssekretariats. Bei weiterhin erhöhter Veranstaltungszahl wird dieses Niveau nicht gehalten werden können.

Besonders positiv hervorzuheben ist die umfassende organisatorische Unterstützung, die das Difu im Rahmen der Fachtagungen zum neuen Baurecht durch die Städte Karlsruhe, Leipzig, Nürnberg und Hamburg, den DST sowie den Arbeitsbereich Köln erhielt.

Die Projektarbeit als zweites Tätigkeitsfeld des Arbeitsbereichs war zumindest zeitweilig durch die vermehrte Seminartätigkeit beeinträchtigt. Dennoch sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsbereichs an Projekten anderer Arbeitsbereiche beteiligt bzw. mit eigenen Projekten befaßt und im Einzelfall auch kurzfristig aufgrund aktueller Beauftragung in Projekte eingestiegen. Hervorzuheben sind der Abschluß des drittmittelgeförderten Pro-

# AB5



zur Situation  
des Arbeits-  
bereichs

jekts „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“ (Oktober 1997) und die Neueinwerbung eines Projekts zur „Integration von Einkaufszentren“. Mit einem weiteren drittmittelgeförderten Projekt für die Stadt Dessau im Rahmen des ExWOST-Forschungsfeldes „Städte der Zukunft“ (ebenfalls in Kooperation) wird 1998 begonnen.

Schließlich: Im November 1997 hat es einen Koordinatorenwechsel im Arbeitsbereich Fortbildung gegeben; neuer Koordinator ist Robert Sander.



## 2. Fortbildungsaktivitäten

### 2.1 Berlin-Seminare

- Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt – Zur Motivation der Mitarbeiter in städtischen Verwaltungen (Wiederholung)  
27.–30.1.1997 (Frischmuth, von Kodolitsch).
- Bürgerengagement und Kulturpolitik – Neues Kulturverständnis oder Entlastung des Staates?  
17. und 18.2.1997 (Brühl, Göschel [AB 1]).
- Investieren über Sonderfinanzierungen?  
24.–26.2.1997 (Frischmuth, Reidenbach [AB 2]).
- Lokale Kriminalprävention – Projekte und Erfahrungen  
3.–6.3.1997 (von Kodolitsch, Frischmuth).
- Entwicklung der Innenstädte – Probleme und Handlungspotentiale (Wiederholung)  
17.–20.3.1997 (Kühn, Hollbach-Grömig [AB 2]).
- Bürgerengagement und Kulturpolitik (Wiederholung)  
14. und 15.4.1997 (Brühl, Göschel [AB 1]).
- Soziale Probleme und neue Planungskultur  
21.–24.4.1997 (Brühl).
- Grünflächenämter unter Reformdruck – zwischen Modernisierung und Privatisierung  
29. und 30.4.1997 (Frischmuth, Preisler-Holl [AB 1], von Kodolitsch).
- Interkommunale Gewerbegebiete – Planung, Entwicklung, Betrieb  
12.–14.5.1997 (Kühn).
- Grünflächenämter unter Reformdruck – zwischen Modernisierung und Privatisierung (Wiederholung)  
17. und 18.6.1997 (Frischmuth, Preisler-Holl [AB 1], von Kodolitsch).
- Der städtebauliche Bestand: Planungsstrategien und Umsetzungsinstrumente  
2.–5.6.1997 (Sander).
- Interne Service- und Beratungsbereiche – Zukunft der Querschnittsämter?  
11.–13.6.1997 (Frischmuth, von Kodolitsch, Grömig [DST]).
- Kommunale LuK-Politik  
24.–26.8.1997 (von Kodolitsch, Grabow [AB 2]).
- Interne Service- und Beratungsbereiche – Zukunft der Querschnittsämter? (Wiederholung)  
10.–12.9.1997 (Frischmuth, Grömig [DST]).
- Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung – Zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit  
22.–24.9.1997 (Kühn, Hollbach-Grömig [AB 2]).



- Der „schlanke Staat“ II – Zur Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen in Bund, Ländern und Gemeinden  
13.–15.10.1997 (von Kodolitsch).
- Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung – Zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit (Wiederholung)  
20.–22.10.1997 (Kühn, Hollbach-Grömig [AB 2]).
- Der Euro kommt: Was ändert sich für die Kommunen?  
10.–12.11.1997 (Frischmuth, Reidenbach [AB 2]).
- Neue Wege der Siedlungsentwicklung – Stadtentwicklungskonzeptionen in der Diskussion  
17.–20.11.1997 (Sander, Brühl).
- Ein Jahr Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – Konsequenzen und Perspektiven für die Kommunen  
24.–26.11.1997 (Kühn, Huter [DST]).
- Kommunales Gebäudemanagement – Konzepte und deren praktische Umsetzung  
1.–4.12.1997 (Frischmuth, Floeting [AB 2]).
- Kommunale Gesundheitspolitik – Gesundheitsförderung in der Stadt auf neuen Wegen  
8.–11.12.1997 (Brühl, Bretschneider [AB 7]).

## 2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Symposien

- Fachtagung „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ zum Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ)  
21.1.1997 in Berlin (Brühl, Mäding [IL]).
- Interkommunaler Erfahrungsaustausch Stadterneuerung und Sozialplanung (in Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt am Main)  
23.–25.4.1997 (Sander, Becker [AB 1]).
- Wassermanagement in großstädtischen Regionen  
5. und 6.5.1997 (Sander).
- Flächennutzungskonkurrenzen vor Ort – Flächenmanagement als kommunale und regionale Aufgabe  
27. und 28.5.1997 Hannover (Sander, Kommunalverband Großraum Hannover).
- Einführung in das novellierte Baugesetzbuch und das neugefaßte Raumordnungsgesetz  
15. und 16.9.1997 in Berlin, am 20. und 21.10.1997 in Köln, am 23. und 24.10.1997 in Karlsruhe, am 27. und 28.10.1997 in Leipzig (Bunzel [AB 1], Sander).
- Freizeitmobilität. Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten  
8. und 9.10.1997 (Kühn, Lehmbrock [AB 1]).
- Bürger – Politik – Verwaltungsreform. Gemeinsame Fachkonferenz des Difu und der KGSt  
20. und 21.11.1997 (Frischmuth, von Kodolitsch, Drescher [KGSt]).

# AB5



## 3. Entwicklung der Nachfrage

Auch 1997 bestand eine rege Nachfrage nach Difu-Veranstaltungen. Alle angebotenen Seminare, Fachtagungen und weiteren Veranstaltungen waren in der Regel ausgebucht; eine Reihe von Veranstaltungen mußte wiederholt werden. Erkennbar war aber eine Konzentration des Interesses auf solche Themen, die aktuellen Handlungsbedarf signalisieren (Beispiel: Verwaltungsmodernisierung). Andere eher grundsätzliche, aber nicht minder wichtige Themen (Beispiel „Nachhaltige Wasserwirtschaft“, aber auch neue IuK-Technologien) wurden weniger nachgefragt.

Der Arbeitsbereich hat im Jahr 1997 insgesamt (allein oder in Kooperation) 31 Veranstaltungen (Seminare, Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen) mit mehr als 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die gegenüber dem Vorjahr stark erhöhten Teilnehmerzahlen ergeben sich in erster Linie aus den fünf großen Fachtagungen und dokumentieren damit eine Sondersituation. Die insgesamt 22 „Berlin-Seminare“ (darunter sechs Wiederholungen) wurden von 876 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht, davon 633 aus Difu-Zuwanderstädten. Die Gesamtzahl der 876 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gliedert sich auf in 650 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalverwaltungen, 137 Ratsmitglieder sowie 90 „Sonstige“ (Bund, Länder, Wirtschaftsverbände, Planungsbüros usw.). In der Summe sind die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr relativ gering, wobei die Zahl der Ratsmitglieder aber deutlich zugenommen hat.

An den vier großen Fachtagungen zur Baurechtsnovelle im Jahr 1997 in Berlin und anderen Städten nahmen insgesamt 455 Interessenten teil; an der Fachkonferenz „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“ (zusammen mit der KGSt) 116. Die Fachkonferenz wird aufgrund der hohen Nachfrage im Frühjahr 1998 wiederholt.



## 4. Projektarbeit

### 4.1 Stand der Einführung der Budgetierung in Stadtverwaltungen

Im Rahmen des Projekts wurde 1995 eine Umfrage in den Städten ab 50 000 Einwohner zum Stand der Arbeit mit dem Verfahren durchgeführt. Zu den Ergebnissen erschien bereits im Januar 1996 die Aktuelle Information „Budgetierung in deutschen Städten – Stand der Einführung: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage“. Ausgehend von den Ergebnissen und einzelnen Fallbeispielen zur Anwendung des Verfahrens wurden im Dezember 1995, im Januar 1996 und im März 1996 jeweils dreitägige Seminare für Zuwanderstädte in Berlin angeboten, die alle ausgebucht waren. Die Schlußfolgerungen aus diesem Erfahrungsaustausch wurden als Projektzwischenbericht im Difu-Materialienband 2/96 „Budgetierung konkret – Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens“ veröffentlicht. Darauf aufbauend fanden im Mai und September 1996 viertägige Seminare unter der Überschrift „Effizienzsteigerung durch ein neues Rechnungswesen?“ statt. In der Fachzeitschrift „Der Gemeindehaushalt“ Nr. 11/96 erschien zum Projekt ein Aufsatz. Die Ergebnisse des Projekts wurden darüber hinaus in mehreren Vor-Ort-Veranstaltungen in Zuwanderstädten referiert (u.a. im Juli 1997 im Rahmen der Tagung der Amtsleiter der Stadt Frankfurt a.M.), im Verwaltungswissenschaftlichen Kolloquium an der Humboldt-Universität zu Berlin



(Juli 1997) sowie im DST-Arbeitskreis der Leiter von Großstadtkämmereien. Für den Januar 1998 ist eine erneute Befragung der Städte vorgesehen, deren Ergebnisauswertung in den Abschlußbericht für das Projekt aufgenommen wird (Frischmuth).

## 4.2 Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen

Der Entwurf für den Abschlußbericht zum Berliner ExWoSt-Modellprojekt wurde bereits Ende 1996 vorgelegt. Er wurde anschließend noch mit der Begleitforschung zum gesamten Forschungsfeld abgestimmt und in deren Abschlußbericht integriert. Die Ergebnisse sämtlicher sieben Modellprojekte wurden der Öffentlichkeit im Oktober 1997 in Bonn vorgestellt (von Kodolitsch/Brühl/Schuleri-Hartje [AB 1]).

## 4.3 Entwicklung von Empfehlungen zur Integration großer Einkaufszentren in städtische Zentren

Das Projekt wird im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW gemeinsam mit dem Dortmunder Büro Junker & Kruse Stadtforschung/Stadtplanung bearbeitet. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen aktuelle lokale Entwicklungsprozesse, nämlich die verstärkte Ansiedlung großer Einkaufszentren (sie umfassen in der Regel mindestens 20 000 Quadratmeter Verkaufsfläche), das Know-how der Investoren und die Professionalität der Betreiber beeinflussen die Stadtzentren beträchtlich. Wichtig ist deshalb mit Blick auf die Verantwortlichen in den Rathäusern der „richtige“ Umgang mit diesem sich ausweitenden Handlungsfeld.

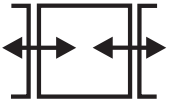
In einem ersten Arbeitsschritt wurden sämtliche bereits betriebenen Einkaufszentren sowie die geplanten, beziehungsweise im Bau befindlichen Projekte in nordrhein-westfälischen Innenstädten erfaßt und hauptsächlich nach Größe, Branchenmix, Besucherzahlen und Stellplatzangebot analysiert. In einem zweiten Schritt wurde eine Detailuntersuchung von je drei schon betriebenen bzw. geplanten Zentren vorgenommen. Weitere Auswahlkriterien waren dabei Stadt- und Centergröße, der Mikrostandort sowie die Vorgehensweisen der Beteiligten. Auf der Grundlage von Fachgesprächen mit städtischen Akteuren sowie Entwicklern und Betreibern, der Auswertung von Ratsvorlagen, Planentwürfen, Gutachten sowie von Ortsbesichtigungen sollen verallgemeinerbare Aussagen und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Dabei werden folgende Aspekte berücksichtigt:

- Einfügung eines Centers in städtische Strukturen und Zielvorstellungen,
- architektonische Qualität und Offenheit einer Einrichtung,
- Bewältigung des fließenden und ruhenden Verkehrs,
- Größe und Branchenmix eines Center – Auswirkungen auf die Einzelhandelsentwicklung,
- Vorgehensweisen bei der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Beteiligten.

Das im Mai 1997 begonnene Projekt soll Ende März 1998 abgeschlossen werden. Ein Zwischenbericht wurde Anfang Dezember 1997 vorgelegt (Kühn, Junker & Kruse, Stadtforschung/Stadtplanung [ext.]).

# AB5



## 5. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht
  - ▲ Planspiel zur Baurechtsnovelle (Löhr [IL], Bunzel [AB 1], Sander; Forschungsgruppe Stadt + Dorf, Prof. Dr. Rudolf Schäfer [ext.]).
  - ▲ Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung (Becker [AB 1], Sander, Strauss [AB 1], Jessen [ext.]).
  - ▲ Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ (Göschel [AB 1], Böhme [AB 1], Brühl, Meyer [AB 1], Mittag [AB 4], Schuleri-Hartje [AB 1]).
  - ▲ Städtebauförderung und Ressourcenbündelung (Becker [AB 1], Franke [AB 4], Löhr [IL], Sander, Strauss [AB 1]).
- Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen
  - ▲ Zukunft des Produktionsstandorts Potsdam, Gutachten im Auftrag der Stadt Potsdam (Henckel [AB 2], Grabow [AB 2], Kühn).
- Arbeitsbereich Umwelt
  - ▲ Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse im Auftrag des BMBF (Libbe [AB 3], Kühn, Sander).
- Arbeitsbereich Köln
  - ▲ Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen (Echter [AB 4], Brühl).



## 6. Andere Aktivitäten

- Tätigkeiten für den Betriebsrat (Frischmuth).
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Kosten- und Leistungsrechnung“ (Frischmuth).
- Referat „Übersicht über die Reformfortschritte in Deutschland: Beteiligung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen am Reformprozeß – Voraussetzungen, Formen, notwendige Bedingungen“ vor der Vereinigung Europäischer Mittelstädte am 6. Juni 1997 in Passau (Frischmuth).
- Referat „Budgetierung – Stand und Probleme der Arbeit mit dem Verfahren“ im Rahmen der Tagung der Amtsleiter der Stadt Frankfurt am Main, am 7. Juli 1997 (Frischmuth).
- Referat „Budgetierung – Stand und Probleme der Arbeit mit dem Verfahren“ bei dem Verwaltungswissenschaftlichen Kolloquium der Humboldt-Universität zu Berlin am 4. Juli 1997 (Frischmuth).
- Referat „Zukunft der Kämmerereien“ bei der Tagung der Leiter der Großstadtkämmerereien am 10. Oktober 1997 in Bonn (Frischmuth).
- Referat „Die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung. Herausforderungen durch das Neue Steuerungsmodell“ auf dem Workshop „Politisches Controlling im Neuen Steuerungsmodell“ der Verwaltungsakademie Westfalen am 20.2.1997 in Hagen (Wiederholung am 22.4.1997) (von Kodolitsch).
- Referat „Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland“ auf einer Informationsveranstaltung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Malmö in Malmö am 10.4.1997 (von Kodolitsch).





- Referat „Rechtliche Verpflichtungen zur Bürgerbeteiligung“ vor Mitgliedern der Junior Chamber von Osaka bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie am 14.4.1997 in Berlin (von Kodolitsch).
- Moderation der Klausur des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Kiel zur Politikreform Kiel am 24.4.1997 (von Kodolitsch gemeinsam mit Frischmuth).
- Referat „Das deutsche Kommunalwesen“ auf einer Informationstagung der Konrad-Adenauer-Stiftung für bosnische Politiker am 5.5.1997 in Berlin (von Kodolitsch, Kahmann [AB 3]).
- Referat „Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung“ vor dem 64. Referendarlehrgang des IfS am 15.5.1997 in Berlin (von Kodolitsch).
- Mitarbeit in der Difu-internen Arbeitsgruppe „Produktbildung im Difu“ (von Kodolitsch).
- Einführungsreferat auf der Informations- und Diskussionsveranstaltung der Wählerinitiative „Unabhängige Bürger Zehlendorf“ zur Zusammenlegung von Bezirken am 27.5.1997 in Berlin (von Kodolitsch).
- Referat „Verwaltungsmodernisierung in Großstädten – zwischen Leistungsverbesserung und Haushaltskonsolidierung“ im Rahmen des Verwaltungswissenschaftlichen Kolloquiums an der Humboldt-Universität zu Berlin am 4.7.1997 (von Kodolitsch).
- Referat „Leistungsvergleiche in der öffentlichen Verwaltung“ vor dem Arbeitskreis der IHK-Berlin „Mehr Wirtschaftlichkeit im Verwaltungshandeln“ am 4.12.1997 (von Kodolitsch).
- Referat „Wirtschaftsentwicklung und Flächenbedarf“ im Rahmen der dritten Sitzung des Beirats „Nachhaltige Stadtentwicklung und Flächennutzungsplanung“ der Stadt Solingen am 28.5.1997 (Kühn).
- Referat „Globalisierung – Perspektiven für Netzwerke der Wirtschaftsförderung“ im Rahmen der Tagung der Wirtschaftsförderer, ausgerichtet von der WISA-Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Land Sachsen-Anhalt mbH am 17.6.1997 in Magdeburg (Kühn).
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Stirbt die Stadt, wenn die Wiese blüht? Großflächiger Einzelhandel pro und contra“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 6.11.1997 in Fulda (Kühn).
- Leitung der Difu-Arbeitsgruppe „Mittelfristiges Arbeitsprogramm“ (Sander).
- Moderation eines Experten-Workshops zur Eingriffs- und Ausgleichsregelung nach dem BNatSchG im Rahmen des Modellvorhabens Bremer Industriepark für die Hansestadt Bremen am 28.9.1997 (Sander).
- Kurzreferat und Diskussion „Aktuelle Fragen der Stadtentwicklung in Berlin“ vor Stadtplanern aus NRW im Rahmen eines Berlin-Besuchs am 5.9.1997 (Sander, Göschel [AB 1]).
- Beitrag „Neuregelung des Bauleitplanverfahrens“ im Rahmen der Difu-Fachtagungen zur Baurechtsnovelle am 15. und 16.9.1997 in Berlin, am 20. und 21.10.1997 in Köln, am 23. und 24.10.1997 in Karlsruhe und am 27. und 28.10.1997 in Leipzig (Sander).



## 7. Veröffentlichungen

### 7.1 Difu-Publikationen

#### Materialien

- 3/97  
Günter Baasner (ext.), Heidede Becker, Robert Sander, Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin, Berlin 1997.
- 4/97  
Busso Grabow, Dietrich Henckel, Gerd Kühn, Städte ohne Produktion? Das Fallbeispiel Potsdam, Berlin 1997.

#### Forum Stadtökologie

- Robert Sander (Hrsg.), Flächensteuerung in Großstadtreionen – Ansätze für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, in: Seminar-Dokumentation Nr.3 „Forum Stadtökologie“.
- Robert Sander, Flächenmanagement in großstädtischen Regionen – Neue Diskussionen über alte Probleme, in: „Forum Stadtökologie“, 1997, H. 1, S. 3-6.

#### Profildienste

- Wohnungspolitik, Lieferung 17, Juli 1997 (Brühl).

### 7.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Hasso Brühl, Dokumentation (Mitarbeit) des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“.
- Birgit Frischmuth, Budgetierung als Basis eines modernen Haushaltsmanagement-Systems, in: Verwaltungsreform, Grundlagen, Konzepte, Praxisberichte, Perspektiven, Dögro Partner, Remshalden 1997, S. 51-63.
- Paul von Kodolitsch, Die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung, Herausforderungen durch das Neue Steuerungsmodell, in: Projektleitstelle Verwaltungsreformmodell Kiel (Hrsg.), Zum neuen Verhältnis von Stadtpolitik und Stadtverwaltung. Dokumentation der Vortragsveranstaltung für Mitglieder der Ratsversammlung am 6. September 1996 im Kieler Rathaus, Kiel 1996, S. 19-25.
- Paul von Kodolitsch, Grenzen kommunaler Kriminalprävention, in: Helmut Kury (Hrsg.), Konzepte kommunaler Kriminalprävention, Freiburg 1997, S. 675 ff. (Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. 59), S. 675-688.
- Gerd Kühn, Rolf Junker, Einkaufszentren in den Innenstädten. Chancen-Risiken-Handlungserfordernisse, in: Der Städtetag, 1997, H. 11, S. 736-740.

**ARBEITSBEREICH 6:  
VERÖFFENTLICHUNGEN**

**AB6**



# ARBEITSBEREICH 6: VERÖFFENTLICHUNGEN

# AB6

## Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens

### Sachbearbeitung

Erika Huber  
Isabell Stade  
Waltraud Holtorf (10%)

### Sekretariat

Gisela Koßmann

### Vertrieb

Dagmar Dietrich (60%)  
Gerda-Luise Elbin (40%)





## 1. Entwicklung der Nachfrage

1997 lagen die Gesamteinnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen rund 15 000 DM unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dieser Rückgang kommt fast ausschließlich durch die Verringerung der Erträge, die durch den Verkauf von Difu-Veröffentlichungen im Kohlhammer-Verlag eingenommen werden, zustande. Die Gesamteinnahmen betragen 1997 214 665 DM, dazu kam die Erlösbeteiligung aus der Schriftenreihe von 29 280 DM.

Trotz dieses Einnahmerückgangs gegenüber 1996 erhöhte sich – wie die Tabelle erkennen läßt – noch einmal die Zahl der verkauften und der Freixemplare aus der institutseigenen Produktion. Die Tabelle zeigt außerdem, daß der Anteil der Freixemplare an der insgesamt abgesetzten Menge zunimmt – hier setzt sich ein Trend nach oben fort, der seit vielen Jahren zu beobachten ist. Die Nachfrigesteigerung im Freixemplarbereich von etwa 65 auf 68 Prozent des gesamten Absatzes in einem Jahr läßt sich als Signal für das anhaltende Interesse unserer Zuwender interpretieren. Gegen Rechnung wurden 130 Exemplare mehr als 1996 abgegeben, damit wurde das Vorjahresniveau gut gehalten. Immerhin läßt sich auch in diesem Jahr das Fazit des Vorjahres wiederholen: Die Entwicklung kann als Hinweis auf Nachfrigestabilität auch bei deutlich unterschiedlichen Schwerpunkten in der Veröffentlichungstätigkeit gewertet werden.

Absatz von Publikationsexemplaren aus dem Eigenverlag im Vergleich (1995-1997)						
	1995		1996		1997	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<b>Freixemplare</b>	8 865	61	9 334	65	10 720	68
<b>gegen Rechnung</b>	5 625	39	5 029	35	5 159	32
<b>Insgesamt</b>	14 490	100	14 363	100	15 879	100

Die Verteilung der 97er-Produktion auf die verschiedenen Difu-Reihen und sonstigen Produktformen, wie zum Beispiel „Aktuelle Information“ und Informationsdienst „Forum Stadtökologie“, weicht von der der Vorjahre ab: 1997 insgesamt sind 34 Titel erschienen (1996: ebenfalls 34 Titel); sie können der nachfolgenden Auflistung entnommen werden.



## 2. Veröffentlichungen 1997

<u>Titel/Ersch.-Monat</u>	<u>Autor(en)/Hrsg.</u>	<u>Auflage</u>	<u>Seitenzahl</u>
<b>Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik</b>			
Bd. 90 Entscheidungsfelder städtischer Zukunft Juli 1997	Henckel u.a.	1000 Ex.	355
<b>Materialien</b>			
1/97 Planspiel „BauGB-Novelle 1997.“ Ergebnisse des Praxistests und Text des Regierungsentwurfs Februar 1997	Bunzel/Lau (ext.)/ Löhr/Schäfer (ext.)	1000 Ex.	336
2/97 Verkehr im Quartier – Wege einer stadtverträglichen Verkehrs- und Freiraumentwicklung im Bestand. Das Beispiel Prenzlauer Berg Juli 1997	Lehmbrock/ Schneewolf (ext.)	400 Ex.	191
3/97 Entwicklung neuer Funktions- mischung in Berlin Mai 1997	Baasner (ext.),Becker/ Sander	500 Ex.	140
4/97 Städte ohne Produktion? – Das Fallbeispiel Potsdam Juni 1997	Grabow/Henckel/Kühn	400 Ex.	112
5/97 Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung. Eine Metho- denanalyse von Praxisbeispielen August 1997	Bretschneider (Bearb.)	400 Ex.	144
6/97 EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden: Ergebnisse einer Difu-Umfrage Dezember 1997	Franke/Heinz	400 Ex.	82
7/97 Stadtprobleme 1997 aus Bürger- und Verwaltungssicht – Ergebnisse der kommunalen Umfrageforschung und der Difu-Befragung beim Panel der Stadtentwickler Dezember 1997	Bretschneider (Bearb.)	400 Ex.	106





<b>Titel/Ersch.-Monat</b>	<b>Autor(en)/Hrsg.</b>	<b>Auflage</b>	<b>Seitenzahl</b>
<b>Umweltberatung für Kommunen (UfK)</b>			
Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzkonzepte Februar 1997	Fischer/Kallen (Hrsg.)	2 020 Ex.	665
Bodenschutz. Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur Oktober 1997	Edelmann (ext.)/ Heiß (ext.)/ Preuß/ Rösler/Roth (ext.)	500 Ex.	135
Entlastung des Kommunalhaushalts durch Energiesparen. Dokumentation des 2. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten November 1997	Fischer/Kallen (Hrsg.)	600 Ex.	166
Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21 – Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs November 1997	Rösler	400 Ex.	109
<b>Aktuelle Information</b>			
Facility Management. Zum Stand der Modernisierung von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudewirtschaft in den deutschen Städten – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage Juli 1997	Floeting/ Barthelme (ext.)	1 500 Ex.	12
Städte im Netz. Elektronische Bürger-, Stadt- und Wirtschafts- informationssysteme der Kommunen – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage Oktober 1997	Floeting/Gaevert	1 400 Ex.	16
Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen Dezember 1997	Mädling	2 000 Ex.	12



Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seitenzahl
<b>Forum Stadtökologie</b>			
<b>Seminardokumentationen</b>			
Bd. 2 Die sparsame Stadt: Least-Cost Planning im Verkehr Juni 1997	Libbe (Hrsg.)	500 Ex.	127
Bd. 3 Flächensteuerung in Großstadtreionen – Ansätze für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung Dezember 1997	Sander (Hrsg.)	300 Ex.	157
Bd. 4 Wassermanagement in groß- städtischen Regionen Dezember 1997	Sander (Hrsg.)	500 Ex.	150
<b>Infoletter</b>			
4 Ausgaben	Libbe (Hrsg.)	13 000 Ex.	8 (jew.)
<b>Occasional Papers</b>			
Local Climate Protection Policy in the Federal Republic of Germany	Mäding/Kallen	100 Ex.	22
Fields for Decision-Making on the Future of the City	Henckel	100 Ex.	13
Growing Discrepancies in Current German Urban Development	Heinz	100 Ex.	16
<b>Difu-Veröffentlichungen außerhalb der eigenen Reihen</b>			
Dokumentation des Bundeswettbe- werbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ im Auftrag des Bundes- ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend September 1997	Göschel/Böhme/ Brühl/Czech (ext.)/ Fahning (ext.)/Meyer/ Mittag/Schuleri-Hartje	1000 Ex.	221
Elektronische Stadt- und Wirt- schaftsinformationssysteme in den deutschen Städten Dezember 1997	Floeting/Gaevert (als hektograph. Manuskript vorliegend)	162	



Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seitenzahl
<b>Dokumentationen</b>			
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung (Herstellung AB 7)	Bretschneider/ Fuchs (Bearb.)		164
Heft 1, Juni 1997		588 Ex.	
Heft 2, November 1997		596 Ex.	
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen August 1997	Rarisch (Bearb.)	557 Ex.	164

## 2.1 Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK)

Nach der Absatzstatistik hatte das AfK im Dezember 1997 531 zahlende Bezieher; zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 597. Dazu kommen rund 100 Freiabonnements. Themen der beiden Halbjahresbände 1997 sind folgende:

### *Band I*

- Perspektiven der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland
- Dresden und Leipzig – Divergierende oder konvergierende Stadtentwicklungen?
- Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen in Ostdeutschland – Auswirkungen auf die Innenstädte und Maßnahmen der Gegensteuerung
- Ansätze interkommunaler Kooperation: Frankfurt und die Rhein-Main-Region
- Städtenetze – ein neuer Ansatz interkommunaler Kooperation

### *Band II*

- Finanzprobleme der Gemeinden in den neuen Ländern
- Der kommunale Finanzausgleich – Argumente für eine Reform
- Gebührenkalkulation auf der Basis volkswirtschaftlicher Kosten? Anwendungsprobleme und Lösungsansätze
- Die Baugesetzbuch-Novelle auf dem kommunalen Prüfstand
- Die Produktion von Erlebnis, Vergnügen und Träumen. Freizeitgroßanlagen als wachsendes Planungsproblem
- „Lean“ oder „Fat“? Die Entwicklung der Sozialverwaltung im Städtevergleich

## 2.2 Informationen zur modernen Stadtgeschichte

Die Zahl der Abonnenten betrug zum Jahresende 1997 730 (im Vorjahr 764), davon waren 425 Abonnements gegen Rechnung (im Vorjahr 458).

Die Titel der beiden Hefte lauten:

- Stadt und Verkehr (1/97)
- Stadt und Umland (2/97)



## 3. Veröffentlichungen in Vorbereitung

Über die genannten Titel hinaus waren weitere für eine Veröffentlichung im Jahresprogramm 1997 vorgesehen; sie erscheinen wegen veränderter Arbeitsplanungen im Laufe des Jahres 1998. Nachfolgend werden Veröffentlichungen aufgeführt, die derzeit in Vorbereitung oder in Herstellung sind.

Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seitenzahl
<b>Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik (herausgegeben im Kohlhammer-Verlag)</b>			
Bd. 47 Die Gemeindeordnungen und die Kreisordnungen in der Bundesrepublik Deutschland 23. Lfg., 1996, erscheint 1998	Schmidt-Eichstaedt(ext.)/ Stade/Borchmann (ext.)		
Bd. 88 Stadtbaukultur – Verständigungsprozesse zur Gestaltung der Stadt.	Becker		
<b>Difu-Beiträge zur Stadtforschung</b>			
Bd. 24 Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich	Apel/Lehmbrock/ Pharao (ext.)/ Thiemann-Linden (ext.)	1 000 Ex.	491
Bd. 25 Stadtmarketing	Grabow/Hollbach-Grömig		
Bd. 26 Wirtschaftsverkehr, Stadtverkehr und politische Regulierung	Hesse (ext.)		
<b>Difu-Arbeitshilfen</b>			
Novelliertes Städtebaurecht (Arbeitstitel)	Bunzel		
Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes 2. überarbeitete Auflage	Taft (ext.)/Bunzel Wallraven-Lindl (ext.)		

<u>Titel/Ersch.-Monat</u>	<u>Autor(en)/Hrsg.</u>	<u>Auflage</u>	<u>Seitenzahl</u>
---------------------------	------------------------	----------------	-------------------



Veröffentlichungen  
in Vorbereitung

## Aktuelle Information

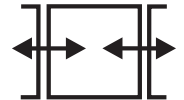
Kommunales Handlungsfeld „JuK und neue Medien“	Grabow/Riedmann (ext.)
---	------------------------

## Umweltberatung für Kommunen (UfK)

Klimaschutz als lokale Gemein- schaftsaufgabe	Fischer/Kallen
--	----------------

Kommunales Energiemanagement	Kallen
------------------------------	--------

## 4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen



- Arbeitsbereich 1: Redaktionelle Betreuung des Wettbewerbs  
„Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“.
- Arbeitsbereich 3: Redaktionelle Betreuung des Projekts „Stadtökologie“.



**ARBEITSBEREICH 7:  
INFORMATION UND DOKUMENTATION**

**AB7**





# ARBEITSBEREICH 7: INFORMATION UND DOKUMENTATION

# AB7

## Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



### Wissenschaftliche Mitarbeit

Dr.-Ing., Dipl.-Volksw. Michael Bretschneider  
Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth (63 %)  
Susanne Plagemann, M.A.

### Sachbearbeitung

Renate Christian  
Christel Fuchs (70 %)  
Norbert Gietzen (50 %)  
Christine Grabarse (75 %)  
Rita Gräber  
Peter Gröning (seit dem 1.8.97, 75 %)  
Waltraud Holtorf (80 %)  
Rita Rabe  
Klaus M. Rarisch  
Jörg Schumacher  
Christiane Walter

### Sekretariat

Gerda-Luise Elbin (60 %)

### Studentische Hilfskräfte

Uwe Fricke  
Martin Kuhn

### Praktika

Peter Belli  
Antje Fährmann



# 1. Zur Situation des Arbeitsbereichs



Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt war im Jahr 1997 die organisatorische und technische Umstrukturierung der Difu-Literaturdatenbank ORLIS. Der Wegfall eines Literaturdatenanzulieferers (1996) wurde durch die Verstärkung und den Neuaufbau von Kooperationen sowie durch einen verstärkten Difu-eigenen Input kompensiert. Insbesondere der Input von Zeitschriftenaufsätzen wurde neu strukturiert und wird nun vom Difu geleistet, DV-technische Ressourcen wurden unterstützend eingesetzt. So wurde die ORLIS-Datenbank quantitativ und qualitativ aufgewertet.

Darüber hinaus wurden 1997 die Internet-Aktivitäten des Arbeitsbereichs ausgeweitet, so daß nun ein umfassendes Informationssystem des Difu im World Wide Web bereitsteht.

Ebenso ist die Datenbank DEMOS – in der kommunale Umfragen gespeichert sind – stark angewachsen. Der Jahresinput an Umfragenbeschreibungen erreichte mit über 100 Neuaufnahmen einen Jahreshöchststand. Auf der Grundlage von mittlerweile annähernd 1 200 Umfragenbeschreibungen wurden die Möglichkeiten zur Umfragenanalyse durch die Datenbank DEMOS ausgebaut.

## 2. Datenbankproduktion und -betrieb



### 2.1 Literaturdatenbank ORLIS

Die Datenbank umfaßte am 31.12.1997 einen Bestand von 196 272 Literaturnachweisen. Der Zuwachs betrug im Jahr 1997 9 792 neue Literaturnachweise:

- 7 296 durch Difu-eigene Erstellung inklusive der inhaltlichen Nachbereitung von Bibliotheksdaten des DST (2 396) und des IfL (31),
- 1 848 durch direkte Übernahme und Bearbeitung von Daten der BfLR,
- 340 durch direkte Übernahme von IRB-Daten, (letztmalig),
- 308 durch direkte Übernahme von Daten der Bibliothek des IfL.

Der Wegfall von IRB-Zulieferungen in der Größenordnung von etwa 3 500 Dokumentations-einheiten/Jahr wurde durch erhöhten Eigeninput ausgeglichen. Dies war durch die konsequente Ausnutzung DV-technischer Rationalisierungsmöglichkeiten möglich sowie durch verstärkte Kooperation mit den Bibliotheken des DST und des IfL. Die Neuerwerbungsdaten dieser beiden Institutionen werden als elektronische Daten vom Difu übernommen und für ORLIS-Spezifikationen aufbereitet. Der Input von Zeitschriftenaufsätzen wurde komplett neu aufgebaut. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die inhaltliche Ausrichtung überprüft und eine neue Zeitschriftenauswahl erstellt, die noch stärker als bisher am kommunalen Bedarf orientiert ist. Über den Arbeitsbereich hinaus haben auch Difu-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter einen Beitrag zum Input geliefert, indem sie seit Herbst 1997 ausgewählte Zeitschriften für ORLIS dokumentierten. Diese Zuarbeit wird online über das Difu-Intranet abgewickelt. Durch das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen ist es gelungen, im Difu etwa 2 500 Literaturnachweise mehr als in den vergangenen Jahren für die

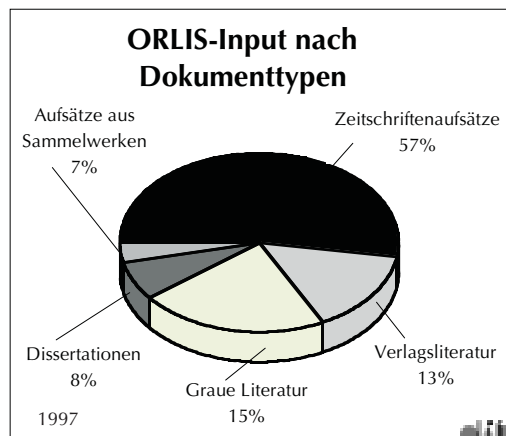
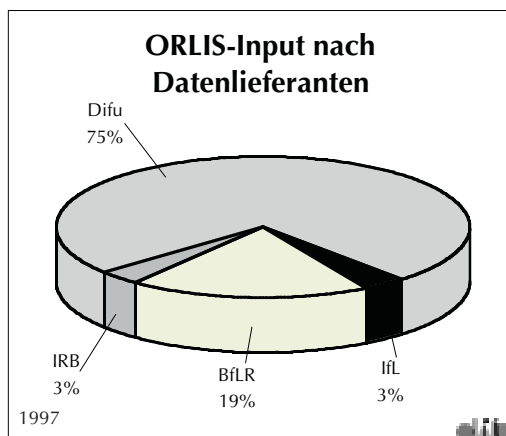
# AB7



Datenbank-  
produktion  
und -betrieb

Datenbank aufzubereiten, so daß ORLIS in gewohntem Umfang wuchs, gleichzeitig aber eine stärkere Ausrichtung auf kommunale Themen erreicht werden konnte. Die Zäsur konnte somit positiv bewältigt werden.

(Plagemann, Christian, Fuchs, Gräber, Holtorf, Kunert-Schroth, Rabe, Rarisch, Schumacher, Walter)



## 2.2 Umfragedatenbank DEMOS

Die DEMOS-Datenbank enthielt zum Jahresende 1997 standardisierte Beschreibungen von 1 182 kommunalen Umfragen. Der Jahreszugang erreichte mit 107 Neuaufnahmen einen neuen Höchststand.

DEMOS ist ein Fachinformationsinstrument für den statistischen kommunalen Informationsbedarf, der sich auf die Planung neuer Umfragen und die Nutzung vorhandener Befragungsergebnisse bezieht. Im Jahr 1997 wurde hierzu die Kooperation mit dem Fachbereich „Kommunale Umfragen“ des VDst weiter ausgebaut.

Thematisch wurde der Neuzugang von Umfragenbeschreibungen auf Zusammenhänge zwischen Verwaltungsmodernisierung und Umfrageforschung konzentriert. Hier stand zunächst die Mitarbeiterbefragung in Kommunalverwaltungen im Vordergrund, mittlerweile wurde mit der Aufbereitung von Kunden- und Nutzerbefragungen begonnen. Hierzu wurden Kooperationen mit der KGSt, vor allem aber der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vereinbart.

Als Auskunftsinstrument wurde DEMOS zur Bearbeitung von 110 individuellen Recherchen eingesetzt. Häufig stand die Inanspruchnahme der Datenbank im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Umfragen durch die Städte. Diese konnten dabei durch methodische Beratungen unterstützt werden, wobei die Möglichkeit der Überlassung von Fragebogenbeispielen von besonderem Interesse war.

Darüber hinaus wurde die DEMOS-Datenbank genutzt, um für Difu-Seminare Sammlungen von Befragungsbeispielen anzubieten („Mitarbeiterbefragungen“, „Kundenbefragungen“). Diese dienen auch als „Zwischenprodukte“ zur Vorbereitung von Difu-Veröffentlichungen.

DEMOS wurde auch intensiv als Analyseinstrument zur Untersuchung von methodischen und organisatorischen Eigenschaften kommunaler Umfragen genutzt. Von besonderem Interesse ist die Untersuchung der Beteiligungsbereitschaft an Umfragen, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Hierzu wurden Orientierungswerte erarbeitet, die in Vorträgen und Veröffentlichungen vorgestellt worden sind (Bretschneider, Schumacher).



*Datenbank-  
produktion  
und -betrieb*

## 3. Informationsdienstleistungen und -produkte



### 3.1 Difu-Internet-System

Das Angebot des Difu im World Wide Web besteht seit Sommer 1996. Quantitativ wurde es von rund 180 WWW-Seiten Anfang 1997 auf über 1 100 Seiten am Jahresende ausgebaut. Wichtige Ergänzungen im Jahr 1997 waren:

- Darstellung des TAT-Orte-Projekts,
- Begleitung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ durch eine Datenbank der Wettbewerbsteilnehmer mit Kurzfassungen der Beiträge,
- Einrichtung eines nur intern nutzbaren „Intranets“ mit Online-Recherchemöglichkeit in ORLIS,
- Einrichtung einer „Suchmaschine“ für die Volltextrecherche in den Difu-Seiten,
- Einrichtung eines Archivs mit Download-Möglichkeit von frei zugänglichen Dokumenten (wie Difu-Berichte, Veröffentlichungsverzeichnis, u.a.),
- Ausweitung der Link-Sammlung „WWW-Angebote für Kommunen“,
- Verbesserungen in der Gestaltung sowie Ausbau der Themen im „Forum Stadtökologie“.

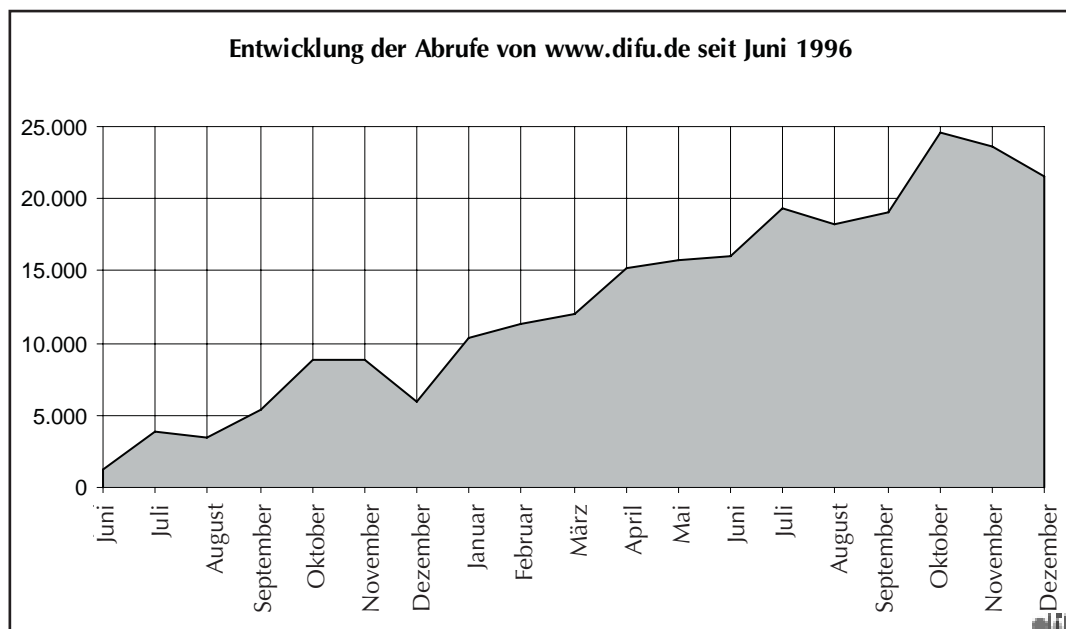
Das WWW-System des Difu hat mittlerweile in der fachlich interessierten Öffentlichkeit einen guten Bekanntheitsgrad erreicht:

- Mehr als 200 WWW-Seiten anderer Anbieter verweisen durch einen „Link“ auf Difu-Seiten.
- Die Zahl der regelmäßigen Nutzer deutet auf ein dauerhaftes Interesse.
- Reaktionen, die den Arbeitsbereich erreichen, sind durchweg positiv, geben aber auch wichtige Hinweise für den weiteren Ausbau des Systems.
- Die Nutzungshäufigkeit steigerte sich auch 1997: von rund 10 000 Seiten im Januar auf über 20 000 Seiten bis zum Jahresende.

# AB7



Informations-  
dienstleistungen  
und -produkte



Besonders nachgefragt waren neben der Homepage vor allem die Linksammlung, die elektronische Version der Difu-Berichte, die Forschungsinformationen, das Veröffentlichungsverzeichnis und das „Online Forum Stadtökologie“. Für die Rubriken im Difu-WWW gibt folgende Übersicht den Stand der Nutzung und die Zahl der WWW-Seiten wieder:

Programmbereich	DIFU-Abrufe			WWW-Seiten
	6-12/1996	1997	Insgesamt	31.12.1997
Homepages mit zugeordneten Seiten	6 341	28 274	34 615	18
Intro, Impressum, Organigramm	2 035	6 888	8 923	56
Forschung	2 779	9 194	11 973	90
Seminare	941	5 661	6 602	60
Fachinformationsdienste	2 384	7 746	10 130	16
Publikationen	3 152	18 658	21 810	18
Difu-Berichte	1 195	11 614	12 809	103
Presse	788	4 506	5 294	33
WWW-Links	433	11 576	12 009	13
WWW-Suche (neu ab 1/97)	0	3 401	3 401	1
Archiv (neu ab 4/97)	0	5 223	5 223	13
Zuwenderliste	952	2 457	3 409	1
Forum Stadtökologie	8 352	30 663	39 015	176
TAT-Orte (neu ab 4/97)	0	3 107	3 107	103
Kinder- und familienfreundliche Gemeinden	308	6 930	7 238	352
sonstige, nicht zugeordnete Seiten, Benutzerführung etc.	7 121	56 511	63 632	120
Externe Abrufe insgesamt	37 559	206 979	244 538	1 173

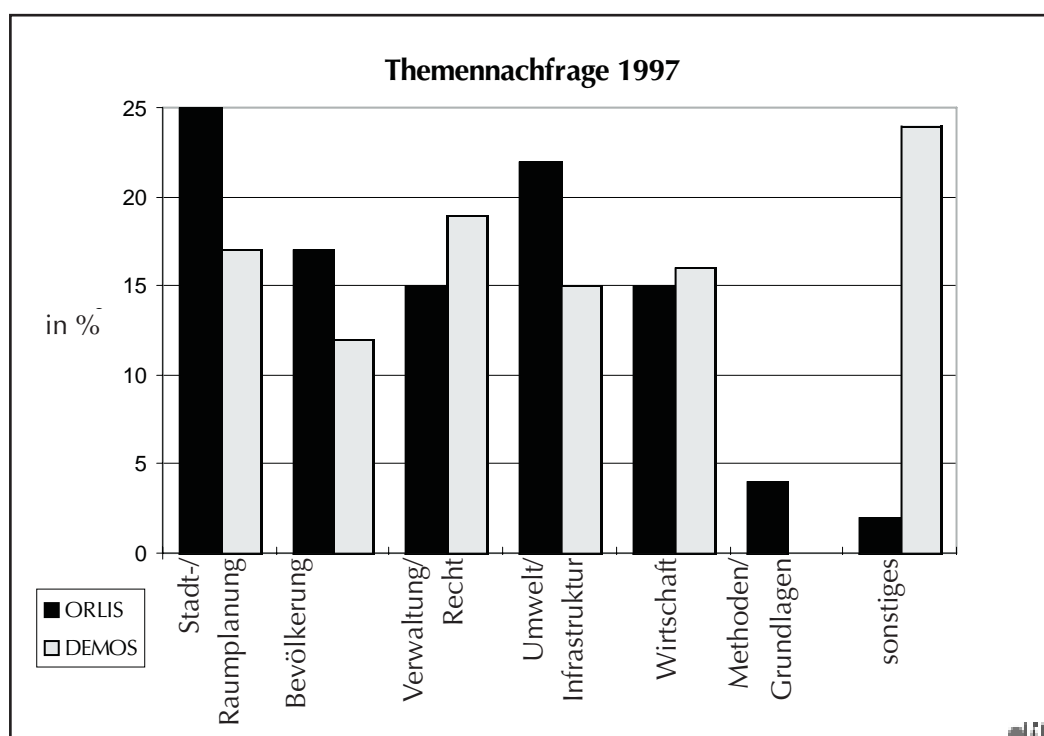


Neben dem Difu werden auch der VfK, DST, RGRE und KommOn (Homepage kommunaler Organisationen) als sogenannte „Domains“ vom Arbeitsbereich technisch und administrativ betreut (Plagemann, Schumacher, Kuhn, Fricke).

### 3.2 Datenbankrecherchen

1997 wurden 376 Anfragen für Individualrecherchen bearbeitet, 317 Anfragen richteten sich an die ORLIS- und 110 an die DEMOS-Datenbank. Die beigelegten Erfolgskontrollkarten wurden von fünf Prozent der Anfrager zurückgesandt, die Durchschnittsbewertung lag bei 1,7 (Skala zwischen 1 bis 5).

Thematisch sind die durchgeführten Recherchen folgenden Themenblöcken zuzuordnen:



Wie auch in den vergangenen Jahren wurde das Themenfeld „Stadt- und Raumplanung“ der ORLIS-Literaturdatenbank am häufigsten nachgefragt (25 Prozent aller ORLIS-Anfragen), und zwar insbesondere im Themensegment „Stadtplanung, Raumplanung“ (18 Prozent aller Anfragen). An zweiter Stelle stand das Themenfeld „Umwelt und Infrastruktur“ (mit 22 Prozent aller ORLIS-Anfragen).

Die Anfragen an die Umfragedatenbank DEMOS zeigen zwei Schwerpunkte: der eine liegt bei den „raumbezogenen Anfragen“ vom Typ: „Alles zu Stadt XY“ (24 Prozent). Der zweite Schwerpunkt liegt ganz deutlich bei den Mitarbeiterbefragungen der Verwaltungen im Themenfeld „Recht und Verwaltung“ (19 Prozent). Vergleicht man die relativen Ausprägungen der Anfragen nach Themenfeldern in beiden Datenbanken, findet man deutliche thematische Unterschiede, obwohl es auch Doppelanfragen an beide Datenbanken gibt. Für die DEMOS-Datenbank wurde aber gerade in den letzten zwei Jahren ein ganz eigenes Profil entwickelt – gerade zum Thema „Verwaltungsreform“ –, was sich auch in der Anfragenstruktur widerspiegelt.

# AB7



Informations-  
dienstleistungen  
und -produkte

50 Prozent der Anfragen kamen aus den Zuwerderstädten des Difu, 13 Prozent von Difu-Mitarbeitern und 36 Prozent von sonstigen Nutzern. Damit ist die Gesamtnachfrage bei den Einzelrecherchen gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent zurückgegangen. Hierfür sind mehrere Gründe ausschlaggebend:

- Die Abnahme der internen Rechercheaufträge durch Difu-Mitarbeiter ist bedingt durch die Möglichkeit, direkt in ORLIS zu recherchieren, durch Nutzung der CD-ROM URBADISC oder durch die 1997 geschaffene Möglichkeit der Online-Recherche via Intranet.
- Der Rückgang bei den sonstigen Nutzern, die vorwiegend aus dem universitären Bereich kommen, kann auf die URBADISC-Abonnements von Hochschulbibliotheken zurückgeführt werden, die den Mitarbeitern und Studenten eine kostenlose Recherche in unbegrenztem Umfang ermöglichen.
- Auch unter den Mitgliedstädten wird ORLIS zunehmend „vor Ort“ genutzt. Sei es durch URBADISC (inzwischen von 13 Zuwerderstädten eingesetzt) oder durch die Datenbankprofile zu einzelnen Themenfeldern. Dennoch sollen gerade die Zuwerderstädte Individualrecherchen als kostenloses und bedarfsnahes Angebot des Difu nutzen können, während externe Interessenten durch angemessene Gebühren für die aufwendigen Recherchen eher zu den Produkten CD-ROM und Datenbankprofile gelenkt werden sollen.

(Kunert-Schroth, Bretschneider, Christian, Plagemann)

### 3.3 ORLIS-Datenbankprofile

Die ORLIS-Datenbankprofile informieren quartalsweise über die Neuzugänge der Literaturdatenbank ORLIS zu einzelnen Sachgebieten. Sie sollen den Nutzer kontinuierlich informieren und sind als Ergänzung zu den Datenbankrecherchen, welche den individuellen Ad-hoc-Bedarf abdecken, anzusehen.

1997 bezogen rund 170 Nutzer – überwiegend aus den Difu-Zuwerderstädten – insgesamt 655 Abonnements. Die Lieferung der Informationen per Disketten wird von den Abonnenten bevorzugt.

Folgende Themen werden zur Zeit angeboten (in Klammern: Anzahl der Abonnements):

- Finanzen und Verwaltung (86)
- Stadtplanung/Stadtentwicklung (119)
- Umwelt (122)
- Wirtschaft (91)
- Wohnen (94)
- Verkehr (110).

(Plagemann, Gräber, Schumacher)

### 3.4 CD-ROM „URBADISC“

URBADISC hat sich nach zwei Jahren am deutschen CD-ROM behaupten können, wenngleich sie als hochpreisiges Spezialprodukt nur für einen eingeschränkten Nutzerkreis in Frage kommt. Die Zahl der Abonnements (36) hat leicht zugenommen, 13 Abonnements entfallen auf Difu-Zuwerderstädte.





URBADISC im Überblick		
Land	Produzent	Datenbank
Deutschland	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	ORLIS
Großbritannien	London Research Centre (LRC)	URBALINE / ACOMPLINE
Frankreich	Ministère de l'Aménagement, du Territoire, de l'Équipement et des Transports (MATET)	URBAMET
	Institut de l'Aménagement, et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France (IAURIF)	Genie Urbain
Spanien	Centro de Información y Documentación Científica (CINDOC)	URBATERR
Italien	Archinet (Zusammenschluß von Universitätsinstituten der Fachgebiete Architektur und Stadtplanung)	Docet, Bibliodata, Art-Press, Archivo Masieri
<b>Gesamtzahl der Literaturnachweise auf URBADISC:</b>		<b>ca. 650 000</b>

URBADISC wird vorwiegend von Bibliotheken an Universitäten oder Forschungseinrichtungen eingesetzt, die auf diese Art ihren Nutzern einen kostenfreien und komfortablen Zugriff auf die Datenbanken ermöglichen. Jährlich erscheinen zwei Updates. (Plagemann, Gräber, Schumacher)

### 3.5 Profildienste

Zu den exklusiv für Difu-Zuwenderstädte erarbeiteten Profildienst-Reihen wurden acht Profildienste in insgesamt rund 2 150 Exemplaren zu folgenden Themen erstellt:

- Alte Menschen (1 Lfg., 170 Ex.)
- Ausländer (1 Lfg., 230 Ex.)
- Jugendhilfe (1 Lfg., 240 Ex.)
- Naturschutz und Städtebau (1 Lfg., 400 Ex.)
- Stadtmarketing (1 Lfg., 250 Ex.)
- Stadtverkehr (1 Lfg., 380 Ex.)
- Wirtschaftspolitik (1 Lfg., 220 Ex.)
- Wohnungspolitik (1 Lfg., 260 Ex.)

Insgesamt werden die Profildienste in sieben Themenblöcken angeboten, die in zur Zeit 14 erweiterte Themenbereiche untergliedert sind. Da Profildienste ein kostenloser Service und exklusiv für Zuwenderstädte erstellt werden, können sie auch nicht gegen Entgelt von Dritten bezogen werden (wiss. Mitarbeiter, Walter).



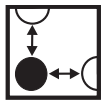
## 3.6 Dokumentationen

Die Serien „Graue Literatur“ und „Kommunalwissenschaftliche Dissertationen“ sind in der angekündigten Weise mit drei Ausgaben erschienen (Plagemann, Fuchs, Rarisch, Schumacher).

- Im November 1997 wurde mit zwei Veröffentlichungen die neue Reihe „Seminarbegleitende Bibliographien“ gestartet, die künftig nicht nur Seminarteilnehmern als Ergänzung der Seminarmaterialien zur Verfügung gestellt wird, sondern darüber hinaus auch Nicht-Teilnehmern gegen eine Schutzgebühr angeboten wird. Difu-Zuwenderstädte können die Bibliographien kostenlos anfordern. Die 1997 erschienenen Titel lauten: „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“, „Kommunale Gesundheitspolitik“ (Kunert-Schroth).
- Für die Zeitschrift „Der Bayerische Bürgermeister“ hat der Arbeitsbereich zum jeweiligen Schwerpunktthema der zehn Hefte eine Auswahlbibliographie mit Literaturnachweisen aus ORLIS zusammengestellt (Plagemann).

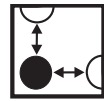
## 3.7 Benutzerbetreuung

Da die Städte Datenbankprofile und Individualrecherchen vielfach per Diskette abfordern, berät der Arbeitsbereich kommunale Nutzer bei Softwarefragen und bietet ein spezielles, lokal nutzbares Rechercheprogramm an, das vielfältige Suchmöglichkeiten eröffnet. 34 Zuwenderstädte setzen das Programm bereits ein (Plagemann, Schumacher, Gräber).



# 4. Kooperationen mit anderen Institutionen

- *Bibliothek des Instituts für Länderkunde, Leipzig (IfL)*  
Das IfL beteiligte sich 1997 erstmals bei der ORLIS-Datenbankproduktion. Die Bibliothek liefert kontinuierlich die Neuerwerbungen in elektronischer Form und ergänzt durch ihren geographischen Bezug die Themenpalette von ORLIS. Daher werden in ORLIS auch die Signaturen des neuen Kooperationspartners IfL aufgeführt, da die Bibliothek öffentlich zugänglich ist.
- *Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)*  
In bezug auf ORLIS fand die Zusammenarbeit mit der BfLR unverändert statt. Vor allem die wichtigen Teilbereiche Regionalplanung und Raumordnung in ORLIS wurden von der BfLR zugeliefert.
- *Deutscher Städtetag (DST)*
  - ▲ Bibliothek: Im Kontext der ORLIS-Produktion ist auch der Datenaustausch mit der Bibliothek des DST als wichtiger Baustein anzusehen. Die Daten werden vom Difu in aufbereiteter Form an die SEBI weitergeleitet sowie in ORLIS aufgenommen. Im Gegenzug wird die DST-Bibliothek mit ORLIS-Daten beliefert.



Kooperationen  
mit anderen  
Institutionen

- ▲ Internet: Das Difu betreut das Internet-Angebot des DST technisch und administrativ. Die Informationen (DST und RGRE) liegen auf dem Difu-Server und können dort von Interessenten angerufen werden. Die Homepage für kommunale Online-Angebote „KommOn“ wird inhaltlich gemeinsam von Difu und DST verantwortet.
- *Senatsbibliothek Berlin (SEBI)*  
Die Zusammenarbeit mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) wurde gemäß dem Kooperationsvertrag zwischen Difu und dem Berliner Senat für kulturelle Angelegenheiten fortgeführt. Der Datenaustausch zwischen dem Difu und der SEBI wurde 1997 neu strukturiert.
- *Technische Universität Berlin (TUB)*  
Die Internet-Anbindung des Difu erfolgt mit Hilfe des Rechenzentrums der TUB.
- *URBANDATA*  
Die internationale Vereinigung URBANDATA hat zur Aufgabe, internationale Informationsarbeit zu fördern. Ihr Schwerpunkt liegt zur Zeit bei der Produktion der CD-ROM URBADISC. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf der Forschungsebene wurde 1997 beschlossen.
- *Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)*  
Die Kontakte zum VDSt und insbesondere zur Arbeitsgemeinschaft „Kommunale Umfragen“ wurden in bezug auf die Umfragedatenbank DEMOS weitergeführt. In ORLIS wird das Verbandsschrifttum systematisch dokumentiert, soweit es dem Difu überlassen wurde.

## 5. Interne Servicefunktionen

### 5.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung

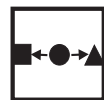
Der Arbeitsbereich Information und Dokumentation betreut die gesamte EDV-Technik des Difu sowie des VfK, die zur Zeit rund 120 PCs, dazugehörige Peripheriegeräte, Softwareprogramme, ein internes Netzwerk und die externe Internetanbindung umfaßt.

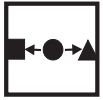
Ständige Aufgaben sind

- Installation, Wartung und Pflege der Hardware,
- Installation, Wartung und Pflege der Software,
- Datensicherung und Virenschutz,
- Schulung, Beratung und Betreuung der Anwender,
- Administration des Difu-Netzwerkes und der Internetanbindung.

Der EDV-Lenkungsgruppe, dem arbeitsbereichsübergreifenden Beratungsgremium, wird in folgenden Bereichen gearbeitet:

- Entwicklung und Pflege von hauseigenen Ergonomie-, Hard- und Softwarestandards,
- Weiterentwicklung der EDV-Konzeption des Difu,
- Umsetzung von Investitionsentscheidungen.





Um dem angestiegenen Bedarf an EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung nachzukommen, wurde 1997 ein weiterer Mitarbeiter eingestellt.

Für 1997 sind folgende Arbeitsschwerpunkte zu nennen:

- Der Ausbau des Difu-internen Netzwerkes unter Novell 4.1.: Bis Ende 1997 wurden 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Berlin in das Netzwerk integriert. Die Implementation der Anwendungen erfolgt sukzessive und wird durch eine Difu-Arbeitsgruppe „Netzwerk“ begleitet.
- Während 1996 zehn Personen einen Internet-Zugang inklusive eigener E-Mail-Adresse hatten, wurden 1997 35 weitere an das Internet angeschlossen. Auch für die Abteilung Köln wurde ein Internet-Zugang mit direktem Zugriff auf den Difu-Mailserver und das Intranet geschaffen.
- Zur Umsetzung der EU-Richtlinie „Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen“ wurde eine Befragung der Mitarbeiter durchgeführt, um den Stand der Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen zu erfassen und zu dokumentieren. In Einzelfällen erfolgen nun Anpassungen an die Richtlinie. Insgesamt ist der Grad der ergonomischen Ausstattung am Institut sehr zufriedenstellend.
- Zu den Themen E-Mail, Nutzung des Internets, Windows, Excel, Winword sowie Netzanwendungen wurden für insgesamt rund 150 Teilnehmer Schulungen durchgeführt. (Plagemann, Gietzen, Grabarse, Gröning, Schumacher)

## 5.2 Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

Anderen Arbeitsbereichen des Difu wurde in folgenden Bereichen zugearbeitet:

- Betreuung der Stiftung des Vereins für Kommunalwissenschaften („Kommunalwissenschaftliche Prämienschreibung“) (Rarisch).
- Arbeitsbereich Veröffentlichungen und Pressestelle:
  - ▲ Technische Betreuung und Programmierung des Difu-Vertriebssystems (Schumacher) sowie Adressenbearbeitung (Gräber).
  - ▲ Bibliographische Arbeiten für die „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ und „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (Rarisch).
- Arbeitsbereich Fortbildung, Seminarveranstaltungen:
  - ▲ „Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt“ am 28. Januar 1997, DEMOS-Materialsammlung „Mitarbeiterbefragungen in Kommunalverwaltungen“ (Michael Bretschneider).
  - ▲ „Bürger – Politik – Verwaltungsreform“ am 20. und 21.11.1997, DEMOS-Materialsammlung „Kundenbefragungen als Instrument der Verwaltungsmodernisierung“ (Michael Bretschneider).
  - ▲ „Kommunale Gesundheitspolitik: Gesundheitsförderung in der Stadt auf neuen Wegen“ vom 8. bis 11.12.1997 (Michael Bretschneider).

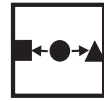
## 5.3 Bibliothek

Die Bibliothek beschafft Literatur für die Arbeitsbereiche und organisiert den Zeitschriftenumlauf im Institut. 1997 wurde die Zahl der Zeitschriften, die laufend bezogen werden, in erheblichem Umfang auf zur Zeit rund 500 Titel ausgeweitet. Der Großteil wird auch zur Erfassung von Zeitschriftenaufsätzen für ORLIS herangezogen. Für diesen Zweck hat

die Bibliothek viele Verlage und Institutionen zu einer kostenlosen Überlassung der Zeitschriften als Rezensionsexemplare gewinnen können.

Aufgrund der Kooperation mit der Senatsbibliothek unterhält die Bibliothek keinen eigenen Präsenzbestand, sondern gibt viele Werke und Zeitschriften an die Senatsbibliothek ab, womit die Zugänglichkeit der Literatur gewährleistet ist.

Die Arbeitsplanung des Difu wird durch eine Sammlung von Unterlagen zur Forschungsplanung (Projektdokumentationen, Institutsbeschreibungen, Forschungsfinanzierung) unterstützt (Holtorf).



*Interne Servicefunktionen*

## 6. Projekte: Forschungsbedarfsanalysen und Wissenstransfer



### 6.1 Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1997“

Die Umfrage wurde als Wiederholungsbefragung (bei einer Beteiligung von über 80 Prozent der Städte) durchgeführt. Bei der Auswertung wurde verstärkt die Möglichkeit der Bildung von Zeitreihen für „Problemkonjunkturen“ genutzt. Außerdem wurden die Ergebnisse dieser Verwaltungsbefragung mit Ergebnissen von Bürgerbefragungen verglichen, in denen ebenfalls die Frage nach den „größten Stadtproblemen“ enthalten ist (Bretschneider, Schumacher).

### 6.2 MOE-Netz

Das MOE-Netz zu kommunalnahen wissenschaftlichen Einrichtungen in Mittel- und Osteuropa wurde in seinen Grundstrukturen beibehalten. Die Netz-Mitglieder werden anhand der Difu-Berichte regelmäßig über die Institutsarbeit informiert. Einige Netzteilnehmer überlassen dem Difu ihre Veröffentlichungen. Neben der Beantwortung einzelner Anfragen fanden hier im Jahre 1997 keine besonderen Aktivitäten statt (Bretschneider).

### 6.3 11. Jugendhilfe-Jahrestreffen

Unter dem Motto „Familien als Zielgruppe von Jugendhilfe und Kommunalpolitik“ trafen sich Mitte April 1997 Jugendhilfeplanerinnen und -planer sowie Stadtentwickler aus zehn west- und süddeutschen Difu-Zuwanderstädten zum 11. Jugendhilfe-Jahrestreffen im Jugendamt Stuttgart.

Diskutiert wurden Beiträge zum Themenfeld Familienpolitik

- als kommunale Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,
- als soziale Querschnittsaufgabe, z. B. für Ein-Eltern-Familien,
- als stadtentwicklungspolitische Querschnittsaufgabe, die Wohnen, Verkehr, Kultur und Stadtplanung ebenso umfaßt, wie sozial- und jugendpolitische Aufgaben,
- als sozialplanerischer Beteiligungsprozess und
- als Sozialverträglichkeitsprüfung.



Die gastgebende Stadt Stuttgart berichtete über ihre dezernatsübergreifende „Familienkonferenz“, mit der das Jugendamt einen stadtinternen Diskussionsprozeß zum Thema „Familien in der Stadt“ angestoßen hat und neue Konzepte, wie zur Tagesbetreuung von Kindern, die über den traditionellen Kindergarten weit hinausgeht, entwickelt hat.

Auch aus den Städten Wiesbaden und München wurden Beispiele dezernatsübergreifender familienpolitischer Konzepte zur Lebensraumsicherung, zur kulturellen Förderung und zur institutionellen Betreuung von Kindern und Familien in der Stadt dargestellt.

Eine Tagungsdokumentation als Difu-Materialienband wird vorbereitet. (Kunert-Schroth).

## **6.4 Seminarbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe**

Für das Projekt „Fachtagungen Jugendhilfe“ wurden 1997 folgende Leistungen erbracht:

- Erarbeitung von insgesamt 30 Arbeitshilfen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fachtagungen des VfK und der Fortbildungsseminare des „Informations-, Beratungs-, Fortbildungsdienst Jugendhilfe“ (IBFJ) zum Themenbereich Jugendhilfe. Diese Arbeitshilfen enthalten die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, Richtlinien, Empfehlungen, ausgewählte Kommentare und Auszüge aus themenbezogener, möglichst praxisnaher und aktueller Fachliteratur sowie Hinweise auf weiterführende Literatur.
- Führung (Bestellung, Einarbeitung, Auswertung und Verwaltung) der Handbibliothek (derzeitiger Bestand 1 000 Buchtitel sowie 16 Abonnements von Fachzeitschriften).
- Mitarbeit an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Fachtagungen des Projekts (Rabe).

## **6.5 Online Forum Stadtökologie**

Das Online Forum Stadtökologie stellt im Internetangebot des Difu den meistgenutzten Service mit insgesamt rund 39 000 Abrufen dar. Die Mischung von Projektinformationen, kommunaler Beispielsammlung, aktuellen Veranstaltungshinweisen, Links und der Online Datenbank „Stadtökologie Bibliothek“ bietet sowohl für die Forschung als auch die kommunale Praxis eine Fülle von Informationen.

Die Nutzung des Online Forums Stadtökologie entwickelte sich in folgender Weise:

Online Forum Stadtökologie	Abrufe		
	ab 6/1996	1997	Ingesamt
Homepage	1 447	3 799	5 246
- Englisch	46	170	216
<b>Aktuell</b>	452	2 016	2 468
<b>Bibliothek (Auswahlseite)</b>	277	1 128	1 405
- Literaturtitellisten (ab 1.7.97 nicht mehr aktiv)	242	126	368
- Suchen	639	1 465	2 104
- Anzeigen	1 128	2 045	3 173
<b>Newsletter</b>	379	3 098	3 477
<b>Ökolinks</b>	481	2 393	2 874
<b>Praxisbeispiele</b>	1 032	7 734	8 766
<b>Projekte</b>	1 594	5 712	7 306
<b>Seminare</b>	469	919	1 388
<b>Intro/Ziele/Grußwort</b>	166	58	224
<b>Externe Abrufe insgesamt</b>	8 352	30 663	39 015



Projekte

Am 28.4.1997 wurde aufgrund des großen Interesses die Demonstrationsveranstaltung zum „Online Forum Stadtökologie“ in Berlin wiederholt.

Für die Nutzerschaft ohne Internetanschluß wurde 1997 eine CD-ROM produziert, die alle Informationen der Online-Version des Forums Stadtökologie enthält. Insbesondere ist die komplette Datenbank „Stadtökologie-Bibliothek“ mit rund 6 000 Literaturquellen auf der CD-ROM enthalten (Plagemann, Gräber, Kuhn, Fricke, AB 3).

## 7. Andere Aktivitäten

- Vortrag „Probleme der Kommunalentwicklung in den Neuen Ländern als Fragestellung an eine praxisnahe Stadtforschung“ im Rahmen des Kolloquiums „Impulse und Neuorientierung für die (Raum-)Wissenschaft? Fünf Jahre Raumforschungsinstitute in den Neuen Bundesländern“ des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) am 31.1.1997 (Bretschneider).
- Vortrag „Methodische und organisatorische Eigenschaften von kommunalen Mitarbeiterbefragungen“, bei der Frühjahrstagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker in Magdeburg am 8.4.1997 (Bretschneider).
- Vortrag „Aktuelle Hauptprobleme und Lösungsansätze kommunaler Wirtschaftsförderung“, bei der IHK Bielefeld am 14.4.1997 (Bretschneider).
- Vorträge und Moderation bei der 19. Konferenz „Children and Youth in the City“ der Organisation „International Making Cities Livable Conferences“, die in Charleston, South Carolina, USA, vom 9. bis 13. März 1997 durchgeführt wurde. Thema „The Work of German Cities on Behalf of Children“ (Kunert-Schroth).
- Vorsitz der EDV-Lenkungsgruppe des Difu (Plagemann).





- Mitglied im Ausschuß „Nummerungssysteme“ des Normenausschusses „Bibliotheks- und Dokumentationswesen“ des DIN (Plagemann).
- Informationsaustausch im Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten mit dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum (KDZ) und dem Österreichischen Institut für Raumplanung (ÖIR) über Datenbank- und Internetprojekte am 13.2. und 14.2. 1997 in Wien (Plagemann).
- Vorbereitung und Moderation der Sitzung „Intranet“ im Rahmen der 19. Online-Tagung der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation am 15.5.1997 in Frankfurt/Main (Plagemann).
- Vortrag „Nutzen und Tücken der Nutzerstatistik im Internet“ auf der DST-Veranstaltung „KommOn – Kommunen im Internet“ vom 6. bis 7.11.1997 in Münster (Plagemann).
- Urbandata-Generalversammlung vom 13.11. bis 16.11.1997 in London (Plagemann).

## 8. Veröffentlichungen



### 8.1 Difu-Publikationen

#### Elektronische Publikationen

- CD-ROM URBADISC; Ausgabe 1/97 im März, Ausgabe 2/97 im November (Plagemann)
- CD-ROM Forum Stadtökologie (Plagemann)

#### Dokumentationsserien

- Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 1, Juli 1997; Heft 2, Dezember 1997 (Fuchs)
- Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, August 1997 (Rarisch)

#### Materialien

- 5/97  
Michael Bretschneider, Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung. Eine Methodenanalyse von Praxisbeispielen, Berlin 1997.
- 6/97  
Michael Bretschneider, Stadtprobleme 1997 aus Bürger- und Verwaltungssicht. Ergebnisse der kommunalen Umfrageforschung und der Difu-Befragung beim Panel der Stadtentwicklungsplanung, Berlin 1997.

### 8.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Michael Bretschneider, Probleme der Städte aus der Sicht der Stadtentwicklungsplanung. Ergebnisse der Difu-Umfrage aus dem Jahr 1996, in: der Städtetag 1/1997, S. 3–7.
- Michael Bretschneider, Orientierungswerte von Ausschöpfungsquoten in kommunalen Umfragen, in: Stadtforschung und Statistik 1/1997, S. 55–62.
- Michael Bretschneider, Methodische und organisatorische Erfahrungen mit Mitarbeiter-





- befragungen aus Kommunalverwaltungen, in: ZA-Informationen 41 (1997) des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung, S. 145–153.
- Michael Bretschneider, Zur Infrastruktur der Informationsmöglichkeiten über kommunale Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Städtetag, Reihe H, Heft 44, Methodik kommunaler Bürgerumfragen, Köln 1997, S. 178–183.
  - Michael Bretschneider, Organisation der kommunalen Online-Angebote: Beiträge, Erfahrungen und Planungen des Difu. Statistische Woche 1996, in: Stadtforschung und Statistik, 1(1997), S. 75–78.
  - Michael Bretschneider, Methodische und organisatorische Eigenschaften von kommunalen Mitarbeiterbefragungen, in: Verband Deutscher Städtestatistiker, Tagungsbericht Frühjahrstagung, Magdeburg 1997, S. 37–49.
  - Jens Libbe, Susanne Plagemann; Elektronische Vernetzung im kommunalen Umweltschutz, in: TA-Nachrichten, 11/97, S.1–4.





## Anhang:

- Allgemeines
  - ▲ Kurzinformation über das Institut
  - ▲ Zuwender des Difu
  - ▲ Übersichtskarte
- Personalia
  - ▲ Personalbestand zum 31.12.1997
  - ▲ Personalveränderungen 1997
  - ▲ Institutsleitung
  - ▲ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
  - ▲ Arbeitsbereiche 1-7
- Abkürzungen

**Stand: März 1998**



# Deutsches Institut für Urbanistik

Partner bei der Lösung kommunaler Aufgaben

**Stadt- und Regionalentwicklung** Strukturwandel Stadterneuerung Wohnungspolitik Kommunale Kooperation Städtenetze Stadtgeschichte **Wirtschaft** Infrastrukturpolitik Gewerbeflächen Einzelhandelsentwicklung neue Technologien Wirtschaftsförderung Standortpolitik Arbeitsmarktpolitik **Kommunal Finanzen** Haushaltskonsolidierung Investitionstätigkeit Gemeindesteuern Gebührenpolitik **Verkehr** Verkehrsentwicklung Parkraummanagement ÖPNV **Umwelt** Stadtökologie Landschafts- und Freiraumplanung Naturschutz Energieeinsparung Klimaschutz **Soziale Fragen** und **Kultur** Altenpolitik Jugendhilfe Ausländerpolitik Kulturpolitik Denkmalpflege **Recht** und **Verwaltung** Städtebaurecht Umweltrecht Verwaltungsmodernisierung Stadtmarketing

*Themenspektrum*

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 auf Initiative der deutschen Städte gegründet, um Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Forschung, Fortbildung und Beratung die Lösung ihrer kommunalen Aufgaben zu erleichtern und darüber hinaus längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Das Institut untersucht Fragestellungen der Kommunalpolitik, erforscht interdisziplinär Grundprobleme der Kommunen und erarbeitet methodische Grundlagen und Konzepte für die kommunale Planungs- und Verwaltungspraxis. In seinen Arbeitsschwerpunkten unterstützt es einzelne Städte auch bei der Lösung aktueller Probleme, soweit es sich um exemplarische Problemstellungen handelt.

*Zielsetzung und Forschungsaufgaben*

Als Gemeinschaftseinrichtung von rund 140 Zuwendern (hauptsächlich Städten sowie Kommunalverbänden und Planungsgemeinschaften) orientiert das Difu seine Arbeit gezielt am Bedarf der Städte und bietet ihnen ein breites Spektrum von Dienstleistungen an. Forschungsberichte, Studien, Städteberatungen, Fortbildungsseminare sowie Informations- und Dokumentationsdienste dienen der anwendungsorientierten Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und der Beratung bei der Umsetzung von Planungszielen in kommunales Verwaltungshandeln.

Die vier forschenden Arbeitsbereiche „Stadtentwicklung und Recht“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Umwelt“ sowie die „Abteilung Köln“ bilden durch ihre praxisorientierte Forschungsarbeit die Grundlage für die drei dienstleistenden Arbeitsbereiche „Fortbildung“, „Veröffentlichungen“ sowie „Information und Dokumentation“. Durch Seminare, Informations- und Dokumentationsdienste sowie mehrere Veröffentlichungsreihen und Zeitschriften wird das im Difu erarbeitete Wissen zu kommunalen Fragestellungen der Praxis zur Verfügung gestellt.

Berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen des Difu zu aktuellen kommunalpolitischen Themen richten sich hauptsächlich an Führungskräfte, leitende Mitarbeiter der Verwaltung sowie Mitglieder von Vertretungskörperschaften. Den Großteil der jährlich rund 40 Weiterbildungsaktivitäten stellen sogenannte Berlin-Seminare. Sie werden im Ernst-Reuter-Haus in Berlin durchgeführt. Darüber hinaus führt das Institut in Zusammenarbeit mit einzelnen Städten Kurzseminare auch vor Ort durch, deren Programme auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Städte oder Regionen zugeschnitten werden. Größere Fachtagungen runden das Fortbildungsangebot des Difu ab.

*Fortbildung*



*Information und  
Dokumentation*

Informations- und Dokumentationsdienste des Instituts dienen dem interkommunalen Erfahrungsaustausch und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Grundlage hierfür sind die Erstellung von Datenbanken (ORLIS: Literaturpool zu kommunal bedeutsamen Sachgebieten; DEMOS: Umfragen aus den Kommunen), individuelle Datenbankrecherchen sowie die Herausgabe von Dokumentationsserien zu verschiedenen Themengebieten.

*Veröffentlichungen*

Das Difu vertreibt verschiedene Veröffentlichungsreihen: „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“, „Materialien“, „Arbeitshilfen“, „Umweltberatung für Kommunen“, „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, „Aktuelle Information“ und „Forum Stadtökologie“. Die „Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik“ sowie das „Archiv für Kommunalwissenschaften“ erscheinen im Verlag W. Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag.

*Zuwender und  
Träger des Instituts*

In den Kreis der Zuwender des Difu können nur unmittelbare oder mittelbare Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages sowie Mitgliedstädte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aufgenommen werden. Zuwenderstädte profitieren vom regelmäßigen Dienstleistungsangebot des Instituts, das ihnen kostenlos die vom Institut veröffentlichten Publikationen sowie die Teilnahme an Seminaren und anderen Weiterbildungsveranstaltungen zu deutlich ermäßigten Gebühren ermöglicht. Ferner sorgen sie durch die Übermittlung eigener aktueller Fragestellungen an das Institut dafür, daß sich die Forschungs- und Fortbildungsarbeit an den realen Problemen der Städte orientiert. Als Gegenleistung beteiligen sich die Zuwenderstädte und -gemeinden an der Grundfinanzierung des Instituts.

Rechtsträger des Deutschen Instituts für Urbanistik ist der Verein für Kommunalwissenschaften e.V., dessen acht Mitglieder vom Deutschen Städtetag und vom Land Berlin, dem Sitzland des Instituts, benannt werden.

*Finanzierung und  
personelle Situation*

Zur Finanzierung des Instituts tragen derzeit die Zuwenderstädte (24%), der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (15%), das Land Berlin (12%) sowie der Bund (12%) bei. Hinzu kommen Eigenmittel des Instituts, beispielsweise Projektförderungen sowie Einnahmen aus Seminaren, Veröffentlichungen und weiteren Dienstleistungen (37%). Im Institut arbeiten derzeit in Dauer- und Zeitverträgen rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

*Weiterführende  
Informationen*

Weiterführende Informationen über die Institutsarbeit enthält die Broschüre „Leistungsprofil“. Eine Aufstellung aller lieferbaren Difu-Publikationen ist im aktuellen Veröffentlichungsverzeichnis abgedruckt. Zweimal jährlich wird ein Seminarprogramm über die Fortbildungsangebote des Instituts herausgegeben. Vierteljährlich erscheint der Difu-Newsletter „Berichte“. Das gesamte Informationsmaterial ist kostenlos und kann in der Pressestelle angefordert werden.

# Zuwenderstädte 1998



<b>A</b> mburg	<b>G</b> arbsen	Lünen	Rosenheim
<b>B</b> acknang	Gelsenkirchen	Lugau	Rostock
Bautzen	Genthin	Lutherstadt	Rüsselsheim
Beelitz	Gießen	Wittenberg	<b>S</b> aarbrücken
Berlin	Göttingen	<b>M</b> agdeburg	Salzgitter
Bielefeld	Goslar	Mainz	Schweinfurt
Bocholt	Gotha	Mannheim	Siegen
Bochum	Greifswald	Marburg	Stadroda
Bonn	<b>H</b> amburg	Marktredwitz	Stendal
Bottrop	Hameln	Minden	Stuttgart
Braunschweig	Hamm	Mühlhausen	Sulzbach-
Bremen	Hanau	Mülheim/Ruhr	Rosenberg
<b>C</b> hemnitz	Hannover	München	<b>T</b> rier
Coswig/Sachsen	Heidelberg	Münster	Tübingen
Cottbus	Hennigsdorf	<b>N</b> eubrandenburg	
Cuxhaven	Herne	Neuss	
<b>D</b> armstadt	Hildesheim	Nürnberg	<b>U</b> eckermünde
Döbeln	<b>I</b> ngolstadt	<b>O</b> ffenbach	Unna
Dortmund	Iserlohn	Offenburg	<b>V</b> iersen
Düren	<b>J</b> ena	Olching	Villingen-
Duisburg	<b>K</b> aiserslautern	Oldenburg	Schwenningen
<b>E</b> berswalde	Karlsruhe	Osnabrück	<b>W</b> eiden
Emmendingen	Kiel	<b>P</b> assau	Weimar
Erfurt	Koblenz	Potsdam	Weißenfels
Erlangen	Köln	Prenzlau	Wiesbaden
Essen	Konstanz	<b>Q</b> uedlinburg	Wismar
Esslingen	Kronberg	<b>R</b> avensburg	Witten
<b>F</b> alkensee	<b>L</b> ahr	Recklinghausen	Wolfsburg
Finsterwalde	Landau	Regensburg	Würzburg
Flensburg	Landshut	Reutlingen	Wuppertal
Forchheim	Langenhagen	Rheine	<b>Z</b> wickau
Frankfurt/M.	Leipzig	<b>W</b> eitere <b>Z</b> uwender	
Freiburg	Leverkusen	■ Kommunalverband Großraum Hannover	
Friedrichshafen	Lingen	■ Kommunalverband Ruhr	
Fürth	Ludwigsburg	■ Regionale Planungsgemeinschaft	
Fulda	Ludwigshafen	Havelland Fläming	
	Lübeck	■ Verband Region Stuttgart	
	Lüdenscheid	■ Zweckverband Großraum Braunschweig	
	Lüneburg		

## Zuwender 1998 insgesamt:

- 132 Städte
- vier Verbände
- eine Planungsgemeinschaft



### Difu-Zuwanderstädte 1998

Zuwander 1998 insgesamt:  
132 Städte  
4 Verbände  
1 Planungsgemeinschaft



Zuwander 1997  
insgesamt:  
- 133 Städte  
- 4 Verbände  
- 1 Planungsgemeinschaft

- Kommunalverband Großraum Hannover
- Kommunalverband Ruhr
- Regionale Planungsgemeinschaft Havelland Fläming
- Zweckverband Großraum Braunschweig
- Verband Region Stuttgart





**Institutsleiter**  
 Prof. Dr. rer. pol.  
 Heinrich Imbding  
 App. 214

Dr. jur.  
 Rolf/Peter Lühr  
 Stellvertretender  
 Institutsleiter  
 App. 220

**Presse- und  
 Öffentlichkeits-  
 arbeit**  
 Sybille Henke-Thiem  
 App. 209  
 Sekretariat  
 Cornelia Schmidt  
 App. 208

Allg. Verwaltung  
 Justitiar  
 Zuwendungsstelle  
 Sekretariat  
 Renate Schütz  
 App. 218

Allgemeine Verwaltung		
Finanzen	Personal	Innere Dienst
Ingeborg Hornigsmann App. 125	Ingeborg Damm App. 213	Julia Innenfeldt App. 217

Erst-Reiter-Haus  
 Straße des 17. Juni 112  
 D-10623 Berlin  
 Telefon 030/39001-0  
 Telefax 030/39001-100  
 E-Mail: diu@diu.de  
 Internet: http://www.diu.de  
 Arbeitsbereich Köln  
 Lindencallee 11  
 D-50958 Köln  
 Telefon 0221/3771-144  
 Telefax 0221/3771-146  
 E-Mail: cib-koeln@diu.de

## K O O R D I N A T I O N S R U N D E

Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht	Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen	Arbeitsbereich Umwelt	Arbeitsbereich Köln	Arbeitsbereich Fortbildung	Arbeitsbereich Veröffentlichungen	Arbeitsbereich Information und Dokumentation
Koordinator Dr.-Ing., Ass. jur. Aimo Bursel App. 299	Koordinatorin Dipl.-Geogr. Beate Heitbach-Brönig App. 298	Koordinatorin Dipl.-Ing. Cornelia Röcker App. 244	Koordinator Dr. phil. Werner Heinz App. 143	Koordinator Dipl.-Soz. Robert Sander App. 297	Koordinatorin Dipl.-Pol. Beate Hoerhans App. 212	Koordinatorin Susanne Plagemann M.A. App. 274
Sekretariat App. 297/294	Sekretariat App. 292	Sekretariat App. 284/281	Sekretariat App. 144	Sekretariat App. 298/299	Sekretariat App. 255	Sekretariat App. 287/279



## Personalbestand zum 31.12.1997

Personalstand des Difu	Wissenschaftliches Personal		Nichtwissenschaft- liches Personal		Gesamtpersonal	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Mitarbeiterinnen	19	(44)	47	(84)	66	(67)
Mitarbeiter	24	(56)	9	(16)	33	(33)
Insgesamt	43		56		99	

## Personalveränderungen 1997

Das Difu stellte 1997 folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein:

Uwe Fricke (studentische Hilfskraft AB 7)  
Lina Kühn (wissenschaftliche studentische Hilfskraft AB 2)  
Susanne Mayer (Organisationssekretärin AB 1)  
Erwin Riedmann (wissenschaftliche studentische Aushilfe AB 2)  
Ingrid Sperling (Sachbearbeiterin Personal)

Folgende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verließen 1997 das Institut:

Angela Brockmann (wissenschaftliche Mitarbeiterin AB 3)  
Burcu Balfidan (wissenschaftliche studentische Aushilfe AB 2)  
Susanne Friedrich (Sachbearbeiterin Haushalt/Finanzen)  
Beata Häfner (wissenschaftliche Mitarbeiterin AB 3)  
Irmtraud Kasokat (Organisationssekretärin AB 1)  
Arzu Nigdeli (wissenschaftliche studentische Aushilfe AB 2)

**Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)**  
**Ernst-Reuter-Haus**  
**Straße des 17. Juni 112**  
**D-10623 Berlin**



**Telefon:** (030) 39001-0 (Zentrale)  
**Telefax:** (030) 39001-100  
**E-Mail:** [difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)  
**Internet:** <http://www.difu.de>

## Institutsleitung

**Institutsleiter:** Prof. Dr. Heinrich Mäding  
**Telefon:** (030) 39001-214  
**E-Mail:** [maeding@difu.de](mailto:maeding@difu.de)

**Sekretariat:** Regina Haschke  
**Telefon:** (030) 39001-215  
**Telefax:** (030) 39001-216  
**E-Mail:** [haschke@difu.de](mailto:haschke@difu.de)

**Stellvertreter:** Dr. jur. Rolf-Peter Löhr  
**Telefon:** (030) 39001-220  
**E-Mail:** [loehr@difu.de](mailto:loehr@difu.de)

**Sekretariat:** Renate Schulz  
**Telefon:** (030) 39001-218  
**Telefax:** (030) 39001-128

## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Leitung:** Sybille Wenke-Thiem  
**Telefon:** (030) 39001-209  
**E-Mail:** [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

**Sekretariat:** Cornelia Schmidt  
**Telefon:** (030) 39001-208  
**E-Mail:** [schmidt@difu.de](mailto:schmidt@difu.de)

**Telefax:** (030) 39001-130  
**E-Mail:** [pressestelle@difu.de](mailto:pressestelle@difu.de)





**Koordinatorin**

Dipl.-Geogr. Beate Hollbach-Grömig, App. 293

**Organisationssekretariat**

Marlen Petukat, App. 202

**Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen**

Dr. phil. Matthias Eberling  
App. 104

Zeitpolitik

Dr. phil. Christian Engeli  
App. 249

Stadtgeschichte, Redaktion der Zeitschriften „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (AfK) und „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS)

Dipl.-Geogr. Holger Floeting  
App. 221

Informations- und Kommunikationstechnik, Informationswirtschaft, Bürostandortforschung, kommunale Wirtschaftsförderung

Steffi Gaevert  
App. 202

Informations- und Kommunikationstechnik

Dr. rer. pol. Busso Grabow  
App. 248

Wirtschaftspolitik, Informations- und Kommunikationstechnik, Stadtmarketing, empirische Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. rer. soc.  
Dietrich Henckel  
App. 292

Wirtschaftlicher Strukturwandel, neue Technologien, Gewerbeflächen, Zeitpolitik

Dipl.-Geogr.  
Beate Hollbach-Grömig  
App. 293

Kommunale Wirtschaftsförderung, ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik, Stadtmarketing, Verkehrszentralität

Britta Oertel, M.A.  
App. 239

Informations- und Kommunikationstechnik

Dipl.-Volkswirt  
Michael Reidenbach  
App. 295

Finanzausgleich, Steuerpolitik, kommunale Investitionstätigkeit, Infrastrukturfinanzierung, kommunale Standards

**Sachbearbeitung**

Christa Knopf, App. 294

Statistik, Umfragen

**Weiteres Sekretariat**

Christina Blödorn, App. 206





**Koordinator**

Dr. phil. Werner Heinz, Dipl.-Ing., App. 143

**Organisationssekretariat**

Margot Eisenreich, App. 144

**Wissenschaftliche Mitarbeiter**

Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter  
App. 145

Stadtbaugeschichte, Denkmalpflege,  
Wohnungspolitik

Dr. phil. Werner Heinz,  
App. 143

Stadt- und Regionalentwicklung, öffentliche und  
private Kooperationsformen, Westeuropa-  
Beauftragter

Dipl.-Psych. Klaus Mittag  
App. 138

Sozial- und Jugendhilfeplanung, Statistik,  
Umfrageforschung und Datenverarbeitung

**Sachbearbeitung**

Dipl.-Geogr. Thomas Franke  
App. 147

Stadtentwicklung und Stadterneuerung, kommunale  
EU-Angelegenheiten



## **Koordinator**

Dipl.-Soz. Robert Sander  
App. 267

## **Organisationssekretariate**

Eva Alber, App. 258  
Rosa Hackenberg, App. 259  
Ursula Kuhn, App. 268

## **Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen**

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl App. 243	Wohnungspolitik, Stadtentwicklung, Sozialpolitik, Kulturpolitik
Dr. oec. Birgit Frischmuth App. 242	Kommunales Finanzwesen, Einführung des Euro, Verwaltungsmodernisierung, kommunale Gebäudewirtschaft
Dr. phil. Paul von Kodolitsch App. 272	Kommunale Willensbildungs- und Entscheidungs- strukturen, europäische Fragen, Ausländer, Verwaltungsmodernisierung, Kriminalprävention
Dr. rer. nat. Gerd Kühn App. 255	Kommunale Gewerbepolitik, Einzelhandel, städti- scher Personen- und Güterverkehr
Dipl.-Soz. Robert Sander App. 267	Städtebau, Stadt- und Regionalplanung, Stadterneuerung, Umwelt





**Koordinatorin**

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens, App. 212

**Organisationssekretariat**

Gisela Koßmann, App. 256

**Redaktion**

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens  
App. 212

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik,  
Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Materialien,  
Arbeitshilfen, Aktuelle Information, Forum Stadt-  
ökologie, Occasional Papers

**Sachbearbeitung**

Erika Huber  
App. 282

Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK), Schriften  
des Deutschen Instituts für Urbanistik, Difu-Beiträge  
zur Stadtforschung, Materialien

Isabell Stade  
App. 254

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik,  
Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Materialien

**Vertrieb**

Dagmar Dietrich, App. 253  
Gerda-Luise Elbin, App. 287

Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag  
Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag



## Koordinatorin

Susanne Plagemann, M.A., App. 274

## Organisationssekretariat

Gerda-Luise Elbin, App. 287

## Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr.-Ing. Michael Bretschneider  
Dipl.-Volksw.  
App. 281

Umfragungsnachweissystem DEMOS, Forschungsbedarfsanalysen, Mittel- und Osteuropa-Beauftragter

Dipl.-Ing.  
Heidrun Kunert-Schroth  
App. 297

Datenbankanfragen, Sozial- und Jugendhilfeplanung

Susanne Plagemann, M.A.  
App. 274

Informationsmanagement, DV-Planung, Literaturdatenbank ORLIS, URBADISC, Internet

## Sachbearbeitung

Dipl.-Math. Renate Christian  
App. 289

Literaturdokumentation, Datenbankanfragen (Abos)

Christel Fuchs  
App. 276

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Literaturdokumentation

Dipl.-Math. Norbert Gietzen  
App. 158

DV-Administration Difu

Dipl.-Ing. Christine Grabarse  
App. 288

DV-Administration Difu

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber  
App. 279

ORLIS-Datenbankprofile, Literaturdokumentation, Verwaltung Adreßdatenbank, URBADISC

Dipl.-Ing. Peter Gröning  
App. 156

DV-Administration Difu

Waltraud Holtorf  
App. 284

Vertrieb Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS), Difu-Bibliothek, Literaturdokumentation

Dipl.-Päd. Rita Raabe  
App. 271

Literaturdokumentation, Informationsdienste

Klaus M. Rarisch  
App. 233

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen sowie Prämienauszeichnung, Literaturdokumentation

Jörg Schumacher  
App. 275

DV-Administration AB 7, Datenbankverwaltung, Internet

Christiane Walter  
App. 277

Profildienste, Literaturdokumentation





# Abkürzungsverzeichnis

AB	Arbeitsbereich
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
ARGEBAU	Arbeitsgemeinschaft Bau
ARL	Akademie für Raum- und Landesplanung
BauGB	Baugesetzbuch
B.A.U.M.	Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management Consult GmbH
BauROG	Baugesetzbuch und Raumordnungsgesetz
BfLR	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
BKR	Büro für Kommunal- und Regionalplanung
BMBau	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
BMFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMBF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BTU	Brandenburgische Technische Universität
CIAUD	Centre d'Information de l'Urbanisme et du Design
CNRS	Centre nacional de recherches scientifiques
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
DEMOS	Nachweissystem für kommunale Umfragen des Difu
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DG	Direction Générale (Generaldirektion) der EU
DGD	Deutsche Gesellschaft für Dokumentation
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
DLT	Deutscher Landkreistag
DST	Deutscher Städtetag
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EUROREX	Programme de Recherche et Expérimentations entre Partenaire Européans
ExWoSt- Programm	Programm zum experimentellen Wohnungs- und Städtebau
FIT	Forschungsgruppe Informationstechnologie – künstliche Intelligenz
FUB	Freie Universität Berlin
GFZ	Geschoßflächenzahl
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HWP	Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg
HUB	Humboldt-Universität zu Berlin

IAURIF	Institut de l'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France
IfL	Institut für Länderkunde
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGST	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
ifeu	Institut für Energie- und Umweltforschung
IFOK	Institut für Organisationskommunikation
IFS	Institut für Städtebau
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IKU	Institut für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung
IL	Institutsleitung
ILS	Institut für Landesentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen
IMS	Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IÖR	Institut für ökologische Raumentwicklung
IRB	Informationszentrum Raum und Bau
ISI	Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung
ISW	Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung
ITAS	Institut für Technikfolgenabschätzung
IuK-Politik	Informations- und Kommunikationstechniken und ihre Anwendung als neues kommunales Politikfeld
KommOn	Homepage kommunaler Organisationen
LRC	London Research Centre
MATET	Ministère de l'Aménagement du Territoire, de l'Équipement et des Transports
MIV	Motorisierter Individualverkehr
MOE	Mittel- und Osteuropa
MSKS	Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
MSWV	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg
MURL NW	Ministerium für Umwelt, Raumplanung und Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen
NRW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
ÖIR	Österreichisches Institut für Raumplanung
ÖKOTEC-	Institut für angewandte Umweltforschung
Institut	
ÖPNV	Öffentlicher Personenahverkehr
ÖTV	Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr
ORLIS	Literatur-Informationsdatenbank des Difu
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
SEBI	Senatsbibliothek Berlin



Abkürzungen



Abkürzungen

SFZ	Sekretariat für Zukunftsforschung
SpielV	Spielverordnung
TH	Technische Hochschule
TRN	Telematikgestützte Regionale Netze
TUB	Technische Universität Berlin
UBA	Umweltbundesamt
UfK	Umweltberatung für Kommunen
UFZ	Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
URBADISC	Europäische Literatur-CD-ROM zu Kommunalpraxis und -forschung
VDC	Verkehrsclub Deutschland
VDSt	Verband Deutscher Städtestatistiker
VfK	Verein für Kommunalwissenschaften
WISA	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Land Sachsen-Anhalt GmbH
WWW	Angebot im World Wide Web-Angebot
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht